Universität Potsdam

Julia Bar

Wasserkonflikte in Zentralasien

WeltTrends *Thesis* | 5

Copyrighted material

Julia Bar
Wasserkonflikte in Zentralasien

Copyrighted material

Copyrighted material

WeltTrends *Thesis* | 5

Julia Bar

Wasserkonflikte in Zentralasien

Akteure, Interessendisparitäten und Ansätze für die Entschärfung des regionalen Konfliktpotentials

Universitätsverlag Potsdam

Copyrighted material

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2009
http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm

Universitätsverlag Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Tel. +49 (0)331 977 4623, Fax -4625,
E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Die Schriftenreihe **WeltTrends** ***Thesis***
wird herausgegeben von Prof. Dr. habil. Jochen Franzke,
Universität Potsdam, im Auftrag von WeltTrends e.V.

Band 5 (2009)
Julia Bar: Wasserkonflikte in Zentralasien

Satz: Martin Anselm Meyerhoff
Lektorat: Angela Christina Unkrüer
Druck: docupoint GmbH Magdeburg
Koordination: Kai Kleinwächter

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.
© 2009 WeltTrends e.V.

ISSN 1866-0738
ISBN 978-3-940793-72-0
Zugleich online veröffentlicht auf
dem Publikationsserver der Universität Potsdam
URL http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2009/2768/
URN urn:nbn:de:kobv:517-opus-27688
[http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-27688]

Copyrighted material

Dank an meine Eltern
für die liebevolle Unterstützung

Copyrighted material

Veröffentliche Deine Abschlussarbeit!

Welt Trends *Thesis*

Du suchst eine Möglichkeit für eine solide akademische Veröffentlichung Deiner Abschlussarbeit. Weder ein billiges Internet-Portal noch ein teurer Verlag sollen es sein. Ein bezahlbares Buch zum Anfassen, für Deine nächste Bewerbung, für Deine Eltern oder für die Nachkommen – das möchtest Du? Immerhin ist es die größte akademische Arbeit, die Du – bis jetzt – abgeschlossen hast. Die Arbeit, die darin steckt, sollte eine ordentliche Publikation schon wert sein!

Wir bieten Dir diese Möglichkeit. Seit über 15 Jahren publiziert ***WeltTrends*** akademische Texte in verschiedenen Reihen. Seit über einem Jahr produzieren wir die WT-Thesis. Herausgeber ist der erfahrene Hochschullehrer, Prof. Dr. Jochen Franzke. Wenn Du Dir eine der bisherigen Arbeiten anschauen willst, dann geh auf unsere Internet-Seite **www.welttrends.de** oder auf die Homepage des Universitätsverlages Potsdam (Publikationen).

Schnell, preiswert und akademisch vollwertig!

Unser Angebot: Wir übernehmen die Veröffentlichung innerhalb eines Quartals mit Lektorat, Satz, ISBN-Nummer, in gedruckter Form und als Online-Dokument in den weltweit abrufbaren Bibliothekskatalogen der Universität Potsdam sowie die Werbung in allen WT-Produkten. Du erhältst 10 Autorenexemplare, weitere Exemplare gibt es zum Sonderpreis.

Deine Kosten: Sie liegen deutlich unter den üblichen Verlagsangeboten. Ein Beispiel: Bei einem Umfang von 100 Seiten und bei einer Auflage von 50 Exemplaren kostet dies 500 Euro. Übrigens: Einen Teil der Kosten kannst Du Dir bei VG Wort zurückholen.

Dein Ansprechpartner: Wenn Du Interesse hast, dann ruf an (0331 - 977 4540), schreib uns (redaktion@welttrends.de) oder wende Dich direkt an den Herausgeber der Reihe, Prof. Dr. J. Franzke (WiSo-Fakultät der Universität Potsdam), und besprich mit ihm die konkreten Konditionen und das weitere Verfahren.

Wir beraten und betreuen Dich bei Deiner ersten Publikation – WeltTrends, der kompetente akademische Dienstleister für Studenten.

WeltTrends • c/o Universität Potsdam • Prof. Dr. Jochen Franzke
Tel. +49/331/977-3414 • E-Mail: j.franzke@welttrends.de

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis 9
Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen 10

1 Einleitung 11

1.1 Relevanz des Themas 12
1.2 Forschungsstand 15
1.3 Fragestellung und Hypothesen 15
1.4 Vorgehensweise der Arbeit 19

2 Die Region Zentralasien: Machtverhältnisse und Interessenkonstellationen 21

2.1 Theoretischer Rahmen 21
2.1.1 Neorealismus 23
2.1.2 Balance of Power von Kenneth Waltz 25
2.1.3 Bandwagoning von Randal Schweller 27
2.2 Politik der internationalen Akteure in der Region 30
2.2.1 Die Politik der Russischen Föderation in Zentralasien 31
2.2.2 Die Politik der Europäischen Union in Zentralasien 36
2.2.3 Die Politik Chinas in Zentralasien 45
2.2.4 Die Politik des Irans in Zentralasien 51
2.2.5 Die Politik der USA in Zentralasien 55
2.3 Zwischenfazit 61

3 Das Konfliktpotential des Wassers in Zentralasien 66

3.1 Risiko- und Sicherheitsfaktoren für die regionale Stabilität 66
3.1.1 Die Gefahr des religiösen Extremismus 66
3.1.2 Wirtschaftliche Entwicklung 68
3.1.3 Diskriminierende Nationenbildungsprozesse 69
3.2 Wasserknappheitsproblematik in Zentralasien 72
3.2.1 Geschichtliche Hintergründe 72
3.2.2 Baumwollanbau und Bewässerungspraxis 73
3.3 Die Konflikte um die Wasserressourcen in Zentralasien 76
3.3.1 Ausgangslage des Konfliktpotentiales des Wassers in Zentralasien 76
3.3.2 Innerstaatliche Konfliktebene 80
3.3.2.1 Umweltgerechtigkeitsproblematik der innerstaatlichen Konflikte 81
3.3.2.2 Der Konflikt zwischen der Zentralregierung und Peripherien: Fallbeispiel Karakalpakstan 82
3.3.2.3 Eskalationsgefahr der innerstaatlichen Konflikte in Zentralasien 86
3.3.3 Zwischenstaatliche Wassernutzungs- und Verteilungskonflikte 87
3.3.3.1 Ober-Unteranlieger-Konflikte im Syrdarja-Becken: Fallbeispiel Toktogul Stausee 87

Copyrighted material

3.3.3.2 Die Konfliktkonstellationen im Amudarjabecken: Fallbeispiel „Goldenes Zeitalter" 91
3.3.3.3 Machtasymmetrie der zentralasiatischen Akteure 92
3.3.3.3.1 Die Unteranlieger Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan 93
3.3.3.3.2 Die Oberanliegerstaaten Kirgisien und Tadschikistan 96
3.3.3.3.2.1 Tadschikistan 96
3.3.3.3.2.2 Kirgisien 100
3.3.3.4 Eskalationsgefahr bei den zwischenstaatlichen Konflikten 102

4 Ansätze zur Entschärfung des regionalen Konfliktpotentials 106

4.1 Das Konzept des Integrierten Wasserressourcen-Managements als Lösungsansatz für die nachhaltige Ressourcennutzung in Zentralasien 107
4.1.1 Die Richtlinien des IWRM 107
4.2 Die regionale Kooperation als Voraussetzung für die Umsetzung des IWRM-Konzeptes in Zentralasien 108
4.2.1 Problematik der politischen Kooperation zwischen den regionalen Akteuren 109
4.2.1.1 Das Koordinationsproblem 111
4.2.1.2 Das Kooperationsproblem 112
4.2.2 Problematik der intersektoralen Integration 114
4.2.2.1 Die Tätigkeit der zentralasiatischen BVO 115
4.3 Die Rolle der internationalen Akteure bei der Entschärfung der Wasserkonflikte in Zentralasien 118

5 Schlussfolgerungen und Empfehlungen 122

5.1 Ergebnisse der Arbeit 122
5.1.1 Eskalationsgefahr der Konflikte 122
5.1.2 Umsetzung des IWRM-Konzeptes 125
5.2 Empfehlungen für eine nachhaltige Ressourcennutzung 129

Literaturverzeichnis 132
Abbildungen 142

Julia Bar, geb. 1984, hat nach ihrem Studium der Internationalen Beziehungen an der Universität für Weltwirtschaft und Diplomatie in Taschkent, ein Diplom in Politologie am Otto-Suhr Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin erworben.

Dieser Text wurde im Oktober 2008 als Diplomarbeit im Studiengang Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin erfolgreich verteidigt. Erstgutachter war Herr PD Dr. Lutz Mez und Zweitgutachter war Herr Dr. Behrooz Abdolvand.

Copyrighted material

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BVO	Basseynovaja Vodohozaystvennaja Organisazija (Basin Water Management Organisation)
CASCO	Caspian Sea Cooperation Organization
CNPC	China National Petroleum Corporation
DCI	Development Cooperation Instrument
EAWG	Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft
ECHO	European Commission Humanitarian Office
ECO	Economic Cooperation Organization
ENCOP	Environment and Conflicts Project
ENPI	Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument
EU	Europäische Union
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
ICG	International Crisis Group
ICWC	Interstate Commission for Water Coordination
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
IMU	Islamic Movement of Uzbekistan
INOGATE	Interstate Oil and Gas Transport to Europe
IWRM	Integriertes Wasserressourcen-Management
NATO	North Atlantic Treaty Organization
OVKS	Organisation des Vertrages für Kollektive Sicherheit
PKA	Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
RAO EES	Jedinaja Energeticheskaja Sistema Rossii (Unified Energy System)
SCO	Shanghai Cooperation Organization
TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States
TRACECA	Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia
UNO	United Nations Organisation
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
WRI	World Resources Institute
WTO	World Trade Organisation
WUA	Water User Associations
ZA	Zentralasien

Copyrighted material

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1: Zwischenstaatliche Dimension der Verteilungskonflikte um das Flusswasser 16
Tabelle 2: Europäische Finanzhilfsmittel in Zentralasien 39
Tabelle 3: Energieimportabhängigkeit der EU 41
Tabelle 4: US-amerikanische Finanz- und technische Hilfe für Zentralasien 57
Tabelle 5: Soziale Verhältnisse in Zentralasien 69
Tabelle 6: Bewässerungsfläche in Zentralasien Anfang der 1990er Jahre 74
Tabelle 7: Landknappheit im Ländervergleich 77
Tabelle 8: Der gesundheitliche Zustand der Bevölkerung von Karakalpakstan 84
Tabelle 9: Die Typologisierung der zwischenstaatlichen Konflikte 87
Tabelle 10: Erdöl- und Erdgasreserven in Zentralasien 93
Tabelle 11: Die Wasserkraftwerke am Vachš-Fluss in Tadschikistan 97
Tabelle 12: Die Wasserkraftwerke am Fluss Naryn in Kirgisien 100
Tabelle 13: Wasserverfügbarkeit in Zentralasien 103
Tabelle 14: Das Gefangenendilemma bei der Wasserverteilung 113
Tabelle 15: Wasserkontingente im Flussgebiet des Amudarja gemäß Protokoll Nr. 566 vom 12. März 1987 116
Tabelle 16: Wasserverteilung im Flussgebiet des Amudarja im Zeitraum von 1991 bis 2001 117

Abbildung 1: Wasserstress 2005 und 2030 142
Abbildung 2: Politische Karte Zentralasiens 143
Abbildung 3A: Abflussbildung in Zentralasien 143
Abbildung 3B: Wassernutzung in Zentralasien 144
Abbildung 4: Wassermanagement in Zentralasien 144

Copyrighted material

1 Einleitung

Das Jahr 2003 wurde von der UNO zum „Internationalen Jahr des Süßwassers" erklärt. Dieses Ereignis hatte das Ziel, der breiten Öffentlichkeit die Problematik des Wassers näherzubringen und damit die internationale Gemeinschaft zur aktiven Mitarbeit in diesem Bereich aufzurufen.

Zum heutigen Zeitpunkt herrscht in etwa 80 Ländern der Welt Wassermangel (vgl. Barandat 1997:11). Das heißt, etwa 1,1 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Laut dem OECD-Umweltausblick wird sich der Wassermangel bis zum Jahr 2030 infolge der nichtnachhaltigen Nutzung und Bewirtschaftung dieser Ressource sowie des Klimawandels[1] weiter verschärfen. Die Zahl der Menschen, die in von hohem Wasserstress betroffenen Regionen leben, dürfte sich um eine weitere Milliarde auf über 3,9 Milliarden erhöhen (s. Abbildung 1) (vgl. OECD Umweltausblick bis 2030). Der Anteil der unter Wasserstress leidenden Bevölkerung wird damit von 63 Prozent auf 80 Prozent steigen.

Die klimatischen Veränderungen sind begleitende Faktoren, die zu der Wasserknappheitsproblematik beitragen, bedingen aber nicht den vorhandenen Wassermangel. Die heutige Wasserkrise liegt nicht daran, dass ein physischer Süßwassermangel besteht, sie ist also nicht hydrologisch bedingt, sondern ist darin begründet, dass Wasser schlecht gemanagt wird und bestimmte Gruppen für sich zu viel beanspruchen oder es ohne Rücksicht auf die Natur und Interessen der Anderen verschmutzen und verschwenden (vgl. Rechkemmer/Schmidt 2006: 57). Die Wasserkrise liegt also in dem, was heute als „Governance" bezeichnet wird, und ist in erster Linie der Ausdruck politischen und gesellschaftlichen Unvermögens.

Die Verknappung des Wassers bietet wegen der Unsubstituierbarkeit und des damit verbundenen Vulnerabilitätsvermögens ein erhebliches Konfliktpotential. Die Vulnerabilität der Menschen gegenüber der Wasserverknappung kann eine steigende Konkurrenz um begrenzte Wasserressourcen hervorrufen und damit das Konfliktpotential erhöhen. Besonders verwundbar vom Wasserknappheitsproblem sind die Regionen, wo hohe Zuwachsraten der Bevölkerung zu beobachten sind und der wichtigste Wirtschaftzweig die Landwirtschaft ist, die die Lebensgrundlage dieser Bevölkerung darstellt. Umweltstress kann also

1 Unter der Annahme, dass die globale Erwärmung um 2 °C zunimmt, werden bis zum Jahr 2050 zwischen 200 und 300 Millionen Menschen mehr von Wasserknappheit betroffen sein (vgl. Santarius 2007).

Copyrighted material

ein wichtiger Teil im Netz von Ursachen sein, die mit dem Konflikt verbunden sind, und kann in einigen Fällen eine auslösende Funktion haben (vgl. Hauff 1987: 286).

Heutige umweltverursachte bewaffnete Konflikte finden in Regionen des Südens und der zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion statt (vgl. Bächler et al. 1996: 1). Diese Konflikte sind zum Teil die Folge politischer und sozioökonomischer Fehlentwicklungen, die daraus resultierenden Umweltzerstörungen und Ressourcenübernutzung sind aber mittlerweile zum Problem nationaler und internationaler Sicherheit geworden.

Die Region Zentralasien ist wegen der großen Abhängigkeit vom Agrarsektor, großer Bevölkerungszuwachsraten, der Ressourcenverknappung, sowie wegen fortschreitender Umweltdegradation besonders den Auswirkungen der Umwelttransformation ausgesetzt. Das Zusammenspiel dieser Faktoren bedroht die fragile Stabilität der zentralasiatischen Region. Obwohl das Konfliktpotential in der Region komplex und nicht auf einzelne Ursachen zurückzuführen ist, bietet eben das Wasser eine starke Auslösekraft für die Konflikteskalation in der Region. Die Knappheit von Wasser ist ein Faktor, der keineswegs zu unterschätzen ist und tatsächlich ein hohes Stabilitätsrisiko für Zentralasien darstellt.

1.1 Relevanz des Themas

Die Region Zentralasien genießt in letzter Zeit ein großes Interesse bei vielen Staaten der internationalen Gemeinschaft. Der Grund dafür besteht nicht nur darin, dass viele mittelasiatische Staaten über reiche Vorkommen fossiler Energieträger verfügen, eine geopolitisch wichtige Lage in der strategischen Region zwischen vier Atommächten – Russland, China, Pakistan und Indien – haben und sich an der Schnittstelle zwischen Russland und der islamischen Welt befinden (vgl. Genç 2006: 5). Sie sind auch, vor allem nach dem 11.09.2001, wegen der wachsenden regionalen Instabilität, die von internationalen Akteuren als sicherheitspolitisches Risiko wahrgenommen wird, bekannt geworden.

Diese Region wird von politischen Analytikern als potentielle Krisenregion betrachtet. Anfang der 1990er Jahre haben viele Experten der Region eine „Balkanisierung" (vgl. Brzezinski 1997: 184), den Ausbruch gewalttätiger ethnischer Konflikte oder ein Übergreifen des islamischen Fundamentalismus vorhergesagt. Keines der apokalyptischen Krisenszenarien hat sich in dem Ausmaß realisiert.

Copyrighted material

Nichtsdestotrotz ist die gesamte Region durch Stabilitätsrisiken gekennzeichnet, die die junge Staatlichkeit der zentralasiatischen Republiken schwächen. Die prekäre Staatlichkeit in Mittelasien ist durch strukturelle Ursachen bedingt. Es sind vor allem kleptokratische (Renten-) Ökonomien, traditionelle Herrschaftsloyalitäten (Klientelismus[2] und patrimoniales System[3]) sowie ethnische Heterogenität, die häufige interethnische Auseinandersetzungen hervorrufen (vgl. Warkotsch 2006: 20-35). Außerdem gefährden soziale Faktoren wie Armut und Arbeitslosigkeit, religiöse und politische Repressionen und letztendlich grenzüberschreitende Wasserkonflikte die Stabilität der Region. Derzeit befindet sich Zentralasien in der Phase des latenten Konfliktes. Diese Phase ist durch eine relativ niedrige Gewaltintensität gekennzeichnet. Mittel- bis langfristig kann es allerdings zu einer Konfliktteskalation kommen (vgl. Gumppenberg 2002: 10).

Lange Zeit nach der Entstehung unabhängiger Staaten in Zentralasien stellten diese für die Europäische Gemeinschaft sowohl wirtschaftlich als auch politisch kein Objekt essenziellen Interesses dar. Deswegen galt die Region als weitgehende „terra incognita" der deutschen Politikwissenschaft (vgl. Rahr 2000: 51). Die europäischen Staaten standen den regionalen Entwicklungen in Zentralasien eher passiv gegenüber und haben die Mitbestimmungsrechte an die anderen Akteure übergeben. Hier sind allen voran Russland, die USA, China sowie die regionalen Anrainerstaaten, der Iran und die Türkei, gemeint, deren konkurrierende Strategien um die Dominanz in der Region oft im Sinne des „New Great Game"[4] interpretiert werden. Die Rückkehr Russlands in sein postsowjetisches Terrain ist durch die Intensivierung der Energie- und Sicherheitspolitik sowie die Stärkung der von Russland dominierten regionalen Institutionen gekennzeichnet. Die Volksrepublik China betreibt auch eine aktive Politik in der Region, die sich hauptsächlich auf die energiepolitischen Interessen des Landes konzentriert. Ungeachtet der Schwächung der geopolitischen Positionen der USA wollen die Vereinigten Staaten auf ihre Ansprüche gegenüber Zentralasien nicht verzichten. Die Rolle des Irans in der Region

2 Klientelismus wird als Beziehung zwischen einer höher gestellten Person (Patron) definiert, welche ihren Einfluss und ihre Mittel geltend macht, um einer niedriger gestellten Person (Klient) Schutz oder Vorteile zu verschaffen, und von dieser im Austausch dafür Unterstützung und Gefolgschaft erhält (vgl. Holtman 2000: 304).

3 Unter patrimonialem System versteht man generell eine Herrschaftsform, derer Legitimationsbasis traditionelle Loyalitäts- und Abhängigkeitsverhältnisse bilden. Diese Form wird durch die Unterwerfung unter die Autorität einer Person gekennzeichnet, die durch Tradition und einen (militärischen) Verwaltungsstab ausgeübt wird (vgl. Lenz/ Ruchlak 2001: 167).

4 Als Great Game (engl. für „Großes Spiel") bezeichnet man den Konflikt zwischen Großbritannien und Russland um die Vorherrschaft in Zentralasien.

Copyrighted material

ist auch nicht zu unterschätzen, da die Islamische Republik dank ihres Engagements in Zentralasien der politischen und wirtschaftlichen Isolierung zu entgehen versucht. Die europäische Haltung gegenüber der Region hat sich erst vor kurzem geändert. Vor allem die Notwendigkeit der Diversifizierung von Energieimporten hat das Interesse der EU an Zentralasien geweckt. Die Erdöl- und Gasvorkommen von Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan stellen eine gute Alternative dafür dar, die Abhängigkeit der EU von den Importen aus arabischen Staaten, dem Iran und Russland zu reduzieren.[5] Die politische Instabilität Afghanistans mit der Gefahr des „Exportes" der Konflikte auf Zentralasien begründet weitgehend das sicherheitspolitische Interesse der EU an dieser Region.

Momentan zählt die Region zu den für die EU strategisch wichtigen Gebieten und geriet in den Fokus der europäischen Politiker. Die Bundesrepublik spielt dabei eine Vorreiterrolle. Im Sommer 2007 wurde die unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft entwickelte EU-Zentralasienstrategie veröffentlicht, in der zum ersten Mal politische Leitlinien für ein wesentlich größeres Engagement der EU in Zentralasien festgelegt sind und die wachsende strategische Bedeutung Zentralasiens unterstrichen wird (vgl. Auswärtiges Amt 27.06.2007). Die Bedeutung der Wasserproblematik sowie die Notwendigkeit eines kooperativen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen werden von Seiten der Bundesregierung betont. Diese erklärt sich bereit, die Etablierung eines nachhaltigen regionalen Wassermanagements in Zentralasien zu unterstützen. Der Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier[6] hat in seiner Rede anlässlich der Eröffnung der Konferenz „Zentralasien und Europa: Eine neue Wirtschaftspartnerschaft für das 21. Jahrhundert" am 13.11.2007 versichert, dass „wir Deutsche hier auch über die heutige Konferenz hinaus gemeinsam mit der deutschen Wasserwirtschaft engagiert bleiben. Wir wollen das technologische Know-how unserer Wirtschaft und unserer Wissenschaft, unsere Erfahrungen im grenzüberschreitenden Wassermanagement und unsere industriellen Kapazitäten dafür nutzen" (Steinmeier 13.11.2007)

5 Die Pipelines Baku-Tbilisi-Ceyhan sowie das Nabucco-Projekt sollen bei der Umsetzung dieser Pläne helfen.

6 Bundesaußenminister Steinmeier war der erste deutsche Außenminister, der alle fünf Staaten der zentralasiatischen Region besucht hat.

Copyrighted material

1.2 Forschungsstand

Das Thema des Konfliktpotentials des Wassers in Zentralasien wurde bis jetzt, wie schon oben erwähnt, von Seiten der deutschsprachigen Politikwissenschaft vernachlässigt. Viel mehr Aufmerksamkeit wurde der Problematik des Wassers im Jordan-Becken oder den Wasserverteilungskonflikten entlang dem Nil gewidmet. Dank zahlreicher wissenschaftlicher Studien sind diese Problemfelder erforscht und analytisch erfasst. Dies kann man leider nicht in Bezug auf Zentralasien behaupten. Eine Ausnahme stellen unter anderen die wissenschaftlichen Studien des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik dar. Vor allem die Forschungsarbeiten von Elke Herrfahrdt et al. mit ihrem Beitrag zur Analyse der Umsetzung der IWRM-Richtlinien im kirgisischen Agrarsektor oder die Arbeit über die landwirtschaftliche Transformation in Usbekistan sind von Bedeutung. Die Forschungspublikationen der Justus-Liebig-Universität Gießen, wie von Giese, Trouchine und Sehring, behandeln ebenfalls die Problematik der Wasserverteilung in Zentralasien. Sehr hilfreich für die Einschätzung des Konfliktpotentials des Wassers in der Region ist die Publikation „Zwischenstaatliche Wassernutzungskonflikte in Zentralasien" dieser drei Autoren. Die vor kurzem erschienenen Beiträge von Jennifer Sehring und Ernst Giese zur Nutzungs- und Verteilungsproblematik in der Region im Sonderheft der Osteuropa-Zeitschrift verleihen weitgehend einen Überblick zu der Thematik. Weitere wissenschaftliche Beiträge, die sich mit der Wasserproblematik in Zentralasien befassen, sind die vom schweizerischen Environment and Conflicts Projekt ENCOP sowie der Beitrag der International Crisis Group zum Thema Wasser und Konflikt in Zentralasien.

Grundsätzlich lässt sich konstatieren, dass in Bezug auf Zentralasien bis jetzt keine einheitliche analytische Behandlung der Wasserproblematik sowie des Konfliktpotentials des Wassers sowohl auf zwischenstaatlicher als auch auf innerstaatlicher Konfliktebene stattgefunden hat.

1.3 Fragestellung und Hypothesen

Nach der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten sind alle großen Flüsse entweder grenzüberschreitend oder grenzbildend, d. h. transnational geworden. Diese Tatsache trägt zu der politischen Komplexität hinsichtlich einer gerechten Wasserverteilung bei. Die zwischenstaatlichen Verteilungskonflikte um das Flusswasser in Zentralasien entstehen hauptsächlich im Zusammenhang mit konkurrierenden

Copyrighted material

Entwicklungsstrategien der zentralasiatischen Republiken. Auf der einen Seite beabsichtigen Turkmenistan und Usbekistan, die eigenen Bewässerungsflächen auszuweiten, um die Baumwollproduktion zu steigern. Auf der anderen Seite wollen die Gebirgsstaaten Kirgisien und Tadschikistan die eigene Hydroenergie ausbauen, um mehr Unabhängigkeit in Fragen des Energieimports zu erreichen. Eine weitere Konfliktebene bieten die innerstaatlichen Konflikte, bei denen neben der Wasserverteilung auch die ökonomischen und sozialen Probleme, die mit der fortschreitenden Umweltdegradation verbunden sind, im Vordergrund stehen.

	Oberanlieger: Kirgisien und Tadschikistan	**Unteranlieger:** Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan
Wasserverteilung	wasserreich **(87 Prozent)**	wasserarm **(13 Prozent)**
Wasserverbrauch	niedrig **(15 Prozent)**	hoch **(85 Prozent)**
Machtverhältnisse: -BIP der ZA Länder -Rohstoffe ⇩ Daraus ergibt sich eine Machtasymmetrie	**ökonomisch und politisch schwach** BIP Kirgisien (2007): 3,74 BIP Tadschikistan (2007): 3,71 (Mrd. US-Dollar) Fast keine Rohstoffe vorhanden	**ökonomisch und politisch stark** BIP Kasachstan (2007): 103,8 BIP Usbekistan (2007): 22,31 BIP Turkmenistan (2007): 26,91 (Mrd. US-Dollar) Große Vorräte an fossilen Energieträgern (Erdgas und Erdöl) sowie Uran
Entwicklungsstrategien	**Entwicklung von Hydroenergie** → mehr Entnahmequoten (oder die Einführung von Preisen für das Wasser)	**Erhöhung von Baumwollproduktion** → mehr Wasserverbrauch für die Bewässerung, ohne für das Wasser zu zahlen

Tabelle 1: Zwischenstaatliche Dimension der Verteilungskonflikte um das Flusswasser (s. Abbildung 2)
Quelle: eigene Darstellung

Im Rahmen dieser Arbeit wird der Versuch unternommen, das Konfliktpotential des Wassers in Bezug auf die zentralasiatische Region zu analysieren. Dabei werden zwei Konfliktebenen behandelt. Die erste Ebene stellt die zwischenstaatliche Ebene dar. Dabei handelt es sich um

Copyrighted material

Verteilungskonflikte zwischen den Staaten bzw. um die konkurrierenden zentralasiatischen Entwicklungsstrategien: die Intention der Unteranlieger, die Baumwolleproduktion zu erhöhen, vs. die Intention der Oberanlieger, eine eigene Hydroenergie zu entwickeln. Bei der Analyse der zwischenstaatlichen Verteilungskonflikte und vor allem derer Eskalationsgefahr spielt die Frage der gegenseitigen Vulnerabilität eine wichtige Rolle. Anhand der ausgesuchten Kriterien wird auf die Vulnerabilitätsproblematik der zentralasiatischen Staaten gegenüber Wasserknappheit eingegangen und das vorhandene Eskalationspotential der Konflikte untersucht.

Auf der innerstaatlichen Ebene geht es um die Marginalisierungskonflikte innerhalb der Staaten, die ihren Hintergrund in der Umwelttransformation haben. Diese Konflikte entstehen durch die ökologische und wirtschaftliche Marginalisierung bestimmter Gebiete oder ethnischer Gruppen innerhalb eines Staates. Die Frage der sozial gerechten Wasserverteilung auf der innerstaatlichen Ebene spielt dabei eine zentrale Rolle. Da die nachhaltige Wassernutzung eine unmittelbare Voraussetzung für die weitere regionale Entwicklung darstellt, wird in der Arbeit auf das Konzept der Nachhaltigkeit mit ihren drei Dimensionen (Ökonomie, Ökologie und Soziales) eingegangen. Die zentralasiatischen ökologischen Probleme haben ihre Ursache in der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder und ihre Auswirkungen sowohl für die soziale Lage der Bevölkerung als auch für die zwischenstaatlichen Beziehungen. Das macht Zentralasien zu einem Paradebeispiel der Interdependenz ökonomischer, sozialer und ökologischer Phänomene im Sinne des mehrdimensionalen Verständnisses von Nachhaltigkeit (vgl. Sehring 2002: 1). Dieses Konzept basiert auf den drei Säulen: ökonomische Effizienz, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit. Ziel ist der Erhalt der ökonomischen, ökologischen und sozialen Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft. Dabei wird der sozialen Dimension im Sinne von sozialer Gerechtigkeit besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Das Konzept der sozialen Gerechtigkeit lässt sich anhand grundlegender Kriterien überprüfen, die eine sozial gerechte Verteilung der Kosten, Lasten und der wirtschaftlichen Vorteile innerhalb einer Gesellschaft beinhalten. In Bezug auf innerstaatliche Konflikte in Zentralasien werden solche Kriterien wie die Verteilung des Wassers, die Verteilung des Wohlstandes innerhalb der Gesellschaft sowie die gesundheitliche Belastung der Bevölkerung evaluiert.

Das Ziel der vorliegenden Arbeit besteht also in der Analyse der Nutzungs- und Verteilungskonflikte um das Wasser in Zentralasien, wobei deren Eskalationspotential untersucht und die Anwendbarkeit möglicher Lösungsansätze überprüft werden müssen. Es muss daher

Copyrighted material

untersucht werden, welche Faktoren zur Verbesserung der nachhaltigen Wassernutzung und damit auch zur Prävention der Gewaltkonflikte um Wassernutzung beitragen können. Welche Rolle nehmen die internationalen Akteure in Bezug auf die Wasserproblematik ein, welche Politik wird von den zentralasiatischen Staaten in Bezug auf das untersuchte Problemfeld betrieben und inwieweit können die zwischenstaatlichen Verteilungsunstimmigkeiten zu grenzüberschreitenden Gewaltkonflikten führen. Dafür werden die möglichen Konfliktszenarios unter Berücksichtigung der existierenden Konfliktkonstellationen ausgearbeitet und die möglichen Lösungsansätze geprüft.

Als zentraler Lösungsansatz wird das Konzept des Integrierten Wasserressourcen-Managements behandelt und seine Anwendbarkeit in Bezug auf Zentralasien untersucht. Der Ansatz des Integrierten Wasserressourcen-Managements (IWRM) überträgt das Konzept nachhaltiger Entwicklung in die Wasserpolitik[7] (vgl. Rechkemmer/Schmidt 2006: 60). Eine der zentralen Aufgaben der vorliegenden Arbeit besteht in der Analyse von Umsetzungsmöglichkeiten der IWRM-Prinzipien[8] in Zentralasien. Das Konzept des Integrierten Wasserressourcen-Managements wird im Sinne der „Integration" und des „Managements" der Wasserressourcen verstanden. Bei der „Integration" wird angenommen, dass diese durch Kooperation bzw. durch Koordination erreicht werden kann. Beim „Management" geht es um die Rolle der Institutionen bei der Bewirtschaftung des Wassers. Diesen zwei zentralen Problempunkten des IWRM wird eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. In diesem Zusammenhang sind dann folgende *Hypothesen* zu überprüfen:

- *Das konkurrierende Agieren der internationalen Akteure trägt zu dem vorhandenen regionalen Konfliktpotential des Wassers bei. Vor allem die großen infrastrukturellen Projekte verschärfen die Eskalation zwischen den Staaten Zentralasiens.*

- *Der mangelhafte Kooperationswille der zentralasiatischen Akteure verhindert die erfolgreiche Umsetzung des IWRM-Konzeptes und verschärft das vorhandene Konfliktpotential.*

- *Das institutionelle Gefüge des Wassermanagements in Zentralasien ist wegen des gegenseitigen Misstrauens sowie wegen mangelnder Koope-*

7 Das IWRM-Konzept beachtet dabei die drei Dimensionen des Nachhaltigkeitskonzeptes: ökologische, ökonomische und soziale Dimension der Wassernutzung.

8 Bei diesem Ansatz wird hauptsächlich die politische Ebene behandelt, wobei die technische und ingenieurwissenschaftliche Umsetzung ausgeklammert bleibt.

Copyrighted material

rationsbereitschaft unterentwickelt. Die internationalen Institutionen im Wassersektor sind deswegen nicht in der Lage, eine effiziente und nachhaltige Wasserpolitik zu betreiben.

1.4 Vorgehensweise der Arbeit

Das Thema des Konfliktpotentials des Wassers in Zentralasien ist sehr komplex und kann nicht durch einzelne Entstehungsgründe erklärt werden. Die Komplexität und Mehrschichtigkeit dieser Problematik machen deren analytische Erfassung durchaus schwierig. Nichtsdestotrotz versucht die vorliegende Arbeit eine allgemeine Darstellung der zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Konfliktdimensionen des Wassers zu präsentieren. Nur die analytische Behandlung möglichst vieler Seiten des Konfliktpotentials des Wassers in der zentralasiatischen Region macht es letztendlich möglich, die Ernsthaftigkeit dieses Problems einschätzen zu können und die Umsetzbarkeit der Lösungsansätze zu prüfen.

Der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit liegt in der Behandlung der regionalen Wasserkonflikte sowie in der Analyse möglicher Lösungsansätze. Da das politische Geschehen in der Region ohne Einschätzung der Politik der internationalen Akteure nicht zu verstehen ist, durch die die regionalen Nationalstaaten auch in Fragen der Wasserpolitik beeinflusst werden, kann die gesamte Problematik der konkurrierenden politischen und ökonomischen Strategien in Zentralasien nicht umgegangen werden. Die vorliegende Arbeit ist deswegen pauschal in zwei grundlegende Abschnitte aufzuteilen. Der erste Abschnitt ist der Analyse der Akteur- und Interessenkonstellation in der Region gewidmet. Die Politik der internationalen Großmächte, die ihre Interessen in Bezug auf die Region zur Geltung bringen, wird im Rahmen der theoretischen Konstrukte des Neorealismus, der Balance of Power und Bandwagoning-Konzepte erfasst und interpretiert. Die Theorienauswahl ist in dem Sinne nicht willkürlich zustande gekommen. Das Bild des Neorealismus von den internationalen Beziehungen ist durch die absolute Dominanz von Sicherheitsinteressen, den Selbsterhaltungstrieb der Staaten und die Verweigerung von Kooperation gekennzeichnet. Die Erklärungskraft dieser Ansätze lässt sich leicht auf die regionalen Macht- und Interessenverhältnisse in Zentralasien projizieren. Im Abschnitt 2.1 wird der theoretische Rahmen der Arbeit in Bezug auf das Zusammenwirken der internationalen und regionalen Akteure analysiert. Die Abschnitte 2.2 bis 2.5 sind der Politik der internationalen Mächte in der Region gewidmet. Eine zentrale Rolle kommt dabei Russland als ehemalige Metropole sowie der Politik der Europäischen Union, die durch ein aktives

Copyrighted material

Engagement im Wasserbereich gekennzeichnet ist, zu. Nach der Darstellung der amerikanischen, iranischen und chinesischen Politik- und Interessenkonstellationen werden im Zwischenfazit die analytischen Ergebnisse des Abschnittes präsentiert, wobei die Politik der regionalen und internationalen Akteure einer kritischen Würdigung unterzogen wird.

Der Abschnitt 3 setzt sich unmittelbar mit dem Konfliktpotentials des Wassers in der Region auseinander. Im Rahmen des Abschnittes 3.1 werden die allgemeinen regionalen Risiko- und Sicherheitsfaktoren dargestellt, die die Stabilität in Zentralasien gefährden. Der Abschnitt 3.2 ist der Wasserknappheitsproblematik gewidmet und beschäftigt sich mit den Folgen der sowjetischen Agrarpolitik. Das Erbe dieser Politik ist eine allumfassende ökologische (Umwelt-)transformation der Region, die sich nicht nur in der Austrocknung des Aralsees, sondern auch in der weit verbreiteten Desertifikation, Versalzung der Böden, gesundheitlichen Belastung der Bevölkerung etc. äußert. Der Abschnitt 3.3 der Arbeit befasst sich mit den regionalen Konfliktkonstellationen um das Wasser und deren Eskalationsgefahr sowohl auf innerstaatlicher (3.3.2) als auch auf zwischenstaatlicher Ebene (3.3.3). Für die Einschätzung des vorhandenen Eskalationspotentials werden auf innerstaatlicher Ebene anhand des Fallbeispieles Karakalpakstan die Kriterien der sozialen Gerechtigkeit überprüft. Im Fall der zwischenstaatlichen Konflikte werden neben dem Vulnerabilitätsvermögen des Wassers, das die Eskalationsgröße bedingt, auch die Machtkonstellationen der zentralasiatischen Akteure behandelt und deren Politik in Bezug auf die Wasserverteilung analysiert.

Der vierte Teil der Arbeit beschäftigt sich mit den Ansätzen zur Entschärfung des Konfliktpotentials in der Region. Der Abschnitt befasst sich mit der Problematik der Umsetzung der IWRM-Prinzipien in Zentralasien. Die zentralen Problempunkte, die die erfolgreiche Anwendung bzw. Übertragung des IWRM-Konzeptes auf zentralasiatische Wasserbewirtschaftung verhindern, sind die Kooperationsproblematik der zentralasiatischen Akteure und als Folge die Ohnmacht der internationalen Institutionen, die zur Regelung der zwischenstaatlichen Verteilungsfragen aufgerufen sind. Am Ende dieses Abschnittes wird auf die Rolle der internationalen Akteure bei der Entschärfung des regionalen Konfliktpotentials eingegangen.

Im Fazit werden die Ergebnisse der analytischen Auseinandersetzung mit den Verteilungskonflikten in Zentralasien vorgestellt und Kritikpunkte am bisherigen Umsetzungsprozess des IWRM sowie Empfehlungsvorschläge für eine bessere Politik in Bezug auf Wasser vorgenommen.

Copyrighted material

2 Die Region Zentralasien: Machtverhältnisse und Interessenkonstellationen

2.1 Theoretischer Rahmen

Der Neorealismus bietet dank der Verhaltenskonstrukte der Akteure im internationalen System eine passende analytische Übertragung auf die existierenden Mächte- und Interessenkonstellationen in Zentralasien. Anhand zweier theoretischen Verhaltensmuster, des Konzeptes der Balance of Power und des Konzeptes des Bandwagonings, wird der Versuch unternommen, die Politik der internationalen Mächte, aber hauptsächlich der regionalen Staaten in Zentralasien zu überprüfen und einzuschätzen. Die theoretische Erfassung dient vor allem dazu, die möglichen Entwicklungen der Staaten in Bezug auf Sicherheitsbedrohungen im Sinne des Neorealismus zu analysieren.

Der Neorealismus, der in der letzten Zeit von vielen Wissenschaftlern als anachronistische Erscheinung betrachtet wurde, besitzt vor allem in Bezug auf Zentralasien, wo das Zusammenspiel und die Konkurrenz der internationalen Großmächte und der lokalen Akteure ein erhebliches Konfliktpotential mit sich bringen, eine ausreichende Erklärungskraft. Die grundsätzliche Frage besteht darin, welche Verhaltensstrategie die regionalen Akteure (und aus welchem Grund) bevorzugen und ob diese das existierende regionale Konfliktpotential verschärft oder mildert.

Der Ausgangspunkt des Neorealismus sowie des Realismus stellt die Analyse der Entstehung der Kriege bzw. der Ursachen, die den Krieg zwischen den Akteuren des internationalen Systems vermeiden können, dar. Für Hans Morgenthau, der als Gründer der realistischen Denkschule gilt, war das Thema der Bewahrung des Friedens, vor allem in Zeiten der Existenz von Massenvernichtungswaffen, von zentraler Bedeutung. Die zur damaligen Zeit verbreitete Annahme der Idealisten und Marxisten, dass die allumfassende Geltung moralischer Prinzipien ein Garant für den Frieden sein kann, sowie die Grundannahme des damals vorherrschenden Liberalismus und Rationalismus, dass durch Erziehung und staatliche Reformen[9] der Krieg als Mittel der zwischenstaatlichen Politik vermieden werden kann und an dessen Stelle ein

9 Während für Liberalismus die Etablierung einer demokratischen oder republikanischen Regierung eine Voraussetzung für den Frieden war, stand für Sozialisten, Marxisten und Kommunisten die Herstellung der sozialistisch/kommunistisch geprägten Staatsformen im Vordergrund (vgl. Masala 2005: 24).

Copyrighted material

Frieden eintritt, erscheint ihm als falsch (vgl. Morgenthau 1963). Die Überzeugung, dass Kriege mit der Durchsetzung moralischer Standards für das Schaffen eines Weltsystems erklärt werden können, empfindet er als Bedrohung für die gesamte Zivilisation (vgl. Masala 2005: 25). Der Anspruch auf Universalität moralischer Grundsätze ist für Morgenthau sehr problematisch, er bezeichnet ihn als „nationalistischen Universalismus" und vertritt die Meinung, dass der Versuch, den partikularen Werten, die in der Kultur einzelner Nationen liegen, eine universelle Gültigkeit zu verschaffen, zu einem „Kreuzzug" führen würde. Der Krieg wird in dem Zusammenhang nicht mehr durch Verteidigung des christlichen Glaubens gerechtfertigt, sondern mit der Notwendigkeit der Durchsetzung von partikularen Werten, falls die anderen Nationen bzw. Staaten mit der Übernahme dieser Werte nicht einverstanden sein werden. Der Realismus von Morgenthau entstand damit als Gegenkonzeption zum Idealismus[10], der die internationale Politik und den wissenschaftlichen Diskurs dominierte (vgl. Masala 2005: 23).

Der Irrtum der Philosophie der Idealisten liegt nach Morgenthau in einem falschen Menschenbild, das über einen positiven Kern verfügt. Das Menschenbild von Morgenthau ist hingegen skeptisch[11], da Egoismus und Machtrieb[12] („lust for power") eine Basis des menschlichen Seins seien. Eben diese zwei Aspekte führen seiner Auffassung nach zu den Kriegen der Menschen gegen Menschen. Der Faktor, der die Menschen zum Betreiben internationaler Politik motiviert, ist der Kampf um Macht, damit ist die internationale Politik vor allem Machtpolitik. Die Machtpolitik der Staaten bzw. der kollektive Machttrieb auf der internationalen Ebene stellt eine Art der Sublimierung für den anthropologisch bedingten individuellen Machtrieb dar, da der individuelle Machttrieb in den modernen Gesellschaften durch zahlreiche gesellschaftliche Normen und Institutionen eingeschränkt wird. Deswegen erfolgt eine Identifikation der Individuen mit den Kollektiven. In der internationalen Politik ist dieses Kollektiv die Nation. So entsteht eine Übertragung des individuellen Machttriebes auf die Ebene des kollektiven Machtriebes, wo das Machtstreben der Nation[13] das eigene ersetzt. Da in den internationalen Beziehungen dem Macht-

10 Andere Bezeichnungen sind: Utopismus, Sentimentalismus, Perfektionismus, Moralismus.

11 Der Mensch besitzt in anthropologischer Hinsicht drei Triebe: Selbsterhaltungstrieb, Fortpflanzungstrieb und den Machtrieb. Der Selbsterhaltungstrieb führt den Menschen dazu, alle Prozesse, die in seiner Umgebung ablaufen, als bedrohlich einzuschätzen.

12 Nach klassischem Realismus ist das Machtstreben eine anthropologische Notwendigkeit.

13 Die Nationen selbst sind für Morgenthau auch keine empirischen Gegenstände und stellen abstrakte Begriffe dar, da hinter der Außenpolitik der Nationen konkrete Individuen stehen.

Copyrighted material

trieb wegen der anarchischen Struktur[14] keine Grenzen gesetzt werden, existieren für Morgenthau nur drei Idealtypen der Politik: Machterhaltung, Machtsteigerung und Machtdemonstration (vgl. Masala 2005: 27). Macht und Interessen sind die grundlegenden Motive staatlichen Handelns. Die Macht ist dabei eine transhistorische Konstante, die je nach aktueller Interessenlage mit konkretem Handlungsinhalt gefüllt wird (vgl. Siedschlag 1997: 50).

Der Frieden im internationalen System kann durch Machtbegrenzung gewährleistet werden, für die nach Morgenthau nur drei Arten der Einschränkung existieren: Balance of Power, internationale Moral und internationales Recht (vgl. Morgenthau 1963: 161-296). Dem Konzept von Balance of Power wird dabei die größte Bedeutung eingeräumt. Die Entstehung eines Gleichgewichts ist eine zwangsläufige Folge für die Nationalstaaten auf der internationalen Ebene, die nach Macht streben, und ist quasi ein Naturgesetz des internationalen Systems. Das Konzept der Balance of Power hat bei dem Vertreter des neorealistischen Diskurses, Kenneth Waltz, eine Entwicklung erfahren und wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit dargestellt.

2.1.1 Neorealismus

Der Neorealismus von Kenneth Waltz, der auch als struktureller Neorealismus bezeichnet wird, basiert auf den Grundannahmen des Realismus, stellt aber eine modifizierte Theorieform dar, die entsprechend den geschichtlichen Realitäten der 1960er Jahre mehr Anpassungsfähigkeit erwiesen hat. Die Theorie geriet nach dem Zusammenbruch der UdSSR unter Kritik, da sie diese Ereignisse nicht vorhersagen konnte. Seitdem aber die Weltordnung von der durch die amerikanische Hegemonie geprägten Unipolarität zu dem multipolaren Weltverständnis tendiert, hat der Neorealismus wieder an Aktualität gewonnen. Vor allem mit Blick auf die Konkurrenzpolitik der internationalen Großmächte um Einfluss in der zentralasiatischen Region bietet der Neorealismus eine gute Erklärungskraft an.

Bei der analytischen Zusammenfassung der meisten Erklärungsansätze für den Kriegsausbruch nennt Kenneth Waltz drei wichtige Kategorien, die dessen Entstehung bedingen. Das sind: die menschliche Natur, die interne Ordnung der Staaten und die Struktur des internationalen Systems (vgl. Masala 2005: 31). Diese drei Kategorien bzw. Ansätze werden von ihm als sogenannte „images“ oder auf Deutsch „Ebene“ bezeichnet.

14 Siehe unten.

Copyrighted material

First image – die Natur des Menschen

Die Ansätze, die die Erklärung des Krieges in der menschlichen Natur sehen, nennt Waltz „first image". Dabei grenzt er von dem realistischen Menschenbild, das durch puren Egoismus und Machtrieb gekennzeichnet ist, ab.[15] Er stellt unter Zweifel, dass das Kämpfen in der menschlichen Natur liege, denn wenn es so wäre, dann wäre die internationale Politik nur durch kriegerische Auseinandersetzungen gekennzeichnet. Als Contraargument dient ihm die Tatsache, dass in den internationalen Beziehungen auch Perioden des Friedens vorhanden sind. Und wenn es tatsächlich so wäre, dass die Ursache des Krieges in der menschlichen Natur läge, dann „we can never hope for peace" (Waltz 1959: 29). Ungeachtet dessen, dass Waltz das pessimistische Menschenbild der Realisten nicht so ganz teilen kann, findet bei ihm die Annahme, dass die menschliche Ratio nicht als Ansatz zur Lösung politischer und sozialer Phänomene betrachtet werden kann, Zustimmung.

Second image – interne Ordnung der Staaten

Die zweite Kategorie der Erklärungsansätze für die Entstehung des Krieges stellen die Ansätze dar, die die ursprünglichen Gründe des Krieges in den Staatsformen sehen. Diese Annahme wird von Waltz auch bestritten, da die Staaten im Laufe der Geschichte unabhängig von ihren Herrschaftsformen immer Kriege miteinander und gegeneinander geführt haben. Egal, ob Monarchien, Demokratien oder autoritäre Regime alle wurden in die kriegerischen Auseinandersetzungen verwickelt (vgl. Masala 2005: 32).

Da sowohl die Theorieansätze, die die Kriegsursache in der menschlichen Natur sehen, als auch die Erklärungsansätze des „second images" für Waltz über keine ausreichende Argumentation und Überzeugungskraft verfügen, wendet er sich der Analyse des „third images" der *Struktur des internationalen Systems* – zu. Das internationale System stellt für Waltz genau wie für die Realisten eine Anarchie dar, in der die Staaten miteinander konkurrieren und in der die Abwesenheit von Herrschaft bzw. von einer höheren Instanz, die über den Staaten stehen würde, die Konflikte und Kriege zwischen ihnen fördert. Wenn es um die Beantwortung der Frage geht, warum die Kriege immer wieder zwischen den Staaten ausbrechen, misst Waltz der dritten Ebene („third image") die

15 An dieser Stelle muss auch darauf hingewiesen werden, dass das optimistische Menschenbild bei Waltz noch weniger Sympathie hervorrief. Dieses bezeichnet er als naiv und als Wunschdenken.

Copyrighted material

größte Erklärungskraft bei (vgl. Masala 2005: 33). Das internationale System mit seiner anarchischen Struktur ist damit der zentrale Ansatz bzw. eine unabhängige Variable zur Erklärung von Krieg und Frieden.

Die wichtigsten Merkmale des Internationalen Systems sind nach Waltz:

Das internationale System ist anarchisch und dezentralisiert, da es keine Weltregierung gibt, die über den Staaten stehen würde, um die Beziehungen zwischen den Staaten verbindlich zu regeln[16] (vgl. Waltz 1979: 88). Wenn eine solche zentrale Instanz theoretisch existieren würde, so käme es unvermeidlich zu Auseinandersetzungen zwischen den Staaten und dieser Instanz, da für die Staaten neben Sicherheit auch Autonomie bzw. Unabhängigkeit zu den obersten Prioritäten gehören.

Die wichtigsten Einheiten des internationalen Systems sind die Staaten („units"), deren zentrales Bedürfnis das eigene Überleben ist. Die Staaten besitzen eine souveräne Entscheidungsmacht, wie sie auf externe und interne Herausforderungen reagieren. Das heißt, dass Marionetten- oder Satellitenstaaten keine „units" des internationalen Systems darstellen. Dabei sind für Waltz alle Staaten unabhängig von der territorialen Größe, des BIP oder der militärischen Stärke gleich, da sie alle gleiche Funktionen erfüllen: die Sicherheit nach innen wie nach außen zu schaffen (vgl. Waltz 1979: 96-97) Die Natur des interstaatlichen Systems bzw. dessen Polarität ist durch die Anzahl der Großmächte bedingt (vgl. Halliday 1994: 33). Man muss auch nach Waltz nicht unbedingt von der Annahme ausgehen, dass die Staaten rational handelnde Akteure seien, sie sind aber nach Waltz „sensitive for costs" (vgl. Masala 2005: 47).

Im internationalen System existiert keine Arbeits- und Funktionsteilung zwischen den Staaten (vgl. Waltz 1979: 93). Die Staaten sind deswegen nur auf sich selbst angewiesen. Daraus ergibt sich ein Selbsthilfesystem, bei dem die Staaten mehr oder weniger gleiche Aufgaben erfüllen, die auf das Überleben des Staates abzielen.

2.1.2 Balance of Power von Kenneth Waltz

Die Merkmale des internationalen Systems, vor allem der anarchische Urzustand, zwingen die Staaten dazu, mehr Einfluss aufeinander zu nehmen und damit Macht zu gewinnen bzw. zu akkumulieren. Wegen

16 Die supranationalen oder internationalen Organisationen verfügen für Waltz keineswegs über eine systemweite Autorität.

Copyrighted material

dieser strukturellen Besonderheit des internationalen Systems werden auch nur wenige Staaten mit dem „Gut" Sicherheit belohnt. Es existiert damit lediglich ein schmaler Handlungskorridor, um das eigene Überleben zu sichern. Die Staaten sind damit auch gezwungen, um die knappen „Sicherheitseinheiten" zu konkurrieren. Der Neorealismus von Waltz[17] ist deswegen staatenzentriert. Die Staaten sind für ihn die wichtigsten Handlungsakteure des internationalen Systems (vgl. Vogt 1999: 46). Das Minimalziel der Staaten ist das eigene Überleben, das Maximalziel die universelle Dominanz. Diese Annahme ist für Waltz' Balance of Power-Theorie von zentraler Bedeutung. Um diese Ziele mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu verfolgen, haben die Staaten zwei Möglichkeiten: interne Machtsteigerung (Aufrüstung, Stärkung der Volkswirtschaften, Entwicklung besserer Strategien) und/oder externe Machtsteigerung (Allianzbildung oder Eroberung) (vgl. Masala 2005: 57). Sicher sind die Staaten aber nur dann, wenn im internationalen System ein Machtgleichgewicht (Balance of Power) existiert. Lediglich unter den Bedingungen von Balance of Power ist es für den Staat nicht ratsam, einen anderen Staat anzugreifen, ohne dabei eine Niederlage zu riskieren. Daraus resultiert eine der wichtigsten Behauptungen: Wenn du überleben willst, so gleiche Machtungleichgewichte aus! Für Waltz weist das internationale System eine elementare Grundtendenz in Richtung eines Machtgleichgewichts auf. Diese Tendenz ist nicht zwingend, aber höchst wahrscheinlich. Balance of Power entsteht nicht aufgrund des Willens der Staaten, die so ein Gleichgewichtssystem schaffen möchten, vielmehr ist Balance of Power für Waltz eine Erscheinung, die unabhängig von dem Willen der Akteure und durch die Systemstruktur bedingt ist und unabhängig von den staatlichen Motiven auftritt. Balance of Power kann man als eine annähernd gleiche Verteilung der Sicherheitseinheiten unter den wichtigsten Koalitionen des internationalen Systems sehen. Das Mächtegleichgewicht bietet damit ein Höchstmaß an Überlebenssicherheit der Staaten im anarchischen internationalen System (vgl. Vogt 1999: 50-51).

Der Versuch einer Großmacht, zum Hegemon aufzusteigen, wird von den anderen Akteuren als Bedrohung für die eigene Sicherheit und Autonomie wahrgenommen. Wenn ein Staat versuchen würde, seine Machtposition im internationalen System zu vergrößern, würden sich mindestens zwei Koalitionen herausbilden: eine Koalition um

17 Der Unterschied des Konzeptes von Balance of Power bei Waltz von dem von Morgenthau besteht darin, dass für Waltz Balance of Power ein immer wiederkehrendes Ereignis der Konstellation ist, in der sich die Staaten befinden, und nicht das Ergebnis des Willens der Akteure ist (vgl. Masala 2005: 74).

Copyrighted material

den Hegemon im Wartestand und eine andere, die sich nicht dem Führungsanspruch der zukünftigen Hegemonialmacht beugen will. Die Staaten, die eine Maximierung der Macht verfolgen, werden der stärkeren Koalition beitreten, dann „we would see not balances forming but a world hegemony forged". Das wird nach Waltz aber nicht passieren, weil "balancing, not bandwagoning, is the behavior induced by the system" (Waltz 1979: 126). Selbst wenn es einem Staat gelingen wird, eine Hegemonie herzustellen, wird diese laut Waltz nur von kurzer Dauer sein, da die Abwesenheit des Mächtegleichgewichtes nicht nur für die schwachen Staaten gefährlich sein kann, sondern auch für einen starken Staat. Balance of Power stellt damit für Waltz die einzig feststellbare Gesetzmäßigkeit in der anarchischen Struktur des internationalen Systems dar.

2.1.3 Bandwagoning von Randal Schweller

Bandwagoning verweist auf ein Verhalten von Staaten im internationalen System, sich an Machtzentren „anzuhängen" und als Trittbrettfahrer auf positive outcomes zu hoffen – vor allem in den Bereichen Sicherheit und Wohlfahrt (vgl. Vogt 1999:5). Der vom amerikanischen Englisch abgeleitete Begriff „bandwagoning"[18] bedeutet im übertragenen Sinne eine Verhaltensstrategie, sich an einem erfolgversprechenden Unternehmen zu beteiligen und nach einem Erfolg auf eine Belohnung für die erfolgte Unterstützung zu hoffen, und nicht an einem schwachen Unternehmen teilzuhaben, das vermutlich scheitern wird (vgl. Vogt 1999: 10).

Das Phänomen des Bandwagoning wird von Seiten des Neorealismus als eine Anomalie betrachtet und wird damit auch nicht erklärt. Waltz erwartet eine starke Tendenz in Richtung von Balance of Power (siehe Abschnitt 2.1.2), doch erkennt er auch an, dass die Staaten Bandwagoning als Anlehnung an die übermäßige Macht betreiben können, wenn interne oder externe Machtsteigerungen nicht möglich sind (vgl. Masala 2005: 57). Die Staaten werden sich damit laut Waltz der schwächeren beider Koalitionen anschließen, um eine Balance of Power herzustellen, und nicht der stärkeren, wie das Bandwagoning-Konzept besagt. Die Entscheidung des Staates, eine Bandwagoning-Politik zu betreiben, wird also von Waltz als eine absolute Schwäche des Staates interpretiert, der nicht in der Lage ist, die eigene Sicherheit

18 Der Begriff bandwagon bezeichnet einen hohen, von Pferden gezogenen Wagen, der groß genug ist, um eine Musikkapelle aufzunehmen. Mit seiner Hilfe wurde Werbung für die anstehenden Ereignisse gemacht, z. B. für den Wahlkampf (vgl. Vogt 1999: 10).

Copyrighted material

zu gewährleisten, da er sich die Kosten von Balancing nicht leisten kann. So ein Verhalten stelle damit eine politische Kapitulation dar und sei eine Notlösung.

Randall Schweller vertritt in seinem Beitrag „Bandwagoning for Profit: Bringing the Revisionist State Back In" die Meinung, dass das von Neorealisten favorisierte Balancing keine dominante Strategie der Staaten sei. Die Staaten tendieren eher dazu, die Kosten zu minimieren und da die Politik des Balancing ziemlich kostenaufwändig sein kann, bevorzugen viele Staaten eher, Bandwagoning zu betreiben (vgl. Vogt 1999: 3). Für ihn stellt Bandwagoning damit keine Kapitulation der Staaten, sondern eine Gewinn versprechende Verhaltensstrategie dar. Die Bandwagoning-Strategie muss auch nicht unbedingt mit der Schwäche der Staaten verbunden sein. Es handelt sich um die Prioritätensetzung der Staaten, anstelle von Sicherheit werden die ökonomischen Vorteile in den Vordergrund gestellt, da „... it is simply not true that the first concern of all states is security" (Schweller 1994: 86).

Für Schweller spielen vor allem die wechselnden nationalen Interessen der Staaten eine bedeutende Rolle, die grundsätzlich in zwei Richtungen tendieren. Die erste Gruppe bilden Staaten, die an der Aufrechterhaltung des Status quo im internationalen System interessiert sind. Zu den Status-quo-Staaten gehören diejenigen Staaten, die mit ihrer momentanen Sicherheitslage im internationalen System zufrieden sind und die die Aufrechterhaltung der vorhandenen Güter anstreben. Diese Staaten sind damit die Sicherheitsmaximierer (vgl. Vogt 1999: 60), für die der Erhalt ihrer Positionen absolute Priorität hat. Zu der anderen Gruppe gehören die Staaten, die nicht mit dem herrschenden Status quo einverstanden sind und die in ihrer Politik nach der Revision des internationalen Systems streben (vgl. Schweller 1994). Für die Staaten mit revisionistischen Einstellungen haben die Güter, die sie begehren, eine höhere Priorität im Vergleich zu den Gütern, die diese Staaten besitzen. Die Revisionisten sind bereit, die militärischen Mittel für das Erreichen der begehbaren Ziele einzusetzen, um den Status-quo- Zustand zu brechen. Nach Schweller initiieren meistens die revisionistischen Staaten die Entstehung der Allianzen, den Status-quo-Ländern bleibt damit nur die Reaktion übrig (vgl. Schweller 1994: 76).

Zu den Staaten, die als Bandwagons auftreten, gehören die Großmächte, die entweder an der Aufbewahrung des Status quo orientiert sind und dementsprechend eine Balance-Politik betreiben – bei Schweller fallen diese in die Kategorie „Lions" – oder diejenigen Großmächte, die an der Revision der existierenden Konstellationen

Copyrighted material

interessiert sind und damit eine aggressive revisionistische Politik verfolgen können. Diese Staaten werden als „Wolves" bezeichnet. In diesem Zusammenhang existieren zwei Akteurgruppen, die die Bandwagoning-Politik in Bezug auf zwei Bandwagons ausüben können, das heißt die Staaten, die entweder mit „Lions" oder mit „Wolves" in eine Koalition eingehen. Das sind auf der einen Seite die schwachen Staaten, die nicht in der Lage sind, die Kosten für den Erhalt der eigenen wenigen Güter zu zahlen, und auch nicht bereit sind, diese Güter aufs Spiel zu setzen, um potentiell mehrere erhalten zu können. Diese Staaten werden von Schweller als „Lambs" bezeichnet und betreiben seiner Meinung nach eine Bandwagoning-Politik gegenüber den „Lions". In diesem Zusammenhang geht es hauptsächlich um den „Wave of Future Bandwagoning".[19] Zu dieser Form des Bandwagoning gehören damit Staaten, die die stärkere, auf den Status quo orientierte Koalition wählen, da sie glauben, dass diese Koalition das Modell der Zukunft im politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Bereich repräsentieren wird (vgl. Vogt 1999: 64). Man schließt sich dieser Koalition an, um in der Zukunft von dem gewählten Entwicklungsweg profitieren zu können.

Auf der anderen Seite handelt es sich um die schwachen revisionistischen Staaten „Jackals", die bereit sind, die hohen Kosten für den Erwerb der neuen Güter zu zahlen und bei den vorhandenen Gütern Risiken einzugehen. Solche Staaten wählen für die Unterstützung der eigenen Ziele starke revisionistische Staaten der „Wolves", die ebenfalls mit dem herrschenden Status quo nicht zufrieden sind (vgl. Schweller 1994). Das Ziel der „Jackal Bandwagoning" ist der Erhalt von Gütern. Diese Strategie wird also hauptsächlich von schwachen revisionistischen Staaten verfolgt, die mit ihrer momentanen Lage im internationalen System nicht zufrieden sind. Als Bandwagon dienen die starken revisionistischen Staaten, die für sich eine größere Rolle in der Welt beanspruchen und mit dem vorherrschenden Status quo nicht einverstanden sind.

Der entscheidende Punkt in der Allianzenbildung ist damit die Vereinbarkeit der politischen Ziele. Die zufriedenen Staaten werden der Status-quo-Koalition beitreten, selbst wenn es eine stärkere Seite

19 Schweller unterscheidet innerhalb von diesen Bandwagoning- Formen vier Arten der Akteure und damit vier Arten des Bandwagoning: Jackal Bandwagoning; Piling-on Bandwagoning (Jackal Bandwagoning am Ende des Krieges mit der Hoffnung, die „unverdiente" Gewinne zu bekommen); Wave of the future Bandwagoning; Domino-Effect (der Bandwagon wird in dem Fall durch eine externe Kraft in Gang gesetzt und löst meistens wegen einer Revolution eine Kettenreaktion aus). Für unsere Analyse sind vor allen zwei Formen von besonderer Relevanz. Das sind die Form des Jackal Bandwagoning und die Form des Wave of the future Bandwagoning.

Copyrighted material

ist; die unzufriedenen Staaten werden einer Koalition mit einem revisionistischen Staat beitreten, in der Hoffnung, mehr Profit nicht nur im Bereich der Sicherheit zu erzielen (vgl. Schweller 1994: 88). Entscheidend bei den beiden Formen des Bandwagoning ist die Kalkulation des angestrebten Nutzen, den die Staaten von den beiden Koalitionen bekommen können, die auch ihren Zielvorstellungen entsprechen würden.

2.2 Politik der internationalen Akteure in der Region

Die zentralasiatische Region ist hinsichtlich der geopolitischen, geo-ökonomischen und sicherheitspolitischen Überlegungen eine strategisch wichtige Region, die besonders nach dem 11. September 2001 im internationalen Kontext an Bedeutung gewonnen hat. Aber auch nachdem die Gefahr, die von dem Taliban-Regime und dem al-Qaida-Einfluss in Afghanistan ausging, durch deren Marginalisierung abnahm, haben die internationalen Akteure ihre Interessen bezüglich der Region nicht nur nicht relativiert, sondern auch die eigenen Aktivitäten intensiviert. Vor allem Russland und China waren nicht mehr bereit, die militärische Präsenz der USA an ihren Grenzen zu tolerieren. Damit gerieten die Staaten Zentralasiens ins Zentrum der machtpolitischen Interessen der Großmächte, deren Politik von vielen Experten als das „New Great Game" interpretiert wird (vgl. Davis/ Azizian 2007: 2).

Momentan kann man in Zentralasien das Agieren von sechs Mächten konstatieren. Manche von ihnen, wie Russland, China, die Türkei oder der Iran, zeigen mit der Region alte geschichtliche, kulturelle und wirtschaftliche Verflechtungen. Deren Politik in der Region hat eigene historische Wurzeln und Traditionen. Andere Akteure, wie die USA und die Europäische Union, sind Neulinge, die mit Zentralasien entweder nur eine bedingte geographische Nähe besitzen (die EU) oder auch ihre Politik von Null angefangen haben (die USA).

Die historisch gesehen wichtigen Akteure Russland und China haben sich in den 191990er Jahren wenig mit den regionalen Entwicklungen befasst. Russland war mit der Lösung eigener sicherheitspolitischer Probleme beschäftigt. Der Krieg in Tschetschenien, die Erweiterung der NATO sowie die Krise in Jugoslawien standen auf der politischen Agenda der Russischen Föderation. Genauso war China zu dem gleichen Zeitpunkt intensiv mit der Entwicklung seiner Außenpolitik in östliche und südöstliche Richtungen beschäftigt. Die Beziehungen zu den USA sowie das Taiwan-Problem standen im Mittelpunkt des

Copyrighted material

politischen Diskurses der Volksrepublik (vgl. Trouch 2007: 218). Erst nach dem 11. September geriet die Region in das Blickfeld der beiden Großmächte und begann eine wichtige Rolle in den außenpolitischen Konstellationen der beiden Länder zu spielen.

Die beiden externen Akteure, die USA und die EU, haben ihre Politik in der Region vor relativ kurzer Zeit gestartet und streben seitdem eine Festigung und einen Ausbau der eigenen Positionen an. In den 191990er Jahren wurde die zentralasiatische Region vom Westen als eine Peripherie Russlands empfunden. In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch der UdSSR stellte hauptsächlich die Russische Föderation das Objekt der westlichen Interessen dar, das auch als Guide für die anfangs erwartete Demokratisierung der zentralasiatischen Staaten angesehen wurde (vgl. Davis/Azizian 2007: 1). Für die USA hat die Region vor allem nach den Ereignissen vom 11. September 2001 eine große sicherheitspolitische Bedeutung in der US-Außenpolitik gewonnen. Es geschah ein Wandel in der Perzeption der Region bei den amerikanischen Entscheidungsträgern, die seitdem für eine Intensivierung der US-Politik mit den USA als ein einflussreicher Akteur in der Region plädieren. Der Wandel in der europäischen Außenpolitik erfolgte erst im Jahr 2007, als das neue Strategiepapier für die Region ausgearbeitet wurde.

2.2.1 Die Politik der Russischen Föderation in Zentralasien

Die politische Unabhängigkeit der russischen Peripherie-Staaten war für viele Vertreter der sowjetischen Nomenklatura schwer anzuerkennen. Während der ersten Jahre nach dem Zusammenbruch der UdSSR war unter den russischen Politikern die Meinung verbreitet, dass die entstandenen zentralasiatischen Staaten wegen ihrer strukturellen Schwächen *a priori* auf Russland angewiesen sein werden. Diese Einstellung erklärt auch die anfängliche Zurückhaltung der russischen Regierung in Bezug auf die politischen Prozesse in Zentralasien. Anfang der 191990er Jahre war die Russische Föderation stärker an der Hinwendung und der Intensivierung der Kooperation mit dem Westen orientiert und stand den massiven Transformationsschwierigkeiten im postsowjetischen Raum, mit denen die jungen unerfahrenen Staaten konfrontiert waren, eher apathisch gegenüber. Die distanzierte Haltung gegenüber Zentralasien äußerte sich auch dadurch, dass das Land ungern die Vermittlungsrolle bei dem Bürgerkrieg in Tadschikistan annahm. Man wollte sich nicht in das politische Geschehen der zentralasiatischen Staaten einmischen. Die postsowjetischen Republiken

Copyrighted material

wurden von Seiten der neuen russischen Elite als „zivilisatorischer", „ökonomischer", „kultureller" Ballast wahrgenommen. Russland hat als erstes Land im GUS-Raum die einseitige Visumspflicht und Zölle für diese GUS-Staaten eingeführt. Im Jahr 1993 schuf Russland die neue Währung, die Zentralasien aus der Rubel- Zone ausschlossen hat (vgl. Shaolei 2007: 204).

Erst ab Mitte der 191990er Jahre, nach dem Amtsantritt von Jewgeni Primakow, hat sich Russlands Haltung gegenüber den zentralasiatischen Staaten geändert. Zu dieser Zeit entstanden erste Reintegrationsversuche des postsowjetischen Raumes in die russische Einflusssphäre. Ungeachtet der zahlreichen multilateralen Abkommen über die Kooperation sowie die Gründung der Organisation des Kollektiven Sicherheitsvertrages[20] blieben die russischen Integrationsversuche erfolglos. Die neuen Staaten haben keine Sehnsucht nach der russischen paternalistischen Positionierung als „großer Bruder" gezeigt (vgl. Warkotsch 2006: 97). Aufgrund der eigenen Transformationskrise konnte Russland den Staaten der Region kein lockendes Modernisierungskonzept und auch keine Subventionierung der zentralasiatischen Wirtschaften, wie es zu Sowjetzeiten teilweise der Fall war, anbieten. Insgesamt kann man damit diese Zeitperiode der russischen Außenpolitik in Zentralasien sogar ungeachtet des Strebens nach mehr Kooperation als nicht besonders ergebnisreich einstufen.

Eine entscheidende Wende in der russischen Politik im GUS-Raum trat erst nach dem Amtsantritt des Präsidenten Wladimir Putin ein. Anstelle der post-imperialen Reintegrationsbestrebungen kam die russische Realpolitik, die sich vor allem an der Beachtung der nationalen Interessen Russlands orientierte. Diese Einstellung spiegelt sich auch in den Worten des damaligen Präsidenten wider: „An der Schwelle zum 21. Jahrhundert ist Russlands Aufgabe Russland selbst und nicht die Welt" (zitiert nach Trenin 2002: 13). Der wichtigste Wandel der Politik Putins gegenüber Zentralasien bestand also darin, dass der imperiale Anspruch Russlands in der Region beiseite gelassen wurde. Die pragmatische Politik der nationalen Interessen hatte sich durchgesetzt, bei der Russland nicht zu viel Verantwortung für seine ehemaligen Peripherien übernehmen wollte. Obwohl das Land für sich immer noch eine bedeutende Rolle beansprucht hat, sollte das russische Engagement nicht zu einer Belastung werden (vgl. Matveeva 2007: 279).

Die jetzige Politik Russlands gegenüber Zentralasien ist durch ein gewachsenes Selbstbewusstsein der russischen Regierung gekennzeichnet. Hinter der Wandlung bei der Selbstperzeption steht die

20 Bis 2003 als Taschkenter Sicherheitsvertrag der GUS bezeichnet.

Copyrighted material

wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die nach den anarchischen 191990er Jahren als ein Erfolg des russischen Staates postuliert wird. Das Gefühl einer wieder erstarkten Großmacht ermöglicht dem Land, entschlossener seine Interessen in der Region zu verteidigen.

Pauschal lassen sich die russischen Interessen in Zentralasien in zwei Richtungen aufteilen. Das sind auf der einen Seite die sicherheitspolitischen Interessen und auf der anderen Seite die wirtschaftlichen.

Sicherheitspolitische Interessen Russlands in Zentralasien

Seit 1996 wandelte sich das Territorium Afghanistans zum Zentrum des internationalen Terrorismus und religiösen Extremismus, dessen Ziel die Änderung der politischen Regime in Zentralasien mit dem Errichten eines islamischen Kalifates und dem Transfer dieser Prozesse in die anderen Teile der Welt war (vgl. Konarovsky 2007: 13). Die Gefahr des militanten Islams sowie des Drogenhandels aus Afghanistan stellt für die südlichen Grenzen Russlands ein Stabilitätsrisiko dar. Vor allem bei dem großen Anteil der muslimischen Bevölkerung im Nordkaukasus, die Separationsbestrebungen aufweisen, könnte die Idee der Übertragung der islamistischen Werte Anhänger finden. Um eine Destabilisierung des Nordkaukasus sowie der anderen muslimischen Teilrepubliken (Tatarsatan, Baschkortastan etc.) zu vermeiden, besteht das primäre Sicherheitsinteresse der Russischen Föderation in dem Schutz der südlichen Grenzen der GUS. Aus diesem Grund wurde auch die militärische Präsenz der USA in Zentralasien von Russland am Anfang ziemlich neutral wahrgenommen, da die Amerikaner im Kampf gegen die islamistischen Bewegungen relativ erfolgreich waren, darunter auch gegen die Islamische Bewegung Usbekistans (IMU)[21], die in der Region aktiv ist. Die loyale Haltung Russlands gegenüber den US-Militärbasen in Zentralasien lag in der Überzeugung, dass deren Anwesenheit einen vorübergehenden Charakter habe und dass sie entsprechend der vorherigen Absprache nach der Beendigung des Einsatzes in Afghanistan enden werde. Putins Zustimmung der westlichen Militärpräsenz in Zentralasien stellte keinen Akt des guten Willens dar. Ungeachtet der skeptischen Haltung im Lande hat er als Gegenleistung auf das Entgegenkommen des Westens in einigen weiteren Problempunkten, wie dem Tschetschenienkrieg, in der NATO-Osterweiterung sowie bei Russlands WTO-Beitritt, gehofft. Gefolgt sind im Gegenteil von der US-amerikanischen Seite eine Reihe diplomatischer Demütigungen Russlands: der einseitige Rückzug aus dem Anti Ballistic

21 Mehr dazu im Abschnitt 3.1.

Copyrighted material

Missile (ABM)-Vertrag, die Ausstrahlung von Hörfunksendungen in tschetschenischer Sprache durch „Radio Liberty" im Sommer 2002, die offensichtliche Unterstützung der antirussischen Stimmung in Georgien sowie die aktive Rolle der USA bei den Farbenrevolutionen in der Ukraine und Georgien. Nach dem Systemwechsel in Georgien und der Ukraine hat sich die russische Führung eindeutig gegen den weiteren Revolutionsexport in den postsowjetischen Raum ausgesprochen und mit entschlossenen Konsequenzen gedroht (vgl. Warkotsch 2006: 103). Der postsowjetische Raum gehört zu den vitalen Interessen der russischen Sicherheit, deren Destabilisierung unumkehrbare Folgen für das Land selbst haben könnte. Die Furcht vor den vom Westen inspirierten Farbenrevolutionen ist auch unter den zentralasiatischen Eliten stark verbreitet. Deswegen kommt die öffentliche Verurteilung Russlands gegenüber solcher Vorgehensweise im GUS-Raum den zentralasiatischen Staaten entgegen und stärkt die Kooperation im Rahmen des OVKS.[22]

Die Organisation des Kollektiven Sicherheitsvertrages ist ein wichtiges Instrument der russischen Sicherheitspolitik in der Region. Alle[23] Staaten Zentralasiens (mit Ausnahme von Turkmenistan) sind Mitglieder der Organisation. Im Rahmen der Organisation des Vertrages über die Kollektive Sicherheit finden regelmäßig mehrere Treffen zwischen den Innenministern der GUS-Staaten statt. Im Jahr 2002 wurde im Rahmen des OVKS ein antiterroristisches Zentrum gegründet (Konarovsky 2007: 15). Nachdem Usbekistan wieder der Organisation beigetreten ist, schloss Moskau am 14.11.2005 mit Taschkent einen militärischen Verbündetenvertrag ab. Im Rahmen dieses Vertrages erklärt sich Russland zu einem militärischen Einsatz in Usbekistan bereit, falls die usbekische Sicherheit gefährdet sein sollte. Für diese Sicherheitsgarantien bekam Moskau die Erlaubnis des usbekischen Präsidenten für die Stationierung der russischen Militärbasen auf dem usbekischen Territorium (vgl. Ahmadova 2006: 115). Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und Usbekistan kam in diesem Zusammenhang der Politik Russlands in der Region zugute. Die Ordnungsvorstellungen des Kremls stehen nicht mit den zentralasiatischen Systemen im Widerspruch und verlangen in Sachen der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie oder Menschenrechte keine Nachgiebigkeit. Die US-amerikanische Unterstützung des Regimewechsels im postsowjetischen Raum sowie der Krieg im Irak

22 Organisation des Vertrages für Kollektive Sicherheit.

23 Usbekistan ist im Jahr 1999 aus der Organisation ausgetreten und hatte bis zum Jahr 2005 eine Mitgliedschaft in der GU(U)AM. Seit 2005 ist das Land wieder das Mitglied des OVKS.

Copyrighted material

wurden in Zentralasien hingegen sehr skeptisch wahrgenommen. Die Herrschaftsvertreter der Region fürchten sich vor demselben Schicksal wie ihre Amtskollegen in anderen Ländern, vor allem das Schicksal von Saddam Hussein verbreitet Verunsicherung unter den regionalen Eliten. Deswegen haben Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Russland im Rahmen des OVKS einem gemeinsamen Luftverteidigungssystem zugestimmt (vgl. Warkotsch 2006: 104). Im Rahmen des OVKS wurde auch eine schnelle Eingreiftruppe für Zentralasien geschaffen. Diese Tatsache bestätigt, dass Russland auf die autoritäre Stabilität der zentralasiatischen Eliten setzt und es mit der Verteidigung der gegenwärtigen Regime ernst meint. Die Bereitschaft Russlands, die Sicherheit in der Region bereitzustellen und zu garantieren, gibt dem Land einen erheblichen Vorteil im Vergleich zu den anderen internationalen Akteuren, da die Sicherheitsgarantien für die Staaten Zentralasiens einen essenziell wichtigen Punkt darstellen.

Wirtschaftliche und energiepolitische Interessen Russlands in Zentralasien

Nach einem Jahrzehnt ist Russland nach Zentralasien zurückgekehrt, was die russische Militärpräsenz und Großinvestitionen im Energiesektor und in der Infrastruktur der Region bestätigen. Russlands Einfluss auf die zentralasiatischen Volkswirtschaften ist gewachsen. Der zentralasiatische Außenhandel ist seit jeher auf Russland fixiert und das überschüssige Arbeitskräftepotential der Region[24] ist in Russland sehr präsent.[25] Russland ist damit der wichtigste Handelspartner für alle zentralasiatischen Staaten.

Die aktivste Rolle spielt Russland aber im zentralasiatischen Energiesektor. Da fast alle Transportwege der zentralasiatischen Energieträger über das russische Territorium führen, gewährt es dem Land einen großen Spielraum bei der Einflussausübung in der Region. Für die Realisierung des Konzeptes einer Energieweltmacht ist die Kooperation mit den zentralasiatischen Ländern für Russland unvermeidlich. Es gehört zu den essenziellen Interessen Russlands, dass die regionalen Anrainerstaaten das eigene Gas und Erdöl über die von Russland favorisierten Pipelines transportieren. Dabei ist Russland nicht nur bereit, für die zentralasiatischen Energieträger die Weltmarkpreise zu bezahlen, sondern auch die großen Investitionsprojekte in der Region

24 In diesem Zusammenhang kann hauptsächlich über Tadschikistan, Kirgisien und Usbekistan gesprochen werden.

25 Fast 10 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung der Region arbeiten in Russland, deren Geldüberweisungen etwa 1,2 Mrd. US-Dollar jährlich betragen (vgl. Warkotsch 2006: 99)..

Copyrighted material

umzusetzen. Allein mit Tadschikistan hat Russland im Jahr 2004 achtzehn Investitionsabkommen mit einem Investitionsvolumen von zwei Mrd. US-Dollar unterzeichnet (vgl. Makeeva 2007: 283). Anfang 2006 hat die kirgisische Regierung den Vertrag für die Erschließung neuer Öl- und Gasfelder mit Gasprom abgeschlossen. Der russische Konzern wird dafür rund 300 Millionen Euro investieren (vgl. Biermann/Klönne 2006: 145). In Tadschikistan spielt Gazprom auch eine aktive Rolle und hat schon mit der Gasförderung in Sarykamisch und West-Schaambary begonnen (vgl. Makeeva 2007:283). Das russische Unternehmen hat ein Monopol von der tadschikischen Regierung bei der Exploration von Erdöl- und Erdgaslagerstätten erhalten. (vgl. Scharipow 2007: 79). Gleich nach dem Beitritt Usbekistans zur Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft hat der russische Gasmonopolist zwei Verträge mit Uzbekneftegaz unterzeichnet, die eine Verdreifachung der usbekischen Gasimporte beabsichtigen (vgl. Melikova/Sardovskiy 2006). Dank eines aktiven Engagements in Zentralasien ist es Russland gelungen, langfristige Lieferverträge mit den zentralasiatischen Energieexporteuren abzuschließen.

2.2.2 Die Politik der Europäischen Union in Zentralasien

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat die Europäische Union die Initiative bei der regionalen Politik den USA überlassen. Die Vereinigten Staaten haben sich ihrerseits auf die Schaffung neuer Transportwege für zentralasiatische Energieträger unter Umgehung von Russland und dem Iran konzentriert. Anfang der 1990er Jahre kamen die US-amerikanischen Energiekonzerne in die Region und haben sich für Investitionen im Erdöl- und Erdgasgeschäft engagiert. Erst im Jahr 1994 hat Europa sein Interesse an der Region signalisiert. Die europäischen Projekte TRACECA und INOGATE wurden ins Leben gerufen, die dazu dienen sollten, die „neue Seidenstraße", die die EU über den Kaukasus, das Kaspische Meer, Zentralasien und China mit den ASEAN-Ländern verbinden soll, zu schaffen (vgl. Rahr 2007: 56). Ende der 1990er Jahre kam es wegen des Tschetschenienkrieges zu einer Abwandlung durch die EU von Zentralasien Richtung Kaukasus. Das größte Anliegen der Europäer lag aber zu dem Zeitpunkt in Jugoslawien, wo die EU mit der Lösung der Konflikte auf dem Balkan beschäftigt war. [26] Selbst nach dem 11.09.2001 hat die EU ihr Engagement in Zentralasien nicht wesentlich verstärkt. Es wurde

26 Zwischen 1992 und 1999 sind vier Kriege auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawiens entstanden.

Copyrighted material

die Intensivierung der Sicherheitspartnerschaft betont, ein einheitliches Politikkonzept für die Region wurde jedoch nicht ausgearbeitet. Mittlerweile entstand auch in Europa das Bewusstsein, dass der NATO-Einsatz in Afghanistan länger dauern werde, als es vorher geplant war. Die Stabilitätsbewahrung in Zentralasien ist damit auch für die eigene Sicherheit wichtig geworden. Eine richtige Wandlung in der europäischen Politik gegenüber Zentralasien geschah aber erst nach dem Gaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine im Jahre 2005/2006 (vgl. Rahr 2007, Stratenschulte 2007). Nach der Gaskrise begann die Europäische Union, in der eigenen Energiepolitik umzudenken und die möglichen Alternativen für die Energieversorgung aus Russland zu entwickeln.

Die institutionelle Grundlage des europäischen Engagements in Zentralasien stellt das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) dar. Die EU unterhält mit allen ehemaligen Staaten der UdSSR dieses Abkommen. In Zentralasien haben Kasachstan, Kirgisien und Usbekistan das Abkommen ratifiziert. Im Fall von Turkmenistan wurde das Abkommen im Jahr 1998 unterzeichnet, die Ratifikation blieb jedoch bis jetzt aus. Das Gleiche gilt für Tadschikistan, mit dem Unterschied, dass das PKA erst im Jahr 2004 unterzeichnet wurde[27] (vgl. European Commission. External Relations). Die Besonderheit des PKA in Zentralasien besteht darin, dass dieses Abkommen keine Beitrittsperspektive für die Staaten enthält sowie keine Integration der Länder in das europäische Institutionsgefüge und im Vergleich zu den gleichen Abkommen mit Russland, Weißrussland und der Ukraine keine Freihandelsperspektive vorsieht. Der Schwerpunkt von PKA liegt also in der Zusammenarbeit im Bereich Handel und Wirtschaft sowie in der Intensivierung des politischen Dialogs. Die PKA beinhalten damit auch keine Zusammenarbeit in dem militärischen Bereich. Im Rahmen des PKA mit den Staaten Zentralasiens konzentriert sich die Kooperation auf die Bereiche Energie, Handel, Verkehr und Umwelt sowie auf die Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Drogenhandel und Geldwäsche (vgl. Warkotsch 2006: 146). Der politische Aspekt der Kooperation im Rahmen des PKA befasst sich mit der Problematik der politischen und wirtschaftlichen Systemtransformation in der Region. Die PKA mit den zentralasiatischen Staaten laufen im Jahr 2009 aus. Deswegen wird momentan mit den Republiken über eine neue Form der Kooperation verhandelt. Kasachstan äußerte eine klare Absicht nach dem Auslaufen des PKA, neben

27 Aufgrund des Bürgerkrieges in Tadschikistan haben die Verhandlungen über ein PKA erst im Jahr 2003 begonnen.

Copyrighted material

den Staaten Osteuropas und Südkaukasus auch Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik zu werden. Kirgisien und Usbekistan haben die gleiche Absicht signalisiert (vgl. European Community 2007: 12).

Das wichtigste Instrument der PKA für die Umsetzung der vorgenommenen Ziele war bis zum Jahr 2006 das TACIS-Programm.[28] Das Programm TACIS[29] zielte darauf, den Übergang zur Marktwirtschaft und die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Partnerstaaten Osteuropas und Mittelasiens zu fördern (vgl. Europäischer Rat 2000). Zu TACIS gehörten zwei wichtige überregionale Programme: TRACECA (Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia) und INOGATE (Interstate Oil and Gas Transport to Europe). Diese beiden Programme wurden schon 2004 in die „Baku-Initiative" integriert, in der die EU die Staaten Zentralasiens unterstützt, funktionierende Märkte für Öl, Gas und Strom mit Orientierung auf die rechtlichen Strukturen des europäischen Energiemarkts zu schaffen (vgl. Niepagenkemper 2007: 4). Im April 2006 wurde TACIS wegen ineffektiver Geldausgaben nach Forderung der Abgeordneten des Europaparlaments eingestellt. Am 1. Januar 2007 wurde TACIS für die GUS-Staaten durch das ENPI (Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument) und in Zentralasien durch das Instrument für die Entwicklungszusammenarbeit (DCI) ersetzt. Für den Programmplanungszeitraum 2000 bis 2006 wurden für TACIS 3,1 Mrd. Euro bereitgestellt. Außerdem gewährte die europäische Investitionsbank den TACIS-Empfängerländern für diesen Zeitraum Darlehen im Gesamtwert von 500 Mio. Euro (vgl. Europäische Kommission: Europäische Nachbarschaftspolitik: Finanzierung). Die Tätigkeit vom TACIS-Programm wird unterschiedlich eingeschätzt. Die Kritikpunkte bestehen hauptsächlich in dem Vorwurf, dass TACIS die Gelder ineffektiv verteilt und die regionalen Akteure zu wenig in die Projekte einbezogen hat. Außer einiger Erfolge in der Bekämpfung des Drogenhandels sind keine weiteren Verdienste des TACIS-Programms zu verzeichnen (vgl. ICG Report Nr. 113, 10. April 2006). Die beiden regionalen Programme INOGATE und TRACEA konnten leider bis jetzt auch keine großen Ergebnisse vorweisen.

Ein weiterer Punkt des europäischen Engagements in Zentralasien bilden das Programm ECHO[30], das sich auf die humanitäre Hilfe für Region konzentriert, und die EU-Nahrungshilfe. In diesem

28 TACIS agierte auch in Tadschikistan und Turkmenistan, obwohl die PKA da noch nicht ratifiziert wurden.

29 Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States

30 European Commission Humanitarian Office

Copyrighted material

Zusammenhang muss man darauf hinweisen, dass die europäischen Aktivitäten im sozialen Bereich sehr umfangreich sind. Die Europäische Union ist weltweit einer der größten Geldgeber für die zentralasiatische Region. Seit dem Jahr 1991 hat die Union mehr als 1 Mrd. Euro ausgegeben (vgl. European Community 2007: 16).

	Kasachstan	Kirgisien	Usbekistan	Tadschikistan	Turkmenistan
1991-2006	193,4 €	282,25 €	228,85 €	499,75 €	111,35 €

Tabelle 2: Europäische Finanzhilfsmittel in Zentralasien (Mio. Euro)
Quelle: European Commission: External cooperation programms: country cooperation (http://ec.europa.eu/europeaid/where/asia/country-cooperation/index_en.htm), Eigene Darstellung

Außer normativen Zielen, wie der Beachtung der Menschenrechte, Etablierung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der Region, verfolgt die EU auch pragmatische Ziele. Dazu gehören die sicherheitspolitischen Interessen, die auf die Stabilitätsbewahrung Zentralasiens im Hinblick auf die Nachbarschaft mit Afghanistan, den Iran und Pakistan abzielen, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität mit dem Schwerpunkt Drogen-, Waffen- und Menschenhandel und natürlich das Interesse an der Diversifizierung der Energieimporte (vgl. Stratenschulte 2007: 124).

Sicherheitspolitische Interessen der EU in Zentralasien

Bei den europäischen Sicherheitsinteressen in Zentralasien spielt die Frage der Bekämpfung des Drogenhandels eine ganz zentrale Rolle. Mit dem Anstieg der Opiumproduktion in Afghanistan hat auch die Rolle Zentralasiens als Transitregion in den letzten Jahren massiv zugenommen. Die zentralasiatischen Führungen stehen diesen Entwicklungen zum Teil ohnmächtig gegenüber. Den Staaten fehlen die Kapazitäten für eine effiziente Bekämpfung, zwischen den Behörden der Länder findet keine produktive Kommunikation statt, was die Arbeit zusätzlich erschwert. Im Zeitraum 1998 bis 2003 haben sich die sichergestellten Drogenfunde in Zentralasien mehr als versechsfacht (vgl. Warkotsch 2006: 69). 25 Prozent der Gesamtmenge, die den europäischen Markt erreicht, kommen aus der über Zentralasien laufenden Route. Die sogenannte „Seidenroute" führt aus Afghanistan, Richtung Zentralasien nach dem Kaspischen Meer über

Copyrighted material

den Kaukasus nach Europa. Tadschikistan nimmt dabei eine zentrale Rolle ein. Die Grenze zwischen Afghanistan und Tadschikistan ist wegen der Gebirgigkeit nicht so gut überwacht und geschützt. Im Jahr 2003 wurden etwa 5600 kg Heroin von den tadschikischen Behörden beschlagnahmt, wobei es im Jahr 1998 271 kg waren (United Nations Office on Drugs and Crime 2005: 263).

Das andere Anliegen der EU ist das instabile Afghanistan, wo viele Mitglieder der EU an dem NATO-Einsatz beteiligt sind. Die Konfrontation der USA mit der usbekischen Führung und die Schließung einer amerikanischen Militärbasis[31] hat in der EU auch die Befürchtung ausgelöst, dass die europäische Militärpräsenz das gleiche Schicksal im Land teilen werde. Das war aber nicht der Fall. Im Süden Usbekistans sind immer noch 300 deutsche Soldaten stationiert, obwohl das Vorgehen der usbekischen Behörden in Andischan im Jahr 2005 auch von Deutschland und der EU scharf kritisiert wurde und sogar Sanktionen gegen Usbekistan eingeführt wurden. Diese Tatsache spricht für ein positives Verhältnis der usbekischen Führung zu Europa. Die EU hat insgesamt in Zentralasien einen sehr guten Ruf und wird von den Menschen als „ehrlicher Makler"(Morel 2006: 1) empfunden. Der Vorteil der EU in Zentralasien besteht hauptsächlich darin, dass die Union nicht mit großen geopolitischen Ambitionen der Großmächte, wie den USA, Russland oder China, bezüglich der regionalen Herrschaft belastet ist, und stellt damit einen interessanten, zuverlässigen und hauptsächlich geographisch nahen Importeur der zentralasiatischen Energieträger dar.

Energiepolitische Ziele der EU in Zentralasien

Die Energieerzeugung wird bei den EU-15 bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent zurückgehen. In Rahmen des steigenden Energiebedarfs der EU wird auch die Energieabhängigkeit bei dem Import der fossilen Energieträger gegenüber Drittländern zunehmen. Bereits heute hat der Energieimportanteil am Gesamtverbrauch der EU-15 rund 50 Prozent erreicht. Den Schätzungen der europäischen Kommission zufolge, kann dieser Anteil bis zum Jahr 2030 rund 70 Prozent erreichen (vgl. Europäische Kommission 2000: 23).

31 Nachdem Usbekistan offiziell die Schließung der amerikanischen Militärbasis verordnet hat, kamen auch aus Kirgisien die gleichen Andeutungen. Kirgisien hat damit versucht, die USA unter Druck zu setzen, um die Pachtsumme zu erhöhen. Es ist der kirgisischen Führung gelungen, die Pachtsumme wurde von 2,7 auf 150 Mio. US-Dollar pro Jahr angehoben (vgl. Wipperfürth 2007: 65).

Copyrighted material

	2010	2020	2030
EU-15	54,0	62,0	71,0
EU-25	53,3	62,1	67,5
EU-30	42,0	51,0	60,0

Tabelle 3: Energieimportabhängigkeit der EU (in Prozent am Gesamtenergieverbrauch)
Quelle: Europäische Kommission (2000: 24); zitiert nach Warkotsch (2006: 57)

Die europäischen Energieimportanteile aus Russland belaufen sich momentan auf 16 Prozent beim Erdöl und auf 35 die europäische Militärpräsenz bei dem Erdgasimport. Einigen Schätzungen zufolge kann dieser Anteil bei den EU-30 im Jahr 2020 bis zu 85 die europäische Militärpräsenz ansteigen (vgl. Warkotsch 2006). Der Höhepunkt des russischen Energieexportes wird aber laut russischer Energiestrategie schon im Jahr 2010 erreicht, wobei die europäischen Bedürfnisse weiter steigen werden. In diesem Zusammenhang wird Russland auch nicht in der Lage sein, sein Exportvolumen entsprechend dem steigenden europäischen Energiebedarf anzupassen, da das Land auch andere Abnehmer vor allem im GUS Raum zu versorgen hat. Deswegen sind für die EU die neuen Energielieferanten außerordentlich wichtig. Die europäischen Energieinteressen in Zentralasien werden verbal sehr betont, konkrete Infrastrukturentscheidungen für die Schaffung einer kostengünstigen Energielieferung nach Europa bleiben jedoch aus. Die für die europäische Diversifizierung der Energieversorgung wichtige BTC-Pipeline kam auch auf Druck der USA und nicht der EU zustande. Der Kaspische Raum könnte aber dank seiner Ressourcen zukünftig die EU mit bis zu einem Drittel des gesamten Energiebedarfs versorgen (vgl. Warkotsch 2006: 61-62).

Die Zentralasienstrategie der Europäischen Union 2007-2013

Obwohl die EU seit Anfang des 21. Jahrhunderts ihre Politik in der Region intensiviert hat, was auch die Ernennung eines EU-Sonderbeauftragten[32] für Zentralasien seit dem Jahr 2005 bestätigt, bleiben die Gesamtergebnisse der europäischen Aktivitäten in der Region eher bescheiden. Das liegt auch teilweise daran, dass das unkoordinierte

32 Erster Sonderbeauftragter der EU war Jan Kubis, seit Oktober 2006 vertritt Pierre Morel die EU in der Region.

Copyrighted material

Engagement einzelner europäischer Staaten in der Region dazu führt, dass die Europäische Union als einheitlicher Akteur nicht sichtbar ist und dementsprechend auch nicht wirksam genug auftritt (vgl. Lucas 2007: 61). Die wichtigste Ursache besteht aber darin, dass die Europäische Union eine weichere Linie in Bezug auf Zentralasien im Vergleich zu den USA, China oder Russland verfolgt. Für eine aktive Politik in der Region fehlten der Union nicht nur Mittel, sondern auch klare Zielvorstellungen. Dies wurde auch den europäischen Entscheidungsträgern bewusst, was diese dazu veranlasst hat, ein Sonderstrategiepapier für die Region zu entwerfen.

Die Zentralasien-Strategie wurde nach der deutschen Initiative während der EU-Ratpräsidentschaft im Jahr 2007 ausgearbeitet. Das neue Strategiepapier stellt ein ausgearbeitetes Konzept der Europäischen Union zu der Region Zentralasien dar. Im Rahmen dieses verabschiedeten Strategiepapiers bietet die Europäische Union den Staaten der Region nicht nur Dialog und Beratung an, sondern auch konkrete Hilfe in solchen Bereichen wie:

- Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit
- Jugend und Bildung
- Wirtschaftliche Entwicklung und Ausbau des Handels
- Ausbau der Energie- und Verkehrsverbindungen
- Umweltverträglichkeit und Wasser
- Bewältigung gemeinsamer Bedrohungen und Herausforderungen
- Förderung des interkulturellen Dialogs

Im Rahmen der neuen Außenhilfeinstrumente der EU ist für Zentralasien für den Zeitraum 2007-2013 eine Verdoppelung der Finanzmittel vorgesehen (Auswärtiges Amt 2007b: 2). Das gesamte Budget für die zentralasiatische Region beträgt 719 Mio. Euro, die über das Instrument für die Entwicklungszusammenarbeit (DCI)[33] verwaltet werden. 70 Prozent der bis zum Jahr 2013 geplanten Entwicklungshilfe werden für die bilateralen Projekte ausgegeben. 40-45 Prozent des Gesamtbudgets sind für die Programme der Armutsbekämpfung sowie für die Reformen des Sozialwesens geplant. 20 bis 25 Prozent sind für die Demokratieförderung, Stärkung der öffentlichen Institutionen gedacht (vgl. Schmitz 2007: 331-332). Innerhalb der ersten vier Jahre (2007-2010) sind die Ausgaben in Höhe von 314 Mio. Euro vorgesehen (vgl. European Commission: External cooperation Programms). Die Strategie sieht eine Verstärkung solcher Finanzorgane

33 Development Cooperation Instrument.

Copyrighted material

wie der Weltbank sowie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) vor. Eine wichtige Rolle bei der Finanzierung der Projekte in Zentralasien kommt der Europäischen Investitionsbank (EIB) zu (Auswärtiges Amt: Zentralasienstrategie der EU (2007), S. 4).

Das Konzept der Zentralasienstrategie der EU stellt einen breiten politischen und ökonomischen Ansatz dar, der sich nicht nur auf die Diversifizierung der Energielieferungen bezieht. Es handelt sich dabei um einen integrativen Ansatz der europäischen Politik, der Zentralasien als eine einheitliche Region behandelt. In Fragen der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Sicherheitsrisiken, wie der Wasserproblematik, ist der integrative Ansatz der einzig mögliche Weg, zur Entschärfung des Konfliktpotentials beizutragen. Bei der Umsetzung der energiepolitischen Ziele sowie bei der Intensivierung des politischen Dialogs darf man die regionalen Differenzen nicht außer Acht lassen. In der Tat handelt es sich in Bezug auf Zentralasien um fünf Staaten, die sich nach deren wirtschaftlichen, politischen Entwicklungen sowie außenpolitischen Orientierungen wesentlich voneinander unterscheiden. Die Staaten selber wollen auch nicht in einen Topf mit den Nachbarn geworfen werden; zu stark ist der Wille nach Eigenständigkeit. Vor allem bei den kleinen Staaten wie Kirgisien und Tadschikistan entsteht der Verdacht, dass sie bei dieser Pauschalisierung zugunsten der „großen Spieler" wie Kasachstan und Usbekistan vernachlässigt werden. Deswegen muss die Strategie mehr Bezug auf die einzelnen Staaten aufweisen, da diese nur so eine Anerkennung bei den zentralasiatischen Führungskräften finden können. Andererseits weisen die zentralasiatischen Staaten keine Kooperationsbereitschaft und auch keinen Willen zur Durchführung von Reformen auf, die eine Voraussetzung für eine erfolgreiche europäische Politik wären. Vor allem der Aspekt der Bekennung zu den europäischen Werten stellt einen problematischen Punkt dar. Die Demokratisierungsagenda der EU macht die Umsetzung der energiepolitischen Ziele in der Region fast unmöglich, da dieser Sektor ausschließlich von den lokalen Autokraten kontrolliert wird, die am gesellschaftlichen Wandel kein Interesse haben. Ein wichtiger Punkt ist auch, dass die 719 Mio. Euro, die eine Verdoppelung der europäischen Ausgaben bedeuten, sich auf sieben Jahre und fünf Länder beziehen. Statistisch gesehen wird die EU jährlich weniger als 2 Euro pro Bürger in Zentralasien ausgeben (vgl. Stratenschulte 2007: 126). Das kann man natürlich nicht mit dem Engagement von China, USA oder Russland vergleichen. Die Letzteren werden allein in Tadschikistan – dem ärmsten Land der Region – 2 Mrd. Dollar investieren.

Copyrighted material

Wasserpolitik der EU in Zentralasien

Der Wasserproblematik in Zentralasien wird im Rahmen der EU-Zentralasienstrategie besondere Aufmerksamkeit gewidmet, wobei der regionale Aspekt bei der Bewältigung der Wasserprobleme sowie die Notwendigkeit einer integrierten Wasserwirtschaft betont werden. Das Wassermanagement wird als das wichtigste Umweltproblem der Region anerkannt, das in der mittelfristigen Perspektive eine regionale Sicherheitsgefahr darstellt (vgl. European Commission. External Relations 24.06.2008: 10). Im Bereich der Wasserwirtschaft wird im Rahmen der EU-Zentralasienstrategie deswegen ein regionaler Aspekt betont (vgl. Auswärtiges Amt 2007b: 4). Die EU betrachtet die regionale Kooperation zwischen den Staaten Zentralasiens in Fragen des Wassermanagements in politischer und ökonomischer Hinsicht als außerordentlich wichtig. Die Förderung der zwischenstaatlichen Kooperation solle auch die existierenden regionalen Konflikte mildern. Laut dem Strategiepapier kann „die Förderung der Zusammenarbeit im Bereich der Wasserwirtschaft zu regionaler Sicherheit und Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung beitragen" (Auswärtiges Amt 2007b: 13). Deswegen muss das Thema Wasser nach Meinung des Bundesministers für Auswärtigen ganz oben auf die internationale Agenda gesetzt werden (vgl. Steinmeier 01.04.2008: 3). In Bezug auf Zentralasien muss Wasser laut der Bundesregierung zu einem Element der zwischenstaatlichen Kooperation und regionalen Zusammenarbeit werden. Dabei wird auch die Absicht der EU betont, die zentralasiatischen Staaten bei der Modernisierung der bestehenden Energieinfrastruktur, darunter auch im Bereich der Wasserkraftwerke, zu unterstützen. Ein großes Potential wird auch der Stromerzeugung durch die Hydroenergie beigemessen, deren Entwicklung die EU in der Region weiter forcieren möchte (vgl. Auswärtiges Amt 2007b: 10).

Im Rahmen des Wasserbereiches der Zentralasienstrategie der EU wurde die sogenannte Wasserinitiative gestartet, die fünf grundlegende Eckpunkte enthält (vgl. Steinmeier 01.04.2008: 6-7):

- Unterstützung des grenzüberschreitenden Wassermanagements
- Transfer des europäischen Know-how in die Region für eine nachhaltige Ressourcennutzung
- Erweiterung des Studienangebots an der deutsch-kasachischen Universität in Almaty (DKU) um nachhaltiges Wassermanagement
- Förderung der Vernetzung von Wasserfachleuten zwischen Deutschland, der EU und Zentralasien
- Intensivierung von Know-how-Transfer und Investitionsförderung mit Hilfe privatwirtschaftlicher Expertise

Copyrighted material

Die Wasserinitiative der EU in Zentralasien stellt ein „Leuchtturm-Projekt" der EU-Zentralasienstrategie dar (vgl. Erler 2007: 375). Bei der Lösung der Wasserprobleme in Zentralasien kann die EU an eigene Bemühungen der EUWI (European Union Water Initiative) anknüpfen. Im Rahmen der zu diesem Programm gehörenden Regionalkomponente Eastern Europe, Caucasus und Central Asia (EECCC) hat die Europäische Union seit dem Jahr 2002 bereits etwa elf Mio. Euro in die Wasserprojekte in Zentralasien investiert (vgl. Erler 2007: 376). Eben im Bereich der Wasserbewirtschaftung verfügt die EU über einen klaren Vorteil, da weder Russland noch China über ein ausreichendes Know-how im Bereich der Wasserbewirtschaftungs- und Wassereinsparungstechnologien verfügen, um die komplexen Wasserprobleme in der Region lösen zu können. Die europäischen Technologien stellen damit eine überzeugende Grundlage für die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten dar, die für die Region von großer Bedeutung ist und an der die Staaten selbst ein erhebliches Interesse zeigen.

2.2.3 Die Politik Chinas in Zentralasien

Die chinesische Politik in der Region unterscheidet sich von jener, die der Westen oder Russland betreiben. An der ersten Stelle stehen für die VR die Wirtschaft bzw. die Handelsbeziehungen sowie die Sicherheitsbedenken Chinas bezüglich der islamistischen Gefahren für seine südwestliche Provinzen, erst dann kommen die geopolitischen Überlegungen um Einflussnahme in der Region.

China hat mit dem Gebiet Zentralasiens lange historisch geprägte Beziehungen, die aber während der Sowjetzeit fast komplett unterbunden waren. Gleich nach dem Zusammenbruch der UdSSR hatte China die neuen Vertragsmechanismen mit den entstandenen Nachbarschaftsrepubliken auszuarbeiten. Die Herstellung einer neuen Grundlage für die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern war die ursprüngliche Intention Chinas bei der Gründung der Shanghai Cooperation Organization. Die Ziele des Bündnisses waren anfangs die Sicherheitsaspekte in Bezug auf die zunehmende Gefahr des islamischen Fundamentalismus, die allen Mitgliedern der Organisation gemein waren.[34] Im Jahr 1996 trafen sich in Shanghai die Regierungsvertreter aus Kirgisien, Kasachstan, Tadschikistan sowie aus China und Russland. Im Rahmen dieses Treffens wurden die Vereinbarungen über die militärische Kooperation,

34 China-Xinjang, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisien- IMU und Afghanistan, Russland – Nordkaukasus.

Copyrighted material

Stärkung der regionalen Grenzen und über die Gründung von „Shanghai Five" unterzeichnet (vgl. Konarovsky 2007: 19). Nach den regelmäßigen Begegnungen kamen die Mitgliedstaaten zu der Schlussfolgerung, dass nicht nur die Sicherheit eine Schnittstelle der zwischenstaatlichen Interessen darstellt. Beim Treffen in Almaty im Jahr 1998 wurden neben Sicherheitsfragen die Handelsbeziehungen sowie weitere Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit diskutiert. Dabei kam es zum ersten Mal dazu, dass auch die potentielle Teilnahme anderer Staaten nicht ausgeschlossen wurde. Das Gesamtterritorium der Mitgliedstaaten der SCO beträgt 3/5 des eurasischen Kontinents; die Gesamtbevölkerung 1/10 der Weltbevölkerung. Allein diese Gegebenheiten machen die SCO zu einem wichtigen Akteur in Eurasien. Die anderen Akteure der internationalen Gemeinschaft, wie ASEAN, Indien, Pakistan, der Iran, Sri Lanka, die Mongolei, die USA und Japan haben ihr Interesse an der Tätigkeit der SCO demonstriert.[35] Seit dem Jahr 2006 besitzen der Iran, Pakistan, Indien und die Mongolei einen Beobachterstatus bei der Organisation. Im Jahr 2004 nahm das Antiterrorzentrum in Taschkent seine Arbeit auf. Das Generalsekretariat der SCO wurde in demselben Jahr in Peking gegründet (vgl. Warkotsch 2006: 116). Damit hat die SCO ihren Tätigkeitsbereich auch auf die sicherheitspolitische Ebene ausgeweitet.

Sicherheitspolitische Ziele der Volksrepublik China in Zentralasien

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und damit die Unabhängigkeit der mittelasiatischen Länder haben in der VR China die Befürchtung hervorgerufen, dass die Souveränitätserlangung der Nachbarstaaten zu einer verstärkten Autonomieforderung in Xinjiang führen könnte. Die Verbundenheit der Uiguren mit den zentralasiatischen Völkern ist sehr eng. Neben der geographischen Nachbarschaft begünstigten schon immer ethnographische Faktoren die Beziehungen zwischen den muslimischen Turkvölkern Ost- und Westturkestans. Die Usbeken, Kasachen, Tataren, Kirgisen und Turkmenen teilten mit den Uiguren bzw. deren Oasenidentitäten neben der tschagataischen Literatursprache die turkstämmige Herkunft, die miteinander verwandten Turkdialekte, den gemeinsamen islamischen Glauben sowie gewisse Bräuche und Sitten, die historisch und kulturell bedingt übereinstimmten (vgl.

35 Manche Experten sind der Meinung, dass die SCO das G8-Modell der verschiedenen Ebenen der Partizipation zwischen den Staaten anwenden kann. In diesem Zusammenhang geht es um die permanenten Mitglieder, um die Partner in verschiedenen Projekten, die durch die permanenten Mitglieder durchgeführt werden, sowie um die Länder mit dem Beobachterstatus (vgl. Konarovsky 2007: 20).

Copyrighted material

Hahn 2004: 994). Die Befürchtungen der chinesischen Regierung schienen sich zu bestätigen, als im April 1990 in Baren (südlich von Kashgar) heftige Unruhen[36] ausbrachen. Im Jahr 1995 brachen erneut religiös motivierte Proteste in Khotan aus, bei denen Hunderte von Uiguren getötet und noch mehr verhaftet wurden (vgl. Heuer-Vogel 2000: 335).

1996 wurde die landesweite Antikriminalitätskampagne, „Yanda" (Strike Hard) genannt, ins Leben gerufen, mittels der die chinesische Regierung unter dem Vorwand der Kriminalitätsbekämpfung dem ethnisch und religiös motivierten Separatismus[37] entgegenzuwirken versucht. Sie gilt als Auslöser für die wohl größten Unruhen des 5. und 6. Februars 1997 in Ili.[38] Nach offiziellen Angaben Pekings sollen die im Jahr 1996 landesweit gestarteten Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung in Xinjiang fortgesetzt und intensiviert werden. Nach den Ereignissen vom 11.09.2001 in den USA wurden die uigurischen Separatismen als Islamisten und Fundamentalisten stigmatisiert[39], denen die Zugehörigkeit zu radikalen Gruppierungen (u. a. zu Wahhabismus und Salafismus[40]) vorgeworfen wird, die die Sicherheit des chinesischen Staates bedrohen. Um den islamischen Einfluss in Xinjiang einzudämmen, ist die chinesische Führung einerseits bestrebt, den staatlichen Zugriff auf das religiöse Personal Xinjiangs zu erhöhen, anderseits islamisch-extremistische Strömungen aus dem zentralasiatischen Ausland von chinesischem Territorium fernzuhalten. China hat große Sorge bezüglich der Tätigkeit der urigurischen Untergrundorganisationen und Gemeinden auf dem Territorium der zentralasiatischen

36 Ursprünglich aus Streitigkeiten um Landrechte und religiöse Restriktionen erwachsen, eskalierte der Streit, weil eine pantürkistisch-islamisch ausgerichtete Untergrundorganisation (Islamische Partei Ostturkestans, die zur Gründung einer „Republik Ostturkestan" aufgerufen hat) die dabei entstandene anti-chinesische Stimmung zu nutzen wusste, um einen größeren Aufstand zu organisieren.

37 Den Wunsch nach politischer Unabhängigkeit teilen nicht nur die national-religiösen Bewegungen im Süden der Provinz, sondern auch die säkularen Intellektuellen mit panturkischen Vorstellungen. China befürchtet die Ausbreitung des extremistischen Islams, wobei die Religion zur Grundlage und Motivation bei den Unabhängigkeitsbestrebungen wird.

38 Han-chinesische Geschäfte in Ili wurden zerstört, während über hundert uigurische Studenten demonstrierten und dabei die Fahne der Ostturkestanischen Republik schwangen.

39 Am 15. Dezember 2002 veröffentlichte das Sicherheitsministerium Chinas eine Liste „der ostturkestanischen Terroristen" und „terroristischen Organisationen" im Ausland. In der Liste wurden vier Organisationen genannt: „Organisation der Befreiung Ost-Turkestans" (ETLO), „Islamische Bewegung Ost-Turkestans" (ETIM), „Der weltliche uigurische Kongress der Jugend" (WUYC), und auch „Das Informationszentrum Ost-Turkestans" (ETIC). Die „Islamische Bewegung Ost-Turkestans" wurde im August 2002 nach langwieriger Lobbyarbeit der chinesischen Seite offiziell von den USA und dann von der UNO zur „terroristischen Organisation" erklärt.

40 Die radikalen islamischen Ideologien, die mit vielen Dschihadbewegungen in der ganzen Welt verbunden sind.

Copyrighted material

Länder.[41] Peking erwartet von seinen zentralasiatischen Nachbarn Loyalität in Fragen der chinesischen Politik gegenüber dem Separatismus. Verdächtige Personen müssen ausgeliefert werden, die Aktivitäten der uigurischen Diaspora sollen unter Kotrolle gebracht werden. Um die kasachisch-chinesischen Beziehungen nicht zu belasten, hat die kasachische Regierung die in Kasachstan agierenden Nationalistenführer der Uiguren an China ausgeliefert (vgl. Schlageter 2003: 107). Das Entgegenkommen der zentralasiatischen Staaten wird in Form von Handelserleichterungen und Investitionen honoriert.

China ist an der Stabilität und wirtschaftlichen Entwicklung der Länder Zentralasiens interessiert. Die guten Nachbarschaftsbeziehungen zu den zentralasiatischen Staaten sind für China auch in dem Sinne wichtig, dass diese sich nicht in die inneren Angelegenheiten Chinas, also in Fragen seiner Minderheitspolitik einmischen. Die Volksrepublik betrachtet damit die Stabilität in der zentralasiatischen Region als eine primäre Voraussetzung für die friedlichen Verhältnisse in ihren Provinzen, die an Zentralasien grenzen. In diesem Zusammenhang ist vor allem der Kampf gegen die islamischen Extremisten gemeint, die die chinesische Regierung in ihrem autonomen Gebiet Xinjang zu bekämpfen hat.

Im Allgemeinen lässt sich behaupten, dass die exportorientierte chinesische Wirtschaft hauptsächlich für die harmonischen Beziehungen mit den Handelspartnern sorgt. Momentan strebt China weder Hegemonie noch geopolitische Expansion an, da das Land innenpolitisch vor großen Herausforderungen steht – z. B. die Aufrechterhaltung des Entwicklungstempos der eigenen Wirtschaft und die bevorstehende Modernisierung des Landes. Dabei wird der stabilen Energieversorgung eine zentrale Bedeutung eingeräumt.

Wirtschaftliche und energiepolitische Interessen Chinas in der Region

China ist nach den USA der zweitgrößte Erdölkonsument auf der Welt. Im Jahr 2003 hat es die VR Japan von seiner Stelle abgelöst, im Jahr 2010 wird das Land laut der gegenwärtigen Prognosen des Energiebedarfs bei seinem Erdölkonsum die USA überholen (vgl. Amineh 2006: 14).

Der größte Teil des Energieverbrauchs in China macht die Kohle aus[42], an der zweiten Stelle steht das Erdöl. Der chinesische Erdölverbrauch ist seit dem Jahr 1990 rasant angestiegen. Wenn es im Jahr 1980 1,6 Mio.

41 185.000 Uiguren leben in Kasachstan, je 40.000 in Tadschikistan und Kirgisien.

42 70 Prozent der Energieerzeugung in China basiert auf der Verbrennung von Steinkohle. Der Energieverbrauch aus Kohle ist rückläufig. Wenn im Jahr 1980 der Kohlenverbrauch 79 Prozent von dem Gesamtverbrauch ausmachte, betrug er im Jahr 2004 70 Prozent (vgl. Wu 2007: 124)

Copyrighted material

Barrel pro Tag waren und im Jahr 1990 2,2 Mio., so betrug der Gesamtverbrauch des Erdöls im Jahr 2004 6,1 Mio. Barrel pro Tag. Bis zum Jahr 2010 wird der Erdölverbrauch auf 8,6 Mio. Barrel pro Tag ansteigen und bis zum Jahr 2015 auf 10,4 Mio. Barrel pro Tag (vgl. Wu 2007: 127). Chinas eigene Erölvorkommen[43] reichen für die Befriedigung der Nachfrage der chinesischen Wirtschaft nicht aus. Deswegen ist die VR auf den Import der Energieressourcen aus anderen Ländern angewiesen. 50 Prozent der chinesischen Ölimporte stammen aus dem Nahen Osten, 30 Prozent aus Afrika. Die Abhängigkeit des chinesischen Imports von dem Mittleren Osten erscheint wegen dessen Instabilität, der hegemonialen Umgestaltungsbestrebungen des arabischen Raumes durch die USA sowie deren Kontrolle über die Seewege im Indischen Ozean und der damit verbundenen militärischen Präsenz immer problematischer. Das primäre Ziel der chinesischen Energiepolitik besteht also darin, das Risiko der Versorgungsunterbrechung zu minimieren. Bei diesen Bedenken stellt die Frage der Diversifizierung der Energieimporte aus Zentralasien einen wichtigen Punkt dar.

China betreibt eine sehr aktive Energiepolitik in der Region. In Zentralasien ist China, bzw. die chinesische CNPC (China National Petroleum Corporation) hauptsächlich in Kasachstan aktiv. Die Gesellschaft hat bis jetzt in das Land fast 10 Mrd. US-Dollar investiert (vgl. Wu 2007: 141). Im Jahr 1997 hat die CNPC beim kasachischen Staat das Kontrollpaket der Aktien der OAO „AktobeMunaiGas" für 320 Mio. US-Dollar gekauft (vgl. Expert Kasachstan Nr. 1(3) 2004). Damit wurde das neue Unternehmen CNPC-AktobeMunaiGas gegründet, das die chinesischen energiepolitischen Interessen in Kasachstan vertritt und zurzeit das viertgrößte Erdölgewinnungsunternehmen Kasachstans darstellt. Im Jahr 2003 wurden von der CNPC weitere 25,12 Prozent für 150 Mio. US-Dollar abgekauft. Im Jahr 2005 erwarb die CNPC für vier Mrd. US-Dollar die PetroKazakhstan. In demselben Jahr wurde das Investitionsabkommen zwischen dem usbekischen Unternehmen Uzbekneftegas und dem chinesischen Unternehmen Sinopec mit dem gesamten Investitionsvolumen von 600 Mio. US-Dollar unterzeichnet (vgl. Wacker 2007: 319). Der CNPC gehören auch 60 Prozent Uzenmunaigas eines Joint Venture mit Kasachstan bei der Investition in das Ölfeld Uzen (vgl. Wu 2007: 141).

Die Volksrepublik ist auch sehr beim Bau von Pipelines in Zentralasien, vor allem aber in Kasachstan aktiv. Im Jahr 2001 wurde die Pipeline vom Ölfeld Uzen zur turkmenischen Grenze mit dem Anschluss an die Pipeline nach Iran fertig gebaut. Im Jahr 2003 hat

43 Momentan verfügt die VR über 1,4 Prozent der weltweiten Erdölressourcen.

Copyrighted material

die CNPC den Bau der „Atyrau-Kenkijak" Pipeline mit einem gesamten Investmentvolumen von 160 Mio. US-Dollar beendet, so dass das Erdöl aus dem Ölfeld Kenkijak bis zu dem Kaspischen Meer transportiert werden kann. Im Jahr 2006 wurde die große Erdölpipeline „Atasu-Alashankou" zwischen China und Kasachstan in Betrieb genommen. Die Länge der Pipeline beträgt etwa 962 km. Die geplante Liefermenge der chinesisch-kasachischen Pipeline umfasst zunächst 10 Mio. Barrel pro Jahr. Zukünftig sollen es 20 Mio. werden, was im Jahr 2010 ca. 18 Prozent der chinesischen Ölimporte ausmachen wird (vgl. Wacker 2007: 318). Die Jahreskapazität der Pipeline beträgt rund 20 Millionen Tonnen. Um diesen Umfang zu erreichen, muss zusätzlich das russische Öl aus den westsibirischen Ölfeldern eingespeist werden. Damit entsteht ein von den westlichen Konzernen unabhängiger Kreislauf der Energieförderung und des Energietransports.[44] Russische Erdölgesellschaften haben schon Interesse an der Zusammenarbeit geäußert.

China hat auch die Energievorkommen der anderen zentralasiatischen Republiken im Visier. Momentan wird der Bau der weltweit längsten Gaspipeline aus Turkmenistan über Usbekistan und Kasachstan nach China mit einer möglichen Anschlussoption an Japan und Südkorea diskutiert. Am 9. Juli 2008 wurde in Almaty offiziell der Bauanfang erklärt. Die Gaspipeline fängt in Turkmenistan an, und führt über Usbekistan, Kasachstan nach China (Xinjang). Die Gesamtlänge der Pipeline beträgt etwa 10.000 km und soll Anfang 2010 in Betrieb genommen werden. Der Bau der Pipeline kommt auch den kasachischen Interessen zugute, da damit ebenfalls die kasachischen Provinzen im Süden und Osten versorgt werden (vgl. Roberts 2007: 87). Turkmenistan verpflichtet sich zu Gaslieferungen nach China für die nächsten 30 Jahre mit dem Umfang von 30 Mrd. Kubikmeter jährlich. Zukünftig solle Aschgabat 2/3 des Gases an China liefern[45] (vgl. Junshaojuj 28.07.2008).

Die chinesische Initiative bei dem Bau der Pipeline Zentralasien-China und die Beteiligung beim Bau der Tutkmenistan-Iran-Pipeline sprechen für anspruchsvolle Ambitionen der chinesischen Führung bei der sogenannten „pan-Asian global energy bridge". Dieses Projekt bedeutet die zukünftige Verbindung der Ost-West-Pipelines mit dem

44 Dieser Transportweg ist auch militärisch sicher, da er außerhalb der US-Flugzeugträger liegt, was man aber nicht in Bezug auf chinesische Importe aus dem Persischen Golf, aus dem Sudan und anderen afrikanischen Staaten sagen kann (vgl. Biermann/Klönne 2006: 152).

45 Das widerspricht den Interessen von Gazprom, da Turkmenistan langfristige Lieferungsverträge mit Russland abgeschlossen hat. Außerdem schwächt der Bau dieser Pipeline bzw. die Lieferungen aus Turkmenistan die russischen Verhandlungspositionen mit China in Fragen des Baus der russisch-chinesischen Gaspipeline aus Altay.

Copyrighted material

Pipelinenetz des Irans und Russlands (vgl. Cohen 2003). Dieses System kann auch die existierenden und zukünftigen Lieferanten (Naher Osten, Zentralasien, Iran und Russland) mit den Verbrauchern Asiens (China, Japan und Korea) verbinden. Für die Umsetzung dieses Gedankens muss sich China aktiv an der zentralasiatischen Infrastruktur beteiligen.

Die VR China investiert viel Geld in den Ausbau der Infrastruktur in der Region. Im Jahr 2006 hat China eine halbe Milliarde US-Dollar in den Ausbau der tadschikischen Transport- und Kommunikationsnetze investiert. Außerdem hat die chinesische Regierung im Rahmen der SCO-Kooperation eine Kredithilfe für Tadschikistan von 960 Mio. US-Dollar bewilligt, von denen Tadschikistan bereits 660 Mio. US-Dollar erhalten hat (Sultanow 2007: 29). China will auch etwa 300 Mio. US-Dollar in die Verbesserung der Straßen in Zentralasien investieren (vgl. Wipperfürth 2007: 72). Im Jahr 2004 hat die chinesische Regierung eine Kredithilfe für Usbekistan mit dem Gesamtumfang von 1.250 Mio. US-Dollar bewilligt (vgl. Panfilova 30.06.2004). Im August 2008 hat Peking während des jährlichen SCO-Treffens mit Taschkent die Geschäftsverträge im Wert von einer Mrd. US-Dollar abgeschlossen, der größte Teil von ihnen wird in Form von chinesischen Krediten realisiert (vgl. Gabuev 28.08.2008).

2.2.4 Die Politik des Irans in Zentralasien

Nach mehr als 70-jähriger Isolation der zentralasiatischen Völker von den kulturell verwandten Staaten im Orient kam es nach dem Zusammenbruch der UdSSR zu einer Intensivierung der Kontakte. Nicht nur die Nachbarstaaten haben Interesse an den neu entstandenen Staaten geäußert, auch solche Länder wie Saudi-Arabien, Ägypten und die Golfstaaten haben ihre Beziehungen in der Region aktiviert. Die aktivste Politik haben aber die geographischen Nachbarn, der Iran und die Türkei, eingeleitet. Die Türkei[46] und der Iran wurden von vielen Beobachtern als Konkurrenten in Bezug auf Zentralasien betrachtet. Beide haben eigene Vorteile in Bezug auf die Region: Die Türkei weist ethnische und linguistische Verwandtschaften auf, der Einfluss des Iran basiert auf der zivilisatorischen Rolle der persischen Kultur (vgl. Hunter 2007: 188).

Ideologisch gesehen stellen beide Länder zwei Pole dar. Der Iran vertritt ein in Zentralasien gefürchtetes Modell des islamischen Staates mit revolutionärer und antiwestlicher Weltanschauung. Die Türkei stellt das Modell des progressiven, demokratischen und säkularen

46 Die türkische Politik in der Region steht mit der Politik des Westens im Einklang. Der türkische Paternalismus Anfang der 191990er Jahre ist in Zentralasien auf Ablehnung gestoßen.

Copyrighted material

muslimischen Landes mit einer prowestlichen Einstellung dar, die auch dank der NATO-Mitgliedschaft in die westlichen Institutionen einbezogen ist und eine Integration in die Europäische Union anstrebt. Nach dem anfänglichen Engagement der Türkei in Zentralasien hat sich die türkische Politik in der Region auf die Vermittlungsrolle zwischen den Staaten Zentralasiens und dem Westen hauptsächlich bei Energieprojekten beschränkt. Der Iran führte im Gegensatz dazu eine konsequentere Politik durch und ist an einigen großen Infrastrukturprojekten beteiligt.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat der Iran seinen Geltungsanspruch in Zentralasien aufgrund der historischen und kulturellen Verbundenheiten geäußert. Obwohl die zentralasiatischen Staaten (mit Ausnahme von Tadschikistan)[47] keine historischen Wurzeln mit dem Iran – weder im linguistischen noch im ethnischen Bereich – aufweisen können, verfügt der Iran über einige Vorteile. Bevor die Sowjets in Zentralasien an die Macht kamen und Russisch zur Sprache der kulturellen Entwicklung wurde, war seit vielen Jahrhunderten das Persische die Sprache der zentralasiatischen Intellektuellen gewesen (vgl. Schlageter 2003: 68). Besonders viele Vertreter der zentralasiatischen Literatur haben das Persische als Sprache der eigenen Poesie benutzt. Der Iran kann damit in Bezug auf Zentralasien eine starke zivilisatorische Rolle aufweisen. Avicenna, Al-Biruni und Firdausi haben ihre Werke unter der iranischen Dynastie der Samaniden in persischer Sprache hinterlassen.

Die islamische Republik hat in der Anfangsphase ihrer Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten eine aktive Politik im Bereich der religiösen Wiedergeburt betrieben. Sie unterstützte die religiösen Aktivitäten in der Region, indem sie Mullahs in iranischen Madrasas ausbildete und den Empfang der iranischen Fernseh- und Rundfunkprogramme zur Verfügung stellte (vgl. Warkotsch 2007: 129). Die iranische Ausprägung des Islams konnte sich aber nicht gegen den traditionellen sunnitischen Islam Zentralasiens durchsetzen. Unter dieser Bedingung ist es dem Iran auch nicht gelungen, zur Autorität in Fragen der staatlichen Ideologie aufzusteigen. Seitdem tragen die iranischen Aktivitäten in Zentralasien keinen missionarischen, sondern einen weltlichen Charakter. Bei der Außenpolitik Irans hat damit eine Ent-Ideologisierung stattgefunden, die nationalen Interessen stehen jetzt im Vordergrund. Die Beziehungen zum postsowjetischen Raum werden in Bezug auf einzelne Staaten formuliert und nicht durch den Kontaktaufbau mit den islamischen Bewegungen der einzelnen Länder (vgl. Hunter 2007: 192). Ein Beispiel dafür ist das Verhalten Irans im

47 Tadschikisch gehört zum südwestlichen Zweig der iranischen Sprachen.

Copyrighted material

Fall des tadschikischen Bürgerkrieges in den Jahren 1992-1997. Der Iran hat den tadschikischen islamischen Kräften keine militärische und sogar keine ideologische Unterstützung gewährt, die das Etablieren eines muslimischen Staates im postsowjetischen Raum anstrebten. Da die tadschikischen Oppositionsführer Qadi Akhbar Turajanzadeh und Yusuf Shadman im iranischen Exil lebten, hat der Iran auch eine positive Rolle bei der Konfliktentschärfung gespielt.[48] Außerdem hat der Iran das Attentat auf die usbekische Führung von Seiten der islamischen Kräfte kritisiert (vgl. Hunter 2007: 193).

Nach dem 11. September ist der iranische Einfluss in der Region gesunken. Russland erwies sich als kooperationsbereit mit der NATO und die USA haben Teheran teilweise aus Tadschikistan verdrängt, nachdem das Land den Amerikanern die eigenen Militäranlagen zur Verfügung stellte[49] (vgl. Rumer 2007: 308).

Sicherheitspolitische Interessen des Irans in der Region

Die heutige iranische Politik in Zentralasien basiert auf Sicherheitsüberlegungen. Genauso wie für die anderen internationalen Mächte spielt auch für Iran die Stabilitätsbewahrung in der Region eine wichtige Rolle. Die geographische Nähe[50] zu Zentralasien köönte bei einer Destabilisierung der Region nach afghanischem oder tadschikischem Szenario eine große Migrationwelle auslösen. Diese Gefahr wird von der iranischen Regierung sehr ernst genommen.[51]

Ein weiteres essenzielles Interesse des Irans in Zentralasien ist der gestiegene Drogenschmuggel in der Region, der zu Drogenmissbrauch im Iran selbst führt. Einige Experten schätzen den Anteil der Drogenabhängigen im Iran auf etwa 10 Prozent der Gesamtbevölkerung (vgl. Warkotsch 2007: 130). In diesem Bereich hat der Iran ein klares Interesse an der gemeinsamen Bekämpfung des Drogenschmuggels signalisiert.

Der Iran verfügt über eine Mitgliedschaft in den zwei regionalen Organisationen: der Caspian Sea Cooperation Organization (CASCO), wo die fünf Anrainerstaaten Mitglieder sind, und der Economic Cooperation Organization (ECO), in der Pakistan, die Türkei, der Iran und fünf zentralasiatische Staaten, Aserbaidschan

48 Der Iran hat auch versucht, als Vermittler bei der Konfliktschlichtung zwischen Armenien und Aserbaidschan mitzuwirken, konnte aber wegen Protesten der Türkei keinen Erfolg erzielen.

49 In Tadschikistan sieht der Iran wegen der kulturellen Verbundenheit beider Staaten einen strategischen Brückenkopf in Zentralasien.

50 900 km lange Grenze mit Turkmenistan.

51 Dies erklärt auch die neutrale Haltung des Irans während des Bürgerkrieges in Tadschikistan.

Copyrighted material

und Afghanistan Mitglieder sind. Die CASCO erwies sich wegen des mangelnden Kooperationswillens der um das Kaspische Meer streitenden Staaten als wenig effizient. Die ECO hat ihre Funktionsfähigkeit bewiesen und befasst sich nicht nur mit rein wirtschaftlichen Fragen, sondern schließt auch sicherheitspolitischen Themen wie Drogenbekämpfung ein (vgl. Warkotsch 2007: 132). Der Iran strebt eine engere Kooperation in der Region an und hat die Mitgliedschaft bei der SCO beantragt. Die Islamische Republik muss sich aber vorerst mit dem Beobachterstatus begnügen, da die weitere Ausweitung der Organisation momentan gar nicht auf der Tagesordnung steht (RIAN 28.07.2008).

Wirtschaftliche und energiepolitische Interessen des Irans

Der andere Aspekt der Kooperation zwischen dem Iran und den zentralasiatischen Staaten stellen die Energieressourcen dar. Der Iran bietet eine gute Alternative für den Transport der zentralasiatischen Energieträger, da der Energie-Transport über das iranische Territorium kostengünstig und mit weniger Sicherheitsrisiken als im Kaukasus verbunden ist (vgl. Hunter 2007: 194). Der Bau der Pipelines ist aber auch bekanntermaßen eine Frage der Politik. Ungeachtet der objektiven Vorteile kann sich die iranische Regierung wegen der von den USA verhängten Sanktionen (Iran Lybia Sanctions Plan) nicht durchsetzen. Deswegen ist der iranische Faktor in der regionalen Energiepolitik ungeachtet der Pipeline mit Turkmenistan[52] und der Gespräche über den Bau der Pipeline aus Kasachstan[53] als gering einzustufen. Der iranische Einfluss in der Region besitzt vor allem in der Pipeline-Perspektive ein Steigerungspotential. Man kann aber darüber zum heutigen Zeitpunkt nur spekulieren.

Der Iran verfügt über ein mehr oder weniger gutes Transportsystem, was der Entwicklung der effizienten wirtschaftlichen Beziehungen mit den Ländern Zentralasiens zugutekommt. Im Jahr 1998 wurde die neue Eisenbahnlinie zwischen Turkmenistan und dem Iran gebaut, die den zentralasiatischen Ländern zum ersten Mal den Zugang zum Indischen Ozean und dem türkischen Schienennetz ermöglicht hat (vgl. Kuznezova 2006: 103). Aber auch in diesem Bereich sind die iranischen Kapazitäten bei dem Aufbau der Wirtschafts- und

52 Die 200 km lange Gaspipeline über die nahe iranische Grenze hat 190 Mio. Dollar gekostet und wurde fast komplett von den Iranern finanziert (vgl. Schlageter 2003: 110).

53 Seit 1997 liefert Kasachstan sein Erdöl aus dem Tengis-Feld per Tanker über das Kaspische Meer zu den Raffinerien in Täbris und Teheran. Der Iran verkauft die gleichen Erdölmengen von seinen südlichen Feldern an Kasachstan.

Copyrighted material

Handelsbeziehungen mit den Staaten der Region wegen der erwähnten amerikanischen Sanktionen eingeschränkt (vgl. Hunter 2007: 194). Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Iran und den Staaten Zentralasiens sind damit auch nicht von großem Umfang.

Momentan ist der iranische Einfluss in Zentralasien auf einige Faktoren beschränkt. Die Iraner gehören zu der anderen ethnischen Gruppe (Indo-Arier), während die meisten ethnischen Gruppen in Zentralasien mit der Ausnahme von Tadschikistan zu den Turkvölkern zu rechnen sind. Daraus ergeben sich viele kulturelle und mentale Differenzen. Die zentralasiatischen Eliten sind zum großen Teil sehr säkular geprägt. Die Islamische Republik erregt deswegen eher eine vorsichtige und bedächtige Haltung unter den zentralasiatischen Führern. Besonders der usbekische Präsident Islam Karimov gehört nicht zu den Sympathisanten der iranischen Staatsform. Der dritte und wichtigste Punkt der bescheidenden Rolle des Irans in der Region besteht darin, dass dem Land die Kapazitäten dafür fehlen, sowohl die Rolle des Schutzpatrons als auch die Rolle des strukturellen Modernisierungsantreibers zu übernehmen (vgl. Lounev 2007: 177).

2.2.5 Die Politik der USA in Zentralasien

Nach den geopolitischen Vorstellungen der USA ist die Region Zentralasien zwischen zwei Großmächten, China und Russland, eingeklemmt und sucht deswegen nach außenpolitischen Alternativen, um mehr politischen Freiraum zu erhalten. Eine solche Alternative stellt für die USA die südliche Dimension, die Annäherung an Indien, Pakistan und ein stabilisiertes Afghanistan, dar[54] (vgl. Morel 2007: 26).

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war Zentralasien kein Objekt der US-amerikanischen Interessen. Die USA waren in der ersten Hälfte der 1990er Jahre mit dem Krieg in Jugoslawien sowie wegen der durch die Transformation entstandenen Schwierigkeiten mit den osteuropäischen Staaten beschäftigt. Was die postsowjetischen Staaten angeht, so war die Politik Clintons durch eine bevorzugte Behandlung Russlands gekennzeichnet. Die anderen postsowjetischen Staaten, vor allem die Ukraine und Kasachstan, haben das US-Interesse aufgrund des Vorhandenseins des atomaren sowjetischen Arsenals auf sich gezogen. Nach dem freiwilligen Verzicht dieser Länder auf die Atomwaffen habe die USA die eigene Aktivität im GUS-Raum reduziert.

54 Das amerikanische Konzept eines einheitlichen „Wider Central Asia" stößt bei den zentralasiatischen Staaten selbst auf keine positive Wahrnehmung, da man mit solchen Staaten wie Pakistan oder Afghanistan aus verschiedenen Gründen nicht in einen Topf geworfen werden will.

Copyrighted material

Die US-amerikanische Politik vor dem 11. September in der Region war aktiv, aber im Großen und Ganzen bescheiden (vgl. Simons 2007: 272). Sie wurde im Kontext des Kaspischen Raumes formuliert. Im Jahr 1995 wurde die amerikanische Initiative NATO's Partnership for Peace Programm in Zentralasien gestartet, der Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und später auch Tadschikistan beigetreten sind. Parallel genossen diese Staaten aber eine Mitgliedschaft in der Organisation des Vertrages für Kollektive Sicherheit.[55] Jedoch lag die strategische Bedeutung der Region weit hinter China, Russland und dem Mittleren Osten (vgl. Warkotsch 2006: 109). Die Region war für die amerikanischen Politiker hauptsächlich in Anbetracht der Notwendigkeit der Diversifizierung der Energieimporte wegen der Instabilität des Nahen und Mittleren Ostens wichtig. Deswegen haben in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die amerikanischen Energiekonzerne (Mobil, Unocal und Exxon) ihr Engagement in Zentralasien gestartet. Die Energiepolitik Washingtons in Zentralasien war gezielt auf den Bau der Pipeline-Verbindung nach Zentralasien unter Umgehung Russlands und Ausklammerung des Irans ausgerichtet (vgl. Rahr 2007: 56). Die Situation hat sich nach den Ereignissen vom 11. September und nach dem amerikanischen Kriegsbeginn gegen den internationalen Terrorismus rasant geändert. Die USA haben für ihren Einsatz in Afghanistan und die Bekämpfung von al-Qaida die strategische Bedeutung Zentralasiens entdeckt. Gleichzeitig wurde die Region wegen fragiler Staatlichkeit einiger Republiken als potentielle Krisenregion wahrgenommen und die Gefahr des Übertragens des islamischen Fundamentalismus auf Zentralasien als hoch eingestuft (vgl. Warkotsch 2006: 109). Die Finanzhilfe der US-Regierung an die zentralasiatischen Länder ist dementsprechend massiv angestiegen.[56] Im Jahr 2002 betrug die Gesamtsumme der US-amerikanischen Unterstützung der Region 692,33 Mio. US-Dollar (s. Tabelle 4). Im Vergleich dazu betrug der durchschnittliche Umfang der Hilfsgelder unter der Clinton-Administration etwa 217 Mio. US-Dollar (vgl. Warkotsch 2006: 110).

55 Usbekistan ist aus der Organisation ausgetreten und im Jahr 2006 wieder beigetreten.

56 Ein Drittel der im Zeitraum 2002 bis 2004 zur Verfügung gestellten Mittel kam den zentralasiatischen Streitkräften und Sicherheitsapparaten zugute und unterstütze damit Bereiche wie Grenzensicherung, Anti-Terrorbekämpfung sowie die Eindämmung der transnationalen Kriminalität (vgl. Warkotsch 2006:110).

Copyrighted material

Land	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Kasachstan	94,15	Sicherheit (FSA*): 50,09 Energie: 15,3 Government: 16,26 Humanitäre Hilfe: 7,19 Sonstiges:** 8 Summe: 95,93	112,93	114,49	85,31	88,48
Kirgisien	50,85	Sicherheit (FSA): 71,44 Landwirtschaft: 3,36 Government: 8,03 Humanitäre Hilfe: 21,15 Sonstiges: 11,00 Summe: 114,98	70,44	109,39	72,65	43,54
Tadschikistan	78,39	Sicherheit (FSA): 55,94 Landwirtschaft: 38,78 Government: 27,49*** Humanitäre Hilfe: 29,14 Sonstiges: 11,2 Summe: 162,55	96,38	80,11	99,52	45,01
Turkmenistan	16,44	Sicherheit (FSA): 11,50 Government: 2,36 Humanitäre Hilfe: 2,17 Sonstiges: 5,00 Summe: 21,03	13,70	10,71	18,44	10,44
Usbekistan	84,66	Sicherheit (FSA)**: 124,46 Landwirtschaft: 44,18 Government: 14,98 Humanitäre Hilfe: 78,24 Sonstiges: 36,21 Summe: 297,84	126,19	101,88	92,57	49,41
Gesamtsumme für ZA	324,49	692,33	419,64	416,58	368,49	236,88

* Freedom Support Act

** meistens für andere Sicherheitsmaßnahmen (z. B. Foreign Military Financing)

*** inclusive Nahrungsmittelhilfen

Tabelle 4: US-amerikanische Finanz- und Technische Hilfe für Zentralasien (Mio. US-Dollar)

Quelle: U.S. Department of State: U.S. Assistance to Europe and Eurasia (2001-2006); eigene Berechnungen und Erstellung

Copyrighted material

Für den NATO-Einsatz in Afghanistan brauchen die USA die Territorien von Pakistan und Zentralasien; dafür waren sie bereit, hohe Preise zu zahlen. So bekamen die USA das Recht auf Nutzung der Militärbasen in Chanabad (Usbekistan) und Manas (Kirgisien) sowie des Luftraumes von Kasachstan.[57] In diesem Zusammenhang waren die USA mit der Frage der Kombinierbarkeit ihrer außenpolitischen Strategien konfrontiert. Auf der einen Seite verfolgt die US-amerikanische Politik wichtige geopolitische Ziele in der Region, für deren Umsetzung sie die autoritären Führungen dieser Staaten unterstützen. Auf der anderen Seite positionieren sich die USA als weltweiter Befürworter und Bewacher der demokratischen Werte und Menschenrechte. Deswegen war in der amerikanischen Berichterstattung lange Zeit die Meinung verbreitet, dass im muslimischen Zentralasien die politischen Repressionen durch aktive Tätigkeit der islamistischen Terroristen verursacht werden (vgl. Simons 2007: 277). Die enge sicherheitspolitische Kooperation in Fragen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus konnte aber nicht das Problem der mangelhaften Demokratisierung sowie die Missachtung der Menschenrechte überdecken. Schon im Jahr 2004 hat der amerikanische Kongress die wirtschaftliche und militärische Hilfe in Höhe von 18 Mio. US-Dollar zurückgehalten. Nach den Ereignissen in Andischan im Jahr 2005, als der lokale Aufstand mit Gewalt unterbunden wurde, konnte die amerikanische Regierung dem Druck der Öffentlichkeit und der Medien nicht weiter standhalten und hat das Vorgehen der usbekischen Behröden kritisiert sowie sich für die internationale Aufklärung des Falls und gemeinsam mit der EU für die Einführung der Sanktionen ausgesprochen. Das hat bei der usbekischen Führung, deren Land als engster Verbündeter der USA in der Region galt, Empörung ausgelöst. Der usbekische Präsident Islam Karimow forderte das Ende der Militärpräsenz der USA in seinem Land. Die Schließung des Militärstützpunktes in Chanabad war ein härterer Rückschlag für die amerikanische Strategie in Zentralasien. Es bleibt umstritten, warum die US-Regierung härtere Töne bezüglich Karimows Regime angeschlagen hat, während die Kooperation mit solchen Ländern wie Saudi-Arabien oder Ägypten, in denen die vorhandenen Regime genauso wenig Rücksicht auf demokratische Werte legen, weiter besteht. Seit dem Jahr 2006 versuchen die USA ihre Politik gegenüber Zentralasien in Fragen der Demokratisierung zu relativieren und setzen eher auf die realpolitischen als auf die ideologischen Bereiche.

57 Turkmenistan hat das Überqueren seines Luftraums nur für den Transport der humanitären Hilfe erlaubt.

Copyrighted material

Die aktive Rolle der USA beim „Regime change" im postsowjetischen Raum hat unter den zentralasiatischen Führungen Furcht ausgelöst, so dass die USA weniger als Sicherheitsgarant, sondern eher als destabilisierender Faktor bzw. eine Bedrohung für die Stabilität wahrgenommen werden. Der Sturz des alten sowjetischen Funktionärs Schewardanze durch den prowestlichen Saakaschwilli oder die Machterhaltung der prowestlich orientierten Elite in der Ukraine, die eine Umverteilung der Güter initiiert hat, wurden in zentralasiatischen Regierungskreisen sehr skeptisch wahrgenommen. Die Farbrevolutionen im GUS-Raum sehen die zentralasiatischen Eliten als eine große Gefahr für die eigene Machterhaltung und versuchen jegliche Tätigkeit von den NGOs, die teilweise hinter dem politischen Wechsel in der Ukraine und Georgien standen, zu unterbinden.[58] Die zentralasiatischen Regierungen sind sehr vorsichtig geworden und sehen die NGO als politische Instrumente des Westens, die auf den Umsturz der heutigen Machthaber abzielen. Das Zusammenspiel dieser Faktoren fördert die Beziehungen zu den USA nicht.

Sicherheitspolitische Interessen der USA in Zentralasien

Die USA sind weltweit der einzige Staat, der in der Lage ist, die eigenen Normen in der Welt durchzusetzen. Die wichtigsten Stützpfeiler der amerikanischen Außenpolitik sind seit der Präsidentschaft von Ronald Reagen vor allem die militärische Vormachtstellung der USA sowie das „Erkaufen" der gegenüber den USA loyalen Staaten (vgl. Amineh 2006: 12). Die amerikanische Militärmacht kann momentan kein Staat der Welt auch nur annähernd herausfordern. Die Ausgaben für den militärischen Bereich betrugen allein im Jahr 2006 etwa 4 Prozent des amerikanischen BIP, was sich insgesamt auf 396,2 Mrd. Euro beläuft. Allein auf die Vereinigten Staaten kommen 42 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben (vgl. Focus 11.06.2007).

Selbst nach der Schwächung der eigenen Positionen in der Region haben die USA nicht auf die Durchsetzung ihrer sicherheitspolitischen Ziele verzichtet. Die beiden entscheidenden Determinanten der US-amerikanischen Politik in Zentralasien sind: die vitalen Sicherheitsinteressen bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, wofür die Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten von großem Nutzen ist, in der langfristigen Perspektive sind die geostrategischen

58 In Usbekistan wurden z. B. am Vorabend der letzten Wahlen alle Büros der dort agierenden NGOs geschlossen. Unter das Verbot fallen auch solche Nichtregierungsorganisationen, deren Tätigkeit keinen politischen Hintergrund hat.

Copyrighted material

Interessen der US-amerikanischen Hegemonievorstellungen von großer Bedeutung, da die Region eine gute Plattform für die Einflussausübung sowohl auf die chinesische als auch auf die russische und iranische Politik darstellt. Diese beiden Variablen sind eng miteinander verbunden (vgl. Yinhong 2007: 170). Die hegemonialen Vorstellungen bilden die Grundlage der US-amerikanischen Politik im Ausland. Diese Vorstellungen basieren auf der Überlegenheitsüberzeugung des eigenen Modells. Der Hegemonialanspruch ist innerhalb der USA vor allem deshalb so konsensfähig, weil er das amerikanische Demokratiekonzept, ökonomische Interessen und die Sicherheit der USA auf einen Nenner bringt.

In Zentralasien versuchen die USA den Einfluss Russlands bzw. die Expansion des russischen Einflusses in die GUS-Staaten einzuschränken. Auf der einen Seite würden die USA von der geostrategischen Perspektive aus die Region Zentralasiens für die Eindämmung der ehemaligen Supermacht Russland nutzen, um deren Rückkehr in die globale Weltpolitik auszuschließen (vgl. Yinhong 2007: 164). Auf der anderen Seite wird auch die Eindämmung des steigenden Einflusses Chinas in der Region angestrebt, da das Land von Seiten der amerikanischen Politikmacher als die größte Herausforderung für die Vormachtstellung der USA angesehen wird. Dank der Militärpräsenz kann Zentralasien von Seiten der USA nach Meinung vieler chinesischer Entscheidungsträger als Sprungbrett für die direkte oder indirekte Einmischung in den Nordwesten Chinas benutzt werden. Das chinesische Atomversuchszentrum in Xinjang liegt nun in Reichweite US-amerikanischer Militärjets. Das Gleiche gilt für die Sicherheit der russischen Installationen in Kasachstan und um das südwestliche Sibirien (vgl. Biermann/Klönne 2006: 22). Nachdem Usbekistan für die USA verloren ist, versuchen die Vereinigten Staaten, die anderen Länder Zentralasiens zu umwerben. Zum wichtigsten strategischen Partner in der Region ist Kasachstan aufgestiegen. Als mögliche Alternative für die Militärbasis in Usbekistan wird das tadschikische Territorium betrachtet, weswegen die USA aktive Gespräche mit der tadschikischen Regierung führen.

Insgesamt lässt sich sagen, dass die USA wegen der aktiven Politik einer als „interventionistisch" angesehenen Demokratieförderung ihren Einfluss in dem GUS-Raum sowie ihre Legitimität als Sicherheitsgarant bei den lokalen Machtinhabern verloren haben. Die Ereignisse in Andischan, die sowohl von den USA als auch von der EU verurteilt wurden, haben dazu beigetragen, dass die USA die eigenen Positionen zugunsten Russlands und Chinas aufgegeben hat.

Copyrighted material

2.3 Zwischenfazit

Im Vergleich zu dem „Great Game" des 19. Jahrhunderts, das zwischen England und Russland entstanden war, gibt es momentan kein Machtvakuum in der Region, so dass die internationalen Akteure die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen bestimmen könnten. Es kann in dem Zusammenhang um ein modifiziertes Machtspiel gehen, so dass die zentralasiatischen Staaten als partizipierende Akteure an diesen Prozessen teilnehmen. Jede zentralasiatische Republik ist in der Lage, die eigenständige Politik entsprechend ihren nationalen Interessen zu führen. Die ausländischen Mächte konkurrieren in dem Sinne, dass sie untereinander um die stärkeren Positionen in der Region kämpfen. Für wessen Angebote sich die Staaten entscheiden, ist allein ihnen überlassen. Jedoch können in dieser Akteuren- und Interessenkonstellation gewisse Parallelen zu den neorealistischen Konstrukten, Balance of Power Konzept und Bandwagoning, gesehen werden. Das Aufsteigen von China und die Rückkehr Russlands in die Weltpolitik werden zukünftig die von der Hegemonie geprägte Politik der USA herausfordern. Das kann man in Bezug auf Zentralasien besonders gut beobachten, als die USA die eigene Vormachstellung in der Region auch wegen der aktiven Politik der beiden Großmächte verloren haben. Sowohl China als auch Russland und der Iran sind an der Herstellung des Mächtegleichgewichts interessiert. Man kann deswegen auch zukünftig erwarten, dass von Seiten der beiden Staaten eine Balance of Power Politik ganz im Sinne des Neorealismus gegenüber den USA betrieben wird. Momentan kann man aber nicht von der Entstehung einer Allianz zwischen China, Russland und dem Iran sprechen, da sich die nationalen Interessen dieser Mächte teilweise überschneiden. Vor allem die chinesischen und russischen Interessen in der Region prallen aufeinander. Während Russland am Erhalt und an der Stärkung der Nord-Süd-Infrastrukturverbindungen interessiert ist, favorisiert China das Errichten einer Ost-West-Achse, die das Land über Zentralasien und das Arabische Meer mit dem Indischen Ozean und dem Persischen Golf verbindet. Aus diesem Grund investiert die chinesische Regierung sehr stark in den Ausbau eines Öl- und Containerhafens in Gwadar im Südwesten Pakistans (vgl. Perthes 2007: 29). Außerdem haben China und Russland aus der historischen Perspektive betrachtet kein leichtes Verhältnis. Die russische Haltung gegenüber China ist von Misstrauen und Furcht geprägt.[59]

59 Beide Staaten haben eine lange Ländergrenze, was im Laufe der Geschichte mehrmals zu Auseinandersetzungen geführt hat. Als Beispiel dienen die Ereignisse im Jahr 1969, als an der russisch-chinesischen Grenze ein bewaffneter Konflikt zwischen den Militärs der beiden Staaten ausgebrochen war. Russland steht auch dem chinesischen Vordringen in sein Fernost-Gebiet hauptsächlich wegen demographischer Bedenken sehr skeptisch gegenüber.

Copyrighted material

Die demografischen und wirtschaftlichen Überlegungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Zentralasien ist damit ein geopolitischer Ort des Zusammenstoßes der auf Hegemonie basierenden Außenpolitik der USA und der sich am nationalen Interesse orientierenden Außenpolitik von Russland und China, die diese Interessen entschlossen verteidigen werden. Die Politik des Irans ist auf die Kooperation mit den beiden Mächten mit dem Ziel des Etablierens eines Gegenpols zu den USA und einer Vermeidung der Isolation gerichtet.

Die zentralasiatischen Staaten haben dank der Präsenz der internationalen Sicherheitskräfte die eigene Sicherheitslage verbessert. Sie versuchen, eine pragmatische Kooperation mit den USA im Bereich des Kampfes mit den islamischen Extremisten weiter fortzuführen. Die Zulassung der westlichen Militärkräfte in die Region war damit ein kalkulierter Schritt, soweit diese den Nationalinteressen der zentralasiatischen Staaten entsprach und mehr Stabilität für die eigenen Regime bedeutete. Die lokalen Eliten wollen natürlich nicht, dass die Region zu einem Schauplatz des neuen Greate Game wird, aber ein gewisses Maß an Wettbewerb zwischen den Großmächten wünschen sie sich doch, da ein Desinteresse die Staaten verletzbar gegenüber der instabilen muslimischen Nachbarschaft machen könnte.[60] Die zentralasiatischen Staaten können vor allem in Fragen der Energieprojekte, Stationierungsrechte oder politischen Privilegien die Großmächte gegeneinander zugunsten ihrer Vorteile ausspielen (vgl. Makeeva 2007: 292).

Die Frage nach der Verhaltensstrategie bzw. dem gewählten Verhaltenskonstrukt der zentralasiatischen Staaten (Balance of Power oder Bandwagoning), die im Rahmen dieser Arbeit vorgestellt wurden, lässt sich nicht so eindeutig beantworten. Die Schwierigkeit entsteht schon bei der Deutung bzw. der Interpretation der beiden Begriffe, die von Staat zu Staat variieren können. Wenn für den einen Staat seine gewählte politische Strategie ein Balancing darstellt, wird diese von den Wissenschaftlern oder von den anderen Akteuren als Bandwagoning bezeichnet (vgl. Vogt 1999: 55). Ein Akteur kann gleichzeitig auch beide Strategien verfolgen: eine regionale Balancing-Politik und eine globale Bandwagoning-Politik. Kirgisien und Tadschikistan versuchen zusammen die eigenen Interessen im Bereich des Wassers durchzusetzen, um der politischen und ökonomischen Stärke der Unteranlieger entgegenzuwirken. Sie betreiben damit eine Balance-Politik gegenüber Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan auf der regionalen Ebene. Auf der internationalen Ebene sind beide Staaten in wirtschaftlicher

60 Vor allem solange Russland eine starke Position in der Region besitzt, werden die Staaten Zentralasiens nicht in die Einflusssphäre von Iran, Pakistan oder Afghanistan geraten.

Copyrighted material

und sicherheitspolitischer Hinsicht sehr schwach und versuchen deswegen die innerpolitischen Mängel durch das Erhalten von Vorteilen von den internationalen Akteuren zu kompensieren. Damit betreiben Kirgisien und Tadschikistan eine Bandwagoning-Politik gegenüber den stärkeren Großmächten. Usbekistan und Kasachstan führen eine regionale Balancing-Politik durch. Die beiden Staaten stellen die regionalen Machtzentren dar, sehen sich als Rivalen und versuchen damit das Erstarken des Konkurrenten zu verhindern. Auf der anderen Seite stellt Usbekistan auf der internationalen Politikebene ein klassisches Beispiel des „Jackal"- Bandwagoning im Sinne von Schweller dar. Der Staat ist nach seiner Konfrontation mit dem ehemaligen Bandwagon (die USA) mit der entstandenen Isolation sowie mit seiner Sicherheitslage unzufrieden. Taschkent versucht, Sicherheitsgarantien von Russland oder China zu bekommen, die in dem Fall in der Rolle der „Wolves" auftreten.

Sowohl China als auch Russland bieten den zentralasiatischen Staaten verschiedene Anlockungsprojekte im Rahmen regionaler Organisationen an. Die OVKS ist eine von Russlands dominierenden Organisationen, während die SCO eine chinesische Initiative darstellt. Dank der Existenz dieser beiden regionalen Organisationen können die Staaten Zentralasiens auch eine Balance-Politik zwischen den beiden Großmächten betreiben und damit mehr Zugeständnisse gewinnen.

Kasachstans Außenpolitik hat wegen der Bevölkerungsstruktur sowie der geographischen Lage zwischen China und Russland auch eigene Limits. Kasachstan versucht eine multivektorale Energiepolitik zu betreiben. Auf der einen Seite ist Kasachstan der wichtigste russische Verbündete im postsowjetischen Raum. Das belegt die Tatsache, dass der erste Staatsbesuch des neugewählten Präsidenten Medwedew nach Kasachstan ging. Das Verhältnis der Kasachen zur russischen Kultur ist anders als das der Usbeken. Die Kasachen sehen die russischen Einflüsse als Bereicherung für ihre Kultur, als Weg des Zusammenschlusses mit der Weltkultur. Die Usbeken betrachten das eigene kulturelle Erbe als über der russischen Kultur liegend. Wenn Karimow stets die Unterdrückung der Usbeken durch das zaristische Russland und die Sowjetunion hervorhebt, beschreibt der Präsident Nazarbaev die kasachisch-russische Geschichte in positiveren Tönen (vgl. Olcott 2002: 71). Die größte Belastung des kasachisch-russischen Verhältnisses ist aber die Tatsache, dass diese wegen der sowjetischen Nationalitätenpolitik in ihrem eigenen Land zur Minderheit geworden sind. Die zahlreiche Einwanderung der slawischen Völker hat dazu geführt, dass die Slawen 60 Prozent der Gesamtbevölkerung in Kasachstan ausmachten. Trotzdem ist in der

Copyrighted material

Rhetorik der kasachischen Machthaber niemals die Rede von der „russischen Okkupation".[61] Die Kasachen sind im Vergleich zu den anderen zentralasiatischen Ländern am stärksten „russifiziert" oder „sowjetisiert" gewesen. Auf der anderen Seite unterhält Kasachstan vor allem im wirtschaftlichen Bereich sehr gute Beziehungen zu China. Allerdings sind die zentralasiatischen Staaten bei der Kooperation mit China sehr vorsichtig. Es liegt nicht in ihren Interessen, eine Tankstelle für China[62] zu werden. Zu einer wirtschaftlichen Integration mit einem bevölkerungsreichen Nachbarn sind die Staaten Zentralasiens wegen der Angst vor einer möglichen „Sinisierung" auch nicht bereit. Die Beziehungen zwischen den zentralasiatischen Staaten und China sind damit durch demographisch bedingtes Misstrauen auf kasachischer Seite geprägt. Östlich der kasachisch-chinesischen Grenze leben auf 9,5 Mio. Quadratkilometern etwa 1,2 Mrd. Chinesen; westlich der Grenze in Kasachstan leben auf 2,7 Mio. Quadratkilometern nur etwa 16 Mio. Menschen. In Kirgisien sind es 5 Mio. auf etwa 200.000 Quadratkilometern, in Tadschikistan 7 Mio. Einwohner auf etwa 140.000 Quadratkilometern und in Usbekistan 27 Mio. Menschen auf 447.000 Quadratkilometern. Der demographische Druck ist vor allen Dingen in Bezug auf die riesige Landfläche Kasachstans zu betrachten. Nach der Demarkierung der umstrittenen Grenzen und Unterzeichnung der festlegenden Dokumente hofft Kasachstan die natürliche chinesische Expansion beendet zu haben (vgl. Schlageter 2003: 106). Die Grenzstreitigkeiten zwischen Tadschikistan und China sind aber immer noch nicht beseitigt.[63] Usbekistans Überlegungen bezüglich der Kooperation in den von China oder Russland initiierten Organisationen sind anders als diejenigen in Kasachstan. Das Land verfügt im Vergleich zu seinem großen Nachbarn über eine relativ homogene Bevölkerungsstruktur und über die beste geostrategische Lage in der Region. Dazu kommen noch eine relativ gut entwickelte Industrie und eine große Basis an Ressourcen. Die Achillesferse Usbekistans ist die Sicherheit des Landes. Eben dieser Punkt ist für das usbekische Interesse an der Zusammenarbeit im Rahmen von SCO oder OVKS von

61 Die zwangsläufige Sesshaftigkeit der kasachischen Nomaden und die Kollektivierung haben zu dem Rückgang der Bevölkerung um 29 Prozent geführt. Es wurden etwa 750 000 ermordet, 600 000 flohen in die Nachbarstaaten (China und die Mongolei) (vgl. Kuznezova 2006: 154). Im Jahr 1925 lebten auf dem Territorium des heutigen Kasachstans 3,6 Mio. Menschen (58,5 Prozent der Gesamtbevölkerung); im Jahr 1939 2,3 Mio. (37,6 Prozent), im Jahr 1959 2,7 Mio. (29,8 Prozent) (vgl. Halbach 2007: 80). Ungeachtet dessen betrachten die Kasachen auch die russische Nation als Opfer der sowjetischen Repressalien und heben ihre auf die Nationalität bezogene „Opferrolle" nicht in den Vordergrund. Im Vergleich zu der Ukraine wird auch „Golodomor" nicht als ein Genozid der kasachischen Nation von der Sowjetunion dargestellt.

62 Auch nicht für die EU oder eine andere Großmacht.

63 China beansprucht für sich 30 Prozent des tadschikischen Gebiets in Gorno-Badachschan.

Copyrighted material

zentraler Bedeutung. Grundsätzlich ist Taschkents Haltung zu SCO und OVKS ambivalent. Auf der einen Seite braucht Usbekistan die Unterstützung von Russland und China bei der Bekämpfung der IMU und anderer terroristischer Gruppen. Die beiden Großmächte haben auch ein vitales Interesse an der Stabilität Usbekistans und wollen natürlich vermeiden, dass die IMU an die Macht kommt.[64] Auf der anderen Seite beabsichtigt Usbekistan mit seinem Beitritt zu diesen Organisationen die Stärkung der eigenen Positionen in der Region. Taschkent strebt die regionale Führung an und akzeptiert die Vorherrschaftsansprüche von China oder Russland nicht. Im Rahmen der SCO verfolgt Taschkent z. B. seine eigenen Nationalinteressen und wird die Instrumentalisierung oder Verwandlung der SCO in einen militärisch-politischen Block nicht zulassen (vgl. Trouch 2007: 224). Tadschikistan sieht sich bei der Verwirklichung seiner energiepolitischen Interessen im Rahmen der SCO und EurAsEC enttäuscht und tendiert deswegen stärker Richtung Süden, nach Afghanistan und Pakistan, da diese Staaten die Hauptabnehmer des tadschikischen Stroms sind (vgl. Kabiri 2007: 38). Außerdem sind Tadschikistans Verbindungen zum Iran stärker als diejenigen der anderen Staaten Zentralasiens. Viele junge Tadschiken gehen in den Iran, um eine Ausbildung zu bekommen, 70 Prozent von ihnen sind Theologiestudenten (vgl. Kabiri 2007: 39). Deswegen ist Tadschikistan strikt gegen die Intervention der USA im Iran. Was die russisch-tadschikischen Beziehungen belastet, ist die russische Migrationspolitik. Die tadschikische Regierung steht den neuen russischen Regelungen der Arbeitsmigration sehr skeptisch gegenüber, die die Arbeit der tadschikischen Bevölkerung in Russland verhindern (vgl. Scharipow 2007: 71).[65]

Was die Beziehung zur Europäischen Union angeht, so bietet die EU den zentralasiatischen Staaten im Vergleich zu den anderen internationalen Akteuren in der Region keine Sicherheitsgarantien an, wobei eben dieser Bereich von den Staaten Zentralasiens als besonders wichtig eingestuft wird. Der zivile Ansatz der EU bleibt den regionalen Staaten fremd. Deswegen können China, Russland oder auch die USA, die eine gewisse Erfahrung in Fragen der Bekämpfung der innerstaatlichen Sicherheitsprobleme haben, eine bessere Grundlage für die Kooperation als die EU anbieten.

64 Wenn die Islamisten in Usbekistan an die Macht kommen, wird es die Situation im russischen Nordkaukasus und im chinesischen Xinjang destabilisieren.

65 Momentan arbeitet fast die Hälfte der tadschikischen Bevölkerung im Ausland, hauptsächlich in Russland und Kasachstan. Die ausländischen Überweisungen der Arbeitsmigranten stellen eine der wichtigsten Devisenquellen dar.

Copyrighted material

3 Das Konfliktpotential des Wassers in Zentralasien

3.1 Risiko- und Sicherheitsfaktoren für die regionale Stabilität

Wie bereits in der vorliegenden Arbeit angesprochen wurde, stellt Zentralasien eine potentielle Krisenregion dar, deren fragile Stabilität durch strukturelle und prozessuale Ursachen gefährdet wird. Zu den strukturellen Ursachen, die eine destabilisierende Wirkung auf die Region haben, gehören die gesellschaftlichen Strukturen Zentralasiens, die durch Klientelismus und Klanloyalitäten[66] gekennzeichnet sind. Eines der größten Probleme wird dabei in dem Ausmaß der Korruption gesehen. Zu den prozessualen Ursachen der instabilen Lage der zentralasiatischen Staaten, die ihre Systeme verwundbar machen, gehören die Aktivitäten der religiösen Extremisten, diskriminierende Nationsbildungsprozesse, die von den regionalen Führungen eingeleitet wurden, sowie die mangelhafte wirtschaftliche Entwicklung, die sich im sozialen Bereich als negativ erweist.

3.1.1 Die Gefahr des religiösen Extremismus

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erlebte der Islam in Zentralasien eine Wiedergeburt. Seither bemühen sich die politischen Führer der Region um die Integration des Islam ins öffentliche Leben. Mittlerweile wurde der Islam dank der Bemühungen der postkommunistischen Eliten aus dem politischen Leben der Länder ausgeschlossen. Nur in Tadschikistan wurde nach dem langwierigen Friedensprozess die Islamic Renaissance Party of Tadschikistan legalisiert und darf am politischen Leben des Landes partizipieren (vgl. Abdullaev 2007: 64).

In Zentralasien existiert neben dem Volksislam, der sich im alltäglichen Leben der Bevölkerung bei der Beachtung der Traditionen wiederfindet, ein offiziell gebilligter Islam. Obwohl in den Verfassungen der meisten zentralasiatischen Staaten die Trennung von Religion und Politik verankert ist, versucht der Staatapparat über Institutionen des offiziellen Islam die religiösen Aktivitäten zu kontrollieren. In Zentralasien sind generell drei politische Umgangsmuster des Staates mit dem Islam vorhanden. Zu nennen sind das Bekämpfen/Kontrolle- Prinzip (Usbekistan, teilweise Kirgisien), das Kontroll-/Kooperations-Prinzip

66 Mehr dazu bei Collins, Kathleen (2006): Clan Politics and Regime Transition in Central Asia, New York.

Copyrighted material

(Tadschikistan), sowie das Kontroll-Prinzip (Turkmenistan) (vgl. Abdullaev 2007: 64). In Turkmenistan ist die Gesellschaft stark durch tribale Hierarchien gekennzeichnet, bei denen der Islam eine untergeordnete Rolle spielt und keine Absicht bezüglich des Regimewechsels äußert. Kasachstan stellt die einzige Ausnahme in Zentralasien dar, wo der Islam eine relativ friedliche Rolle spielt und die säkulare Ordnung des Staates nicht gefährden kann.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben die Islamisten ihre Tätigkeit in den Kulturstädten Samarkand und Bukhara sowie in dem dicht besiedelten Fergana-Tal aktiviert. Die lokalen Imame in Namangan[67] haben einige militante Einheiten gegründet (vgl. Lounev 2007: 175). Im Jahr 1991 wurde die Islamische Bewegung Usbekistans (Islamic Movement of Uzbekistan)[68] ins Leben gerufen und im Jahr 1996 von den Taliban in eine militante Organisation transformiert, deren Mitglieder in al-Qaida-Kamps ausgebildet und auf die terroristische Tätigkeit vorbereitet wurden. Die IMU agiert hauptsächlich im Fergana-Tal. Die Finanzierungsquelle der IMU stellt der Heroin- und Opiumhandel in Zentralasien dar. Die Organisation änderte ihren Namen im Jahr 2001 und heißt momentan Hezb-e Islami Turkestan. Die symbolische Namensänderung hat einen gewissen ideologischen Hintergrund. Wenn die früheren Ziele der Bewegung im Sturz der usbekischen Regierung und im Etablieren eines islamischen Staates in Usbekistan lagen, so strebt die Islamische Partei Turkestans jetzt die Gründung eines islamischen Staates auf dem Territorium aller zentralasiatischer Staaten und Xinjangs an. Momentan hat die Partei über 5.000 bewaffnete Mitglieder, hauptsächlich Rekruten aus Usbekistan, Xinjang, Tschetschenien, Pakistan und aus arabischen Ländern (vgl. Christoffersen 2007: 54). Die Aktivisten der IMU waren in den Bürgerkrieg in Tadschikistan (1992-1997) involviert sowie an vielen Angriffen im Süden Kirgisiens und Usbekistans beteiligt (vgl. Khamidov 2007: 80). Die andere islamische Bewegung, die in Zentralasien aktiv ist, stellt Hizb-ut-Tahrir dar, die sich bis jetzt nicht offen für Gewaltanwendung ausgesprochen hat. Die Bewegung ist vor allem im Süden Kirgisiens aktiv.[69]

Die Anziehungskraft der islamistischen Parteien wie Hizb-ut-Tahrir oder der Islamischen Bewegung Usbekistans ist für die Bevölkerung

67 Eine Stadt im Fergana-Tal.

68 Die Islamische Bewegung Usbekistans wurde im Jahr 1999 von zwei ethnischen Usbeken, Tahir Yusldoshev und Juma Namangani, gegründet. Das vorrangige Ziel war der Sturz des Regimes Karimows.

69 Hizb-ut Tahrir ist ein Beispiel der „importierten" islamischen Ideologie. Die in London basierende Organisation strebt die Gründung eines utopischen Kalifates auf demTerritorium der muslimischen Staaten an.

Copyrighted material

Zentralasiens hoch. Vor allem wegen des ideologischen Vakuums nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion konnte die Religion zu einer Art des emanzipatorischen identitätsstiftenden Nationalismus werden. Außerdem positionieren sich selbst die islamischen Parteien als Befürworter und Garanten der sozialen und ökonomischen Gerechtigkeit, was bei dem sozial vernachlässigten Teil der Bevölkerung gut ankommt. Die Gerechtigkeits- und Umverteilungsrhetorik der islamistischen Missionäre kann zukünftig bei Ausbleiben massiver Reformen auf große Zustimmung bei der Bevölkerung stoßen. Im Prinzip besteht der Grund der Instabilität der zentralasiatischen Staaten nicht in der Gefahr der Ausbreitung des Einflusses der islamischen Extremisten, sondern in der misslungenen politischen und ökonomischen Transformation der Republiken, in der angestiegenen Korruption und rasanten Verschlechterung der Lebensqualität der Bevölkerung. Das Fehlen zwischenstaatlicher Kooperation und steigende Militarisierung tragen weiterhin zur fragilen Staatlichkeit der Länder bei. Die Regierungen haben Repressionen als einzige Antwort auf die oppositionelle Meinung gewählt (vgl. Davis/Azizian 2007: 4). Der alleinige Weg zur Bekämpfung der islamistisch geprägten Gruppen in Zentralasien ist damit die Umsetzung von ökonomischen Reformen und politischer Liberalisierung, da der wahre Grund der Popularität der extremistischen Ansichten die Unfähigkeit des Staates ist, eine effiziente Politik in sozialen und ökonomischen Bereichen durchzuführen.

3.1.2 Wirtschaftliche Entwicklung

Schon zu Sowjetzeiten galten die zentralasiatischen Staaten als eine wirtschaftliche Peripherie. Obwohl in der UdSSR offiziell keine Armut existierte, waren die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Norden und Süden erheblich. Die Republiken Zentralasiens (mit Ausnahme von Kasachstan), vor allem aber Tadschikistan, galten als die ärmsten in der ganzen Sowjetunion, deren Wirtschaft vom Zentrum stark subventioniert wurde. Die russischen Subventionen haben zu Sowjetzeiten fast 40 Prozent des tadschikischen BIP ausgemacht (vgl. Kuznezova 2006: 133). Seit der Löslösung hat sich der Anteil der zentralasiatischen Bevölkerung in Armut vervielfacht. Heute leben 60 Prozent der Bevölkerung in Kirgisien und 80 Prozent in Tadschikistan unterhalb einer Armutsschwelle von 2,15 US-Dollar pro Tag (vgl. Warkotsch 2006: 35). In Kasachstan sind es etwa 25 Prozent der Bevölkerung.

Copyrighted material

Land	BIP pro Kopf (US-Dollar) 2007	HDI* 2007/2008	CPI** 2007	Failed States Index*** 2008
Kasachstan	11.100	73	150	101
Kirgisien	2.000	116	150	39
Tadschikistan	1.800	122	150	38
Turkmenistan	5.200	109	162	46
Usbekistan	2.300	113	175	26

* Human Development Index – Platzierung von 177 evaluierten Staaten
** Corruption Perceptions Index – Platzierung von 179 evaluierten Staaten
*** Failed States Index – Platzierung von 177 evaluierten Staaten[70]

Tabelle 5: Soziale Verhältnisse in Zentralasien
Quelle: UNDP: Human Development Reports (Statistics); Transparency International: Corruption Perceptions Index 2007; The Fund for Peace: Failed States Index 2008, eigene Darstellung

Zentralasien stellt den Ausgangsort für Arbeitsmigration im postsowjetischen Raum dar. Tadschikistan verlassen jährlich 500.000 Menschen auf der Suche nach Saisonarbeit. Der größte Anteil geht nach Russland. Die russische Föderation ist das am häufigsten gewählte Ziel von Arbeitsmigraten aus der Region. In Russland sind 97 Prozent der tadschikischen Arbeitsmigranten, 70 Prozent der usbekischen Arbeitsmigranten und 50 Prozent der kirgisischen Arbeitsmigranten tätig (vgl. Peyrouse 2007: 251). Die Schattenwirtschaft blüht in der Region. In Kirgisien wird der Anteil der Schattenwirtschaft zu dem gesamten BIP auf 30 Prozent geschätzt, in Tadschikistan sind es fast 60 Prozent (vgl. Trushin/Trushin 2002:410) Der wichtigste Punkt, der immer mehr Frustration in der Bevölkerung auslöst, sind die zunehmenden Einkommensunterschiede. Besonders rasant sind diese in Kasachstan. Auf die ärmsten 20 Prozent der Gesellschaft kommen 6,7 Prozent des Landeseinkommens hinzu, auf die 20 Prozent reichsten 42,3 Prozent (Olcott 2002: 201). Diese Tendenz ist steigend.

3.1.3 Diskriminierende Nationenbildungsprozesse

Keine der zentralasiatischen Republiken ist durch staatliche Revolution (wie z.B. Frankreich), in Folge eines Einigungsprozesses von

70 Je höher die Platzierung ist, desto fragiler ist die Staatlichkeit des Landes.

Copyrighted material

oben (wie z. B. Deutschland oder Italien), im Befreiungskampf gegen Kolonialherrschaft (wie z.B. Algerien) oder als Resultat eines Bürgerkrieges (wie z.B. Sowjetunion) entstanden. Das Geschichtsbild der zentralasiatischen Völker ist ein Produkt sowjetischer Geschichtsforschung, die jedem als solchen anerkannten und einmal definierten Volk der UdSSR seine eigene Geschichte verliehen hat. Ende des 19. Jahrhunderts hat Russland das Territorium Zentralasiens in seinen heutigen äußeren Grenzen erobert[71] und zur administrativen Einheit des Generalgouvernements Turkestan geformt (vgl. Reinhard 1991: 9) Die muslimischen Republiken der ehemaligen UdSSR waren also das Produkt der zwischen 1924 und 1936 angenommen Dekrete, die ihre Grenzen, Namen, Geschichte, die Definition von ethnischen Gruppen und sogar ihre Sprachen determiniert haben (vgl. Roy 2000).[72] Die sowjetische Nationalitätenpolitik hat dazu geführt, dass zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung auf den Territorien jeder zentralasiatischen Republik viele Vertreter von Minderheiten wohnten, die in dem Nachbarland die Mehrheit darstellten. In Kirgisien leben etwa 700.000 Usbeken, was 14 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes ausmacht. In Tadschikistan lebt die größte usbekische Gemeinde außerhalb von Usbekistan. Das sind etwa 1.000.000 Usbeken, was 15 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. In Usbekistan leben wiederum etwa drei Millionen Tadschiken, die hauptsächlich in historischen Städten wie Samarkand und Buchara präsent sind. In Turkmenistan leben etwa 400.000 Usbeken, in Kasachstan 370.000 (vgl. Fumagalli 2007: 238-239). Besonders heterogen ist die Bevölkerungsstruktur in Kasachstan, wo die Kasachen eine knappe Mehrheit (54 Prozent) der Bevölkerung darstellen. Fast 35 Prozent kommen den slawischen Minderheiten zu.

Obwohl Zentralasien immer durch eine ethnische Heterogenität gekennzeichnet war, wobei verschiedene Nationalitäten im Laufe der Geschichte Jahrtausende lang friedlich zusammengelebt haben, hat die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erworbene Staatlichkeit

71 Vor der russischen Eroberung existierten auf dem Territorium von Zentralasien drei Horde, zwei Khanate und ein Emirat. Ausgehend von dieser politischen Ordnung wurde auch die zaristische Kolonialverwaltung ausgeübt. Die territoriale Grenzenziehung und die Zusammenfassung der Bevölkerung in Republiken nach ethnischen Kriterien konfrontierte diese Region mit einem bisher ihr völlig unbekannten politischen Ordnungsprinzip. Die Nationen, für die die territorialen Grenzen bestimmt wurden, gab es vor der Teilung nicht. Zum Teil existierten nicht einmal die Völker, für die diese Republiken geschaffen wurden. Sie wurden mit Hilfe der staatlichen Lenkungsmittel aus verschiedenen Volksgruppen zu Völkern geformt (vgl. Geiß 1995: 53).

72 Wahrscheinlich war es den sowjetischen Funktionären bewusst, dass die provisorisch gezogenen administrativen Grenzen ein erhebliches Konfliktpotential in sich bergen, damals hat aber keiner an das Ende der UdSSR geglaubt.

Copyrighted material

die neuen Staaten vor die Herausforderung einer alle gesellschaftlichen Teilbereiche erfassenden Transformation gestellt. Die historische Einzigartigkeit eines solchen Umgestaltungsprozesses besteht in der Gleichzeitigkeit dreier politischer Herausforderungen: erstens in der Schaffung einer neuen Wirtschaftordnung zur Erzeugung und Verteilung der Ressourcen, zweitens in dem Aufbau einer Rechts- und Verfassungsordnung und drittens in einer Neubestimmung der zivilkulturellen Regeln sozialer Integration (vgl. Wälzholz 1998: 8) Dieser Prozess wurde von der Suche nach einer eigenen nationalen Identität begleitet. Ungeachtet dessen, dass die politischen Eliten der neuen staatlichen Bildungen verbal die Notwendigkeit der Gleichberechtigung aller Bürger unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit anerkannt haben, wurde in der Realität die Nationenbildung auf der Grundlage der Dominanz der „Titularnation" in den politischen, ökonomischen und kulturellen Bereichen durchgeführt. In der Realität haben sich diesem Modell der staatlichen Ordnung die ethnischen Minderheiten, die national-territorialen Autonomien und einfach auch jene Gruppen und Individuen nicht angepasst, für die es schwierig war, mit der neuen ethnozentrierten Staatlichkeit zurechtzukommen. In den Zeiten der allgemeinen ideologischen Krise, sozialer Verunsicherung und politischer Desorientierung, durch die die ersten Jahre der Unabhängigkeit gekennzeichnet wurden, nahmen die ethno-nationalistischen Bestrebungen in der Region zu. Die ethnischen Minderheiten in den mittelasiatischen Ländern sehen sich damit dem wachsenden Vertreibungsdruck durch die „Heimatrecht" beanspruchende Titularnation, das aus dem Nationsbildungskonzept der Regierung folgt, ausgesetzt (vgl. Kaiser 1994: 110).

Copyrighted material

3.2 Wasserknappheitsproblematik in Zentralasien

Ausgangslage

Die nicht nachhaltige Ressourcennutzung, die die Austrocknung des Sees hervorgerufen hat, verursachte auch viele negative Auswirkungen in wirtschaftlichen, ökonomischen und sozialpolitischen Bereichen. 1992 wurde ein ca. 400000 km² großes Gebiet um den Aralsee mit einer Bevölkerungszahl von etwa 4 Mio. Menschen zum Weltkatastrophengebiet erklärt (Gumppenberg, Steinbach 2004: 23). Die Folgen nicht nachhaltiger Ressourcennutzung lassen sich auch in den Bereichen Gesundheit, Armut, Arbeitslosigkeit und Migration feststellen. Die gesundheitliche Lage der Bevölkerung dort ist miserabel: Die Kindersterblichkeitsrate gehört zu einer der höchsten auf der Welt, die Menschen leiden unter schweren Krankheiten wie Anämie, Typhus, Hepatitis, Krebs, die überproportional häufig auftreten. Die wirtschaftlichen Folgen des Ressourcenmissmanagements äußern sich vor allem in der sinkenden Produktivität des landwirtschaftlichen Sektors. Auch ökologische Folgen, wie Desertifikation, Versalzung der Böden, Biodiversität und allgemeine klimatische Veränderungen, werden durch ungeeignete landwirtschaftliche Produktionsmethoden bzw. schlechtes Wassermanagement verursacht.

3.2.1 Geschichtliche Hintergründe

Das heutige Problem der Wasserknappheit in der Region ist durch die sowjetische Wirtschaftspolitik gegenüber Zentralasien bedingt, die dieser Region den Baumwollanbau aufgezwungen hat. Damit wurde die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft Zentralasiens einseitig geprägt.

Die sehr schnelle und sehr ineffektive Erweiterung der Baumwollanbaufläche stand offiziell unter dem Zeichen, die Sowjetunion von Baumwollimporten unabhängig zu machen.[73] Die Forcierung des Baumwollanbaus in den Bewässerungsgebieten Zentralasiens wurde

73 Als in den 1860er Jahren der US-amerikanische Bürgerkrieg die ausreichende Versorgung des russischen Zarenreichs gefährdete, wurde der Anbau von Weizen zugunsten der Baumwolle eingeschränkt.

Copyrighted material

nicht nur gegen den Widerstand der Betroffenen, sondern auch gegen den Willen der republikanischen Parteiführungen durchgesetzt. Der Protest war allumfassend und hat das Wiederaufleben der Basmacen[74]-Nationalbewegungen ausgelöst (vgl. Simon 1986: 124). Zentralasiatische Staaten, vor allem Usbekistan, mussten den eigenen Getreideanbau zugunsten der Baumwolle reduzieren, was die Region abhängig vom Getreideimport aus dem Norden gemacht hat. Die Erweiterung des Baumwolleanbaus wurde nicht mit der entsprechenden verarbeitenden Industrie verbunden, die in Zentralasien produzierte Baumwolle wurde in den nördlichen Teil der UdSSR (Russland, die Ukraine) exportiert und dort verarbeitet. Damit trug die Wirtschaft Zentralasiens, die hauptsächlich durch Landwirtschaft geprägt war und ist, koloniale Züge (vgl. Simon 1986: 122).

Da alle Gewässer in der UdSSR zentral verwaltet wurden und die Wasserressourcen als Staatseigentum galten, war deren Verbrauch fast kostenlos. Das führte dazu, dass das Wasser sehr ineffizient verwaltet wurde. Das Ergebnis der verschwenderischen Wasserpolitik in Zentralasien ist die Katastrophe vom Aralsee, die gezeigt hat, dass das sowjetische Wassermanagement ineffizient war und reformbedürftig ist.

3.2.2 Baumwollanbau und Bewässerungspraxis

Die Süßwasservorkommen der Erde stehen unter dem erhöhten Druck von Bevölkerungswachstum, wirtschaftlicher Entwicklung und Verschwendung. Den Löwenanteil davon trägt die Landwirtschaft; vor allem die künstliche Bewässerung verbraucht riesige Wassermengen.

Das Jahr 1960 gilt als Wendepunkt in der Entwicklung der Bewässerungswirtschaft in Zentralasien. Seit diesem Jahr ist das natürliche Gleichgewicht zwischen Zufluss und Verdunstung des Sees unwiderruflich zerstört. In dieser Zeit wurden der 1600 km lange Karakumkanal und die meisten größeren Stauseen und Bewässerungssysteme gebaut (Klötzli 1996: 244). Die intensive Ausweitung des Baumwollanbaus und dessen Bewässerungsintensität[75] haben die Wasserknappheit in der Region bedingt. Allein in Usbekistan hat sich die Bewässerungsfläche zwischen 1960-1980 von 1,3 Mio. Hektar bis 2,1 Mio. vergrößert (vgl. Spoor 1998: 416).

74 zentralasiatische Freischärler.

75 Die bewässerte Fläche hat sich innerhalb der sowjetischen Wirtschaftpolitik in Zentralasien von 2,9 Mio. ha im Jahre 1950 auf 7,2 Mio. ha im Jahre 1989 vergrößert.

Copyrighted material

Land	Bewässerungsfläche (Mio. Hektar)
Usbekistan	4,3
Kasachstan	2,8
Kirgisien	1,1
Tadschikistan	0,7
Insgesamt	8,8

Tabelle 6: Bewässerungsfläche in Zentralasien Anfang der 1990er Jahre[76]
Quelle: Olimov/Petrov 2007

Die Landwirtschaft in Zentralasien ist, wie schon oben erwähnt wurde, der wichtigste Wirtschaftszweig und fast völlig von der Bewässerung abhängig. Für die Bewässerung werden über 90 Prozent des jährlich zur Verfügung stehenden Wassers verbraucht. Die typische Bewässerungsquote in ariden und semi-ariden Gebieten, zu denen die zentralasiatische Region gehört, beträgt jährlich 10000 Kubikmeter pro Hektar. Das entspricht einem Kubikmeter bzw. 1000 Liter Wasser pro Quadratmeter bewässerten Ackerlandes (vgl. Libiszewski 1996: 118). Der Wasserverbrauch pro Hektar liegt also z. B. in Usbekistan bis zu dreimal höher als im internationalen Durchschnitt (vgl. Neubert/Herrfahrdt 2005: 244). Insgesamt ist in der Region der Wasserverbrauch pro Kopf 20-mal größer als in den Industriestaaten (vgl. Namatbaeva 01.10.2003).

Die Irrigation in Zentralasien hat eine enorme Erhöhung der Produktivität von Baumwolle bedingt und einige Staaten der Region zu den weltweit führenden Exporteuren von Bauwolle gemacht. In den Jahren 2004-2005 wurden in der Region etwa 6,5 Prozent des gesamten Weltvolumens an Baumwolle produziert, was 15,4 Prozent des weltweiten Baumwollexports ausmacht (vgl. ICG Asia Report No 93 2005: 2). Der Baumwollzweig bietet auch die größten Beschäftigungsmöglichkeiten für die Bevölkerung, da diese meist auf dem Lande lebt.

Der ununterbrochene Baumwollanbau erschöpfte aber natürliche Bodennährstoffe und machte den breiten Einsatz von Kunstdüngern nötig. Im landwirtschaftlichen Sektor ist deswegen eine Abnahme der Produktion zu beobachten. Mit steigender Bevölkerungszahl und abnehmender Produktivität der Landwirtschaft sind fast alle Republiken Zentralasiens auf Nahrungsmittelimporte angewiesen. Diese Tendenz ist steigend.

Die intensive Bewässerung mit teilweise mineralisiertem und verschmutztem Wasser in Zentralasien hat seit der zweiten Hälfte der

76 Leider ist es schwer, die entsprechende Information über Turkmenistan zu finden, da die Republik diese nicht zur Verfügung stellt.

Copyrighted material

achtziger Jahre zur Versalzung der Böden, deren Vergiftung mit Pestiziden sowie zur Desertifikation geführt. Zentralasien gehört zu den am stärksten von Desertifikation bedrohten Regionen der Welt. Über 60 Prozent der zentralasiatischen Trockengebiete sind von Desertifikation betroffen (vgl. Herrfahrdt 2004: 20). Die zunehmende Versalzung der Böden ist ein wichtiger Faktor für den nach wie vor hohen Wasserverbrauch in der Landwirtschaft. In den usbekischen Gebieten Nawoiyskaja, Bukharskaja, Surhandarjainskaja, Khorezmskaja und in der autonomen Republik Karakalpakstan sind bis zu 96 Prozent der Bewässerungsflächen versalzen (ICG Asia Report No 93 2005: 40). Das Auswaschen (leaching) der Salze verbraucht erhebliche Mengen an Wasser. Mit der zunehmenden Versalzung in den letzten Jahren steigt auch der Wasserbedarf.

Da die Bewässerungssysteme offen und die Kanäle meistens nur teilweise ausbetoniert sind, sind die Wasserverluste durch die Verdunstung während der trocken-heißen Sommermonate und durch die Versickerung des Wassers wegen der veralteten Bewässerungstechnik sehr hoch. Nach der Einschätzung der Weltbank, werden nur 21 Prozent des Wassers in Zentralasien effizient genutzt, die restlichen 79 Prozent gehen damit verloren. Das sind weltweit die größten Wasserverluste in den Entwicklungsländern (vgl. Stadelbauer 2007: 17f.). Die Rekonstruktionskosten der Bewässerungssysteme in Zentralasien betragen mindestens 40 Milliarden US Dollar (ICG Asia Report No 93 2005: 3). Der Bau von Bewässerungssystemen hat zu Sowjetzeiten zur Entstehung von vielen Wohnungsgebieten entlang den Bewässerungskanälen geführt. Wenn die Bewässerungssysteme ausfallen würden, würde damit eine große Bedrohung für das Überleben der Menschen entstehen. Das veraltete Irrigationssystem bringt auch starke ökonomische Verluste mit sich. Nach Schätzung der Asian Development Bank betragen die jährlichen Verluste wegen der technischen Probleme in den Irrigationssystemen in fünf zentralasiatischen Staaten etwa 1,7 Milliarden US Dollar (vgl. Valintini et al. 2004:72). Die weitere Bewässerungspraxis ist dann nur durch Wassereinsparung, Renovierung der Bewässerungstechniken und Wiederaufbau der alten Bewässerungslandfläche möglich (vgl. Eygorn 2007).

Die Naturkatastrophe des Aralsees ist auch durch die Ausweitung der Bewässerungslandwirtschaft und des Baumwollanbaus bedingt und ist „der Endzustand des Versagens von Wasserpolitik" (Barandat 1997:19). Damit sind die ökologischen Folgen anthropogen verursacht und kein Resultat der natürlichen Wasserknappheit.

Copyrighted material

3.3 Die Konflikte um die Wasserressourcen in Zentralasien

Die Forschungsgruppe International Crisis Group hat im Jahr 2002 einen Bericht zum Thema Wasser und Konflikt in Zentralasien veröffentlicht, in dem diesem Problem ein hohes Konfliktpotential zugemessen wird. Zentrale ökologische Probleme wie Wasserknappheit, Bodendegradation, Desertifikation, Biodiversität, die aus der katastrophalen ökologischen Lage Zentralasiens resultieren, können als Sicherheitsrisiken gedeutet werden, da sie zu Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheiten, Migration, Überbevölkerung, also zu allgemeiner politischer Instabilität der Region führen können.

Die Hauptursache für die Entstehung von Wasserkonflikten sind konkurrierende Ansprüche auf begrenzte Wassermengen und die Bereitschaft von Akteuren, diese Ansprüche zu verteidigen. Damit gehört Zentralasien seit langem zu den Regionen, in denen die zunehmende Wasserverknappung und die heftigen Spannungen um Wasserverteilung ein erhebliches Problem für die regionale Stabilität darstellen.

3.3.1 Ausgangslage des Konfliktpotentiales des Wassers in Zentralasien

Nach Auflösung der Sowjetunion sind in Zentralasien zwei neue internationale Flussbecken entstanden: das Tarimbecken[77] und das Aralseebecken.[78] Zum Aralseebecken gehören Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan, der größte Teil von Kirgisien, südliche Provinzen von Kasachstan sowie der Norden von Afghanistan und der Osten des Irans (s. Anhang: Abbildung 1). Das Becken umfasst eine Fläche von 1,8 Mio. km², wovon 5/6 auf die ex-sowjetischen zentralasiatischen Republiken entfallen. Den Rest teilen sich der Iran und Afghanistan (vgl. Klötzli 1996: 243). Die wichtigsten Flüsse des Aralseebeckens sind Amu Darja und Syrdarja, die in den Aralsee münden.

Die Region gehört zum passatisch bedingten Trockengürtel, der sich von Marokko bis nach Afghanistan erstreckt. Aufgrund dieser naturgeographischen Gegebenheiten sind die bewohnbaren Landesteile beschränkt und umso weniger geeignete Fläche steht für die Landwirtschaft zur Verfügung. Viele Landesteile sind von Steppe, Wüste oder Hochgebirge bedeckt und somit unbewohnbar. Wegen des Wachstums der Bevölkerung müssen weitere Flächen bewässert werden, um die steigende Bevölkerung ernähern zu können.

77 Zum Tarimbecken gehören die Autonome Republik der VR China Xinjiang sowie der östliche Teil von Kirgisien.

78 In der vorliegenden Arbeit werden ausschließlich Entwicklungen im Aralseebecken betrachtet, da die umfangreiche Thematik sonst den Umfang der Arbeit sprengen würde.

Copyrighted material

	KAS	KIR	USB	TAD	TUR
Fläche (1000 km²)	2,717	198	447	143	488
Einwohner (Mio.)	15,2	5,3	27,3	7,2	5,1
Bevölkerungswachstum pro Jahr	0,37 Prozent	1,38 Prozent	0,96 Prozent	1,89 Prozent	1,59 Prozent
Geburtenrate	1,88	2,67	2,01	3,04	3,07
Topographie	90 Prozent Steppe	90 Prozent Berge	90 Prozent Wüste	90 Prozent Berge	90 Prozent Wüste
Landwirtschaftlich nutzbare Fläche	8,28 Prozent	6,55 Prozent	10,5 Prozent	6,5 Prozent	4,5 Prozent

Tabelle 7: Landknappheit im Ländervergleich
Quelle: CIA World Factbook, eigene Darstellung

Die Wasserverteilung und der Wasserverbrauch sind in Zentralasien ungleich. Während die Obenanlieger (Tadschikistan und Kirgisien) über 87 Prozent der Wasserressourcen verfügen, werden etwa 83 Prozent von den Unteranliegern (Usbekistan, Kasachstan und Turkmenistan) verbraucht (s. Anhang: Abbildung 3). Diese Situation birgt ein großes Konfliktpotential in sich, da das sowjetische System der Quoten[79] den Interessen der Oberanlieger widerspricht, womit sie größere Entnahmequoten fordern (vgl. Gumppenberg, Steinbach 2004: 308).

Das bis heute gültige System der Wasserverteilung ist noch zu Sowjetzeiten im Rahmen der einheitlichen ökonomischen Beziehungen entstanden, als die Wasserressourcen asymmetrisch zugunsten der Territorien der Unteranliegerstaaten für die Entwicklung einer Bewässerungswirtschaft verteilt wurden. Auf den Territorien der Oberanliegerstaaten wurden Wasserobjekte für die Zufuhr des Wassers in die Unteranliegerstaaten gebaut. Die Bewässerungslandwirtschaft wurde in den Ländern am Oberlauf wesentlich verringert, dafür haben Tadschikistan und Kirgisien als Kompensation Energieträger, landwirtschaftliche und industrielle Produkte erhalten. Die Energiekompensationen

79 Nach diesen Quoten durften die Unteranlieger den Großteil des Wassers für den Baumwollanbau nutzen, während die Oberanlieger stark eingeschränkt wurden und die eigene Landwirtschaft nicht entwickeln durften.

Copyrighted material

kamen in der Winterzeit aus Russland, Kasachstan und Usbekistan. Nach der Entstehung der souveränen Staaten in Zentralasien wurden die vorhandenen Wasserverteilungsmuster mit dem Unterschied aufbewahrt, dass die Oberanliegerstaaten keine Kompensationen mehr erhielten, obwohl die zwischenstaatlichen Abkommen dies vorsahen. Damit wuchs in Kirgisien und Tadschikistan der Handlungsdruck in Fragen der Energieversorgung, um eine Energiekrise zu vermeiden.

Ungeachtet der zahlreichen[80] Abkommen und zwischenstaatlichen Erklärungen ist es den Staaten bis jetzt nicht gelungen, neue funktionierende Mechanismen auszuarbeiten. Das grundlegende Abkommen, das im Prinzip die Unstimmigkeiten zwischen den Unter- und Oberanliegern behandeln soll, stellt das Abkommen von 1998 dar. Dieses Abkommen bestätigt sowjetische Nutzungsmuster und wurde von Usbekistan, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan unterzeichnet. Die wichtigste Vertragsbedingung ist die Verankerung der Austauschlieferungen. Im Sommer solle von der Seite der Oberanlieger das Wasser aus den Stauseen zugunsten des Nutzens von Unteranliegern abgelassen werden, dafür würden diese im Winter die Energielieferungen aus Kasachstan und Usbekistan erhalten. Das Abkommen wurde aber in der Form nie umgesetzt, da es immer wieder zu Verstößen auf allen Seiten kam. Deswegen gilt es mittlerweile als gescheitert. Die Verhandlungen werden momentan auf einer bilateralen informellen Basis geführt. Die Abflussmenge und Kompensationen werden jedes Jahr neu ausgehandelt, so dass keine langfristige Planungssicherheit besteht (vgl. Giese/Sehring 2007: 489). Im Juni 2008 kam es zu einem erneuten Treffen der vier[81] zentralasiatischen Regierungen in Bischkek. Das Ziel war die Regelung der Wassernutzungsfragen des Naryn-Syrdarja-Beckens für das Jahr 2008 und für das erste Viertel des Jahres 2009. Die Teilnehmer haben vorübergehend einen Kompromiss erreicht, so dass Kirgisien den Strom im Umfang von 1 Mrd. kWh in die Nachbarstaaten liefern und damit 1,2 Mrd. Kubikmeter Wasser zusätzlich ablassen wird. Ungeachtet des Kompromisses hat sich die usbekische Seite doch geweigert, das Protokoll des vierstaatlichen Treffens zu unterzeichnen, ohne diese Entscheidung zu begründen. Später wurde bekannt, dass Usbekistan die bilaterale Basis der Verhandlungen bevorzugt (vgl. Eliseev 27.07.2008). Die bilateralen Absprachen erweisen sich aber meistens als nicht funktionsfähig. So kommt das Wasser über Tadschikistan und Usbekistan, wenn Kasachstan mit Kirgisien den Abfluss des Wassers aus dem Toktogul-Stausee für seine südliche Baumwollfläche abspricht, was

80 Im Bereich der Regelung der Verteilungs- und Nutzungsfragen beim Wasser haben die zentralasiatischen Staaten über 150 Abkommen abgeschlossen.

81 Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Tadschikistan.

Copyrighted material

häufig zu der unsanktionierten Wasserentnahme und damit zu Konflikten zwischen den Staaten führt.

Die Unteranlieger setzten damit ihrerseits alles daran, um den Status quo zu bewahren. Der Baumwollexport stellt, wie schon zuvor erwähnt wurde, den wichtigsten Wirtschaftszweig vieler mittelasiatischer Länder (Usbekistan, Turkmenistan) dar und spielt eine entscheidende Rolle für die Existenzsicherung der Bevölkerung. Deswegen ist die stete Wasserversorgung für die Staaten am Unterlauf überlebenswichtig. Vor allem Usbekistan und Turkmenistan betrachten die problemlose Wasserversorgung als wichtigen Teil der nationalen Sicherheit (vgl. ICG Asia Report No 34 2002: 4). Ungeachtet der schwierigen Wassersituation beabsichtigen alle Regionalstaaten ihre künstlich bewässerten Flächen weiter zu erhöhen, ohne die Staaten am Oberlauf dafür zu bezahlen. Ungleich ist auch die Verteilung der für die Bewässerung geeigneten Flächen. In Kasachstan und Turkmenistan gibt es keinen Mangel an Flächen, um die Nachfrage der eigenen Wirtschaft auch zukünftig befriedigen zu können. In drei anderen zentralasiatischen Ländern herrscht entweder ein allgemeiner Mangel an Fläche (Kirgisien und Tadschikistan) oder dieses Problem existiert nur in einigen Gebieten (wie im Fall der Usbekistan-, Chorezm- und Samarkand-Gebiete sowie im Fergana-Tal) (s. Tabelle 7).

Die wasserreichen Staaten Kirgisien und Tadschikistan berufen sich auf die „Dublin Principles" von 1992, die den ökonomischen Wert des Wassers festschreiben, und wollen aus den eigenen Wasserressourcen mehr Profit erzielen. Die Forderungen können aber wegen ihrer politischer Schwäche nicht umgesetzt werden. Usbekistan hat 130.000 Soldaten an der kirgisischen Grenze stationiert, um umstrittene Reservoirs zu bewachen (vgl. Sehring 2002: 7). Eine neue Konfliktkonstellation droht außerdem aufgrund des angestrebten Wiederaufbaus Afghanistans. In Afghanistan entstehen 27 Prozent der Wasserressourcen des Amudarja-Beckens, es ist damit nach Tadschikistan der zweitgrößte Wasserzulieferstaat.

Eine weitere Konfliktdimension stellen die innerstaatlichen Konflikte dar. Besonders angespannt bleibt die Situation in den Gebieten rund um den Aralsee, die unmittelbar unter den Folgen der Wasserknappheitsproblematik leiden. In der Pri-Aral-Region sind eine stark ausgeprägte ökonomische Diskriminierung und gesundheitliche Belastung zu beobachten.

Im Allgemeinen bietet Wasser ein Konfliktpotential auf folgenden Ebenen, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit behandelt werden:

Copyrighted material

Die innerstaatliche Konfliktebene

Bei der innerstaatlichen Konfliktebene handelt es sich (z. B. wie im Fall von Usbekistan) um die Verteilungsproblematik des Wassers innerhalb der Staaten, wo die Gebiete am Oberlauf der Flüsse (v. a. Fergana-Tal) relativ viel und qualitativ gutes Wasser erhalten. Hingegen erhalten die Gebiete am Unterlauf der Flüsse (in der Nähe vom Aralsee) quantitativ wenig und qualitativ schlechtes Wasser (v. a. Chorezm, Karakalpakstan), oder im Fall von Turkmenistan, wo die Provinz Daschhowuz besonders stark von den Folgen der Aralseeaustrocknung betroffen ist. Die allgemeine Frustration der Bevölkerung auf dem Lande bezüglich der langjährigen politischen und ökonomischen Marginalisierung und die zudem unter den Auswirkungen der Wasserknappheit und der Umweltdegradation leidet, könnte eines Tages die Regierung für die schlechte Wasserversorgung zur Rechenschaft ziehen. Als Fallbeispiel zur Analyse der innerstaatlichen Konfliktebene ist das Beispiel der autonomen Republik Karakalpakstan als klassischer Marginalisierungskonflikt zu behandeln.

Die zwischenstaatliche Konfliktebene

Bei der zwischenstaatlichen Konfliktebene geht es hauptsächlich um die Verteilungskonflikte zwischen den Ober- und Unteranliegern im Syrdarja-Becken (Kasachstan, Usbekistan auf der einen Seite und hauptsächlich Kirgisien auf der anderen Seite) sowie Konfliktkonstellationen im Amudarja-Becken, die auch einen zwischenstaatlichen Charakter tragen (die Auseinandersetzungen zwischen Usbekistan und Turkmenistan, die einander die größere Entnahme des Wassers aus Amudarja vorwerfen sowie eine Ober-Unteranliegerproblematik zwischen Usbekistan und Turkmenistan auf der einen Seite und Tadschikistan auf der anderen). Als Fallbeispiele für die Behandlung der zwischenstaatlichen Konfliktdimension dienen der Konflikt zwischen Usbekistan, Kasachstan und Kirgisien um das Nutzungsregime des Toktogul-Stausees sowie der Konflikt zwischen Turkmenistan und Usbekistan um den Bau des Stausees „Goldenes Zeitalter".

3.3.2 Innerstaatliche Konfliktebene

Bei den Marginalisierungskonflikten kann man je nach ökoregionaler Konfliktebene und beteiligten Akteuren zwei Untertypen unterscheiden (vgl. Klötzli 1996: 284). Der erste Typ bezeichnet einen (potentiellen)

Copyrighted material

Konflikt zwischen der Zentralregierung und ihren Peripherien. Als Beispiele dafür sind die marginalisierten „Opfergebiete" wie die Autonome Republik Karakalpakstan in Usbekistan, die turkmenische Provinz Daschhowuz und das kasachische Gebiet Kysylorda zu nennen. Zu dem zweiten Typ gehören die Marginalisierungskonflikte auf der Ebene der Bewässerungsgebiete und sie spielen sich entlang gruppenspezifischen Spaltungslinien wie Ethnien (Fergana-Tal) oder regionalen Identitäten (Tadschikistan) ab.

Die Gestaltung von Wassermanagement bzw. der Wasserverteilung in den Entwicklungsländern wird immer häufiger mit den Fragen der sozialen Gerechtigkeit und politischen Legitimität in Verbindung gebracht (vgl. Houdret 2008: 2). Deswegen ist die Frage der sozialen Umweltgerechtigkeit anhand der vorliegenden Untersuchung nicht zu überbrücken, da die sozio-ökonomische Vernachlässigung bestimmter Regionen oder ethnischer Gruppen die Eskalationsgefahr der Konflikte erhöht. Im Rahmen dieser Arbeit wird der innerstaatliche Konflikt in Karakalpakstan anhand der ausgewählten Kriterien der Gerechtigkeitsproblematik untersucht.

3.3.2.1 Umweltgerechtigkeitsproblematik der innerstaatlichen Konflikte

Ausgangslage

Nach dem Gipfel in Johannesburg im Jahre 2002 hat sich die Haltung gegenüber dem Nachhaltigkeitsdiskurs verändert. Seitdem besteht ein politischer Konsens darüber, der den bisherigen prinzipiellen Vorrang der ökologischen Dimension ablehnt und eine gleichberechtigte Behandlung aller drei „Säulen" der Nachhaltigkeit, der ökologischen, der ökonomischen und der sozialen, vorsieht (vgl. Beckenbach 2007: 7). Die Kernbotschaft des Drei-Säulen-Modells nachhaltiger Entwicklung lautet: Die Dimensionen Soziales, Ökologie und Wirtschaft sind gleichrangig zu behandeln, miteinander zu vereinbaren, in ein Gleichgewicht zu bringen oder integrativ zu betrachten (vgl. Paech, Pfriem 2007: 101). Ausgehend von dieser Logik sind Maßnahmen zur Umweltentlastung nur dann nachhaltig, wenn sie zugleich einen sozialen und wirtschaftlichen Nutzen generieren.

Copyrighted material

Nachhaltigkeit zeigt viele Elemente einer Gerechtigkeitstheorie: Das Ziel ist die gerechte Verteilung zwischen den Generationen, aus dem ethischen Postulat, dass allen Generationen unabhängig von ihrem Geburtszeitpunkt das Recht auf ein gutes Leben zusteht (vgl. Krysiak 2007: 129). Die Forderung nach inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit bildet einen Kern des Nachhaltigkeitskonzeptes (vgl. Michaelis 2000: 3).

Wenn man über ökologische Gerechtigkeit spricht, so herrscht sie in einer Gesellschaft aktuell und längerfristig nur dann, wenn alle ökologisch relevanten Güter und Lasten, Freiheiten und Pflichten aktuell und längerfristig gerecht unter den Beteiligten verteilt sind (vgl. Leist 2007:1). Die ökologische Gerechtigkeit in einer Gesellschaft setzt die Erfüllung der drei Dimensionen voraus. Erstens geht es um eine ökologische Chancengleichheit: ein Zustand, in dem jeder dieselben Chancen hat, knappe Umweltressourcen zu erhalten. Die zweite Bedingung für die Etablierung ökologischer Gerechtigkeit ist die Priorität der ökologischen Menschenrechte, die die moralisch begründeten Rechte auf Mindeststandards für eine gesunde und ungefährliche Umwelt (Luft, Wasser, Strahlung, Lärm etc.) darstellen. Die dritte Dimension der ökologischen Gerechtigkeit besteht in ökologischen Gestaltungsrechten, die vor allem das Recht der Menschen auf die Partizipation an Entscheidungsprozessen über den Erhalt und die Gestaltung der Umwelt akzentuiert (vgl. Leist 2007).

Für die Analyse von Marginalisierungskonflikten in Zentralasien wird die Dimension des Sozialen im Sinne von sozialer Gerechtigkeit oder Umweltgerechtigkeit behandelt. In Bezug auf den zentralasiatischen Marginalisierungskonflikt werden solche Kriterien wie die Verteilung der Wasserressourcen, Verteilung des Wohlstandes innerhalb der Gesellschaft sowie die gesundheitliche Belastung der Bevölkerung ausgesucht. Das Ziel der Projizierung dieser Kriterien auf innerstaatliche Konflikte besteht darin, die Eskalationsgefahr einschätzen sowie mögliche Präventionsansätze entwickeln zu können.

3.3.2.2 Der Konflikt zwischen der Zentralregierung und Peripherien: Fallbeispiel Karakalpakstan

Ein ausgesprochenes Krisengebiet in sozialer und ökologischer Hinsicht ist die Region um den Aralsee. „Stummer Tschernobyl" nennt man die Katastrophe des Aralsees (vgl. Giese et al. 1998: 55). Das ökologische Gleichgewicht nicht nur des Aralsees, sondern der gesamten Region wurde schwerwiegend geschädigt. Die drei Katastrophenzonen[82], wo die

82 Autonome Republik Karakalpakstan in Usbekistan, die turkmenische Provinz Daschhowuz und kasachisches Gebiet Kysylorda.

Copyrighted material

Umweltdegradation die Lebensqualität der Menschen stark verschlechtert hat, gehören zu der um den Aralsee herum liegenden Pri-Aral-Region.

Die innerstaatlichen Wasserkonflikte entstehen häufig dann, wenn Restriktionen in der Verteilung eine Verstärkung der sozioökonomischen Marginalisierung bestimmter Gruppen (oder Gebiete) hervorrufen (vgl. Houdert 2008:10) Das Ausbleiben der Kompensationsmaßnahmen stärkt bei den Benachteiligten das Bewusstsein der sozio-ökonomischen Marginalisierung und kann Proteste sowie die Bildung der Interessengruppen hervorrufen. Ein sehr anschauliches Beispiel des Marginalisierungskonfliktes auf der innerstaatlichen Ebene stellt die usbekische autonome Republik Karakalpakstan dar. Im Fall von Karakalpakstan ist die Bevölkerung dadurch marginalisiert, dass sie die ökologischen Kosten der Ausbeutung von Umweltressourcen trägt, ohne einen wirtschaftlichen Profit von dem Export der Baumwolle zu erzielen. Die Bewohner der autonomen Republik sind sehr stark von den Folgen der Austrocknung des Aralsees sowie der schädlichen Baumwollanbaumethoden betroffen. Schlechte Trinkwasserqualität, pestizidbelastete Nahrung und windverfrachteter Salzstaub sind einige Folgen der ökologischen Katastrophe, die zu ihrem Alltag gehören.

Die negativen Folgen der Umweltdegradation spiegeln sich in ökonomischen, sozialen und ökologischen Bereichen wider. Wegen des Wassermangels wurde das Pflanzen von traditioneller Reiskultur, die viel Wasser braucht, um etwa 95 Prozent reduziert – von 86000 Hektar im Jahr 1999 bis 4800 Hektar im Jahr 2001. Die Getreideproduktion wurde auch um fast 80 Prozent gekürzt (vgl. ICG Asia Report 2002: 27). Etwa 48 Prozent der Böden in der Pri-Aral-Region sind versalzen. Innerhalb der letzten zehn Jahre kann man eine Steigerung des Anteils um 56 Prozent beobachten. Die Fischereiindustrie war die wichtigste Beschäftigungsbranche in der Pri-Aral-Region, derer jährlicher Umfang 40000-50000 Tonnen betrug. Seit dem Jahr 1950 gingen etwa 60000 Arbeitsplätze wegen der Austrocknung des Aralsees verloren (vgl. Klötzli 1994: 22 f.).

Momentan leben auf dem Territorium von Karakalpakstan etwa 1,5 Mio. Menschen. Die Umweltdegradation bedingt aber einen Migrationdruck bei der Bevölkerung. Offiziell sind seit dem Jahr 1991 aus Karakalpakstan allein nach Kasachstan[83] etwa 63.000 Menschen ausgewandert. Die inoffizielle Zahl beläuft sich auf 100.000 oder sogar auf 250.000 Karakalpaken (fast ¼ der Gesamtbevölkerung) (vgl. Borisova 2002). Eine massenhafte Migration findet hauptsächlich unter den

83 Karakalpaken fühlen sich kulturell mehr mit Kasachstan verbunden, die Sprachen und Traditionen der beiden Völker sind sehr ähnlich. Zwischen 1924 und 1930 gehörte Karakalpakstan zur Kasachischen SSR. Seit dem Jahr 1936 ist die Republik Teil von Usbekistan (früher Usbekische SSR).

Copyrighted material

jungen Menschen statt, die den ethnischen Minderheiten angehören (Russen, Koreaner, Kasachen). Allein in der karakalpakischen Stadt Muynak haben im Jahr 1960 45000 Menschen gewohnt, von denen circa 27000 aufgrund der Umweltzerstörung und der damit verbundenen Folgen ausgewandert sind (vgl. Klötzli 1994: 26).

Was das erste Kriterium der sozialen Gerechtigkeit angeht, *das Kriterium der gerechten Wasserverteilung*, so ist die Situation in Usbekistan sehr ungleich. Die usbekischen Gebiete am Unterlauf (Karakalpakstan und Chorezm) werfen den Gebieten am Oberlauf (Surhandarja und Bukhara Gebiet) vor, an dem Wasserdefizit schuldig zu sein. Dies wird auch von der offiziellen Statistik bestätigt, entsprechend der die Oberanliegergebiete regulär 50-60 Prozent seiner Wasserquoten bekommen haben. Das Chorezm Gebiet hat z. B. nur 6-8 Prozent der eigenen Quoten erhalten, die autonome Republik Karakalpakstan nicht mehr als 7 Prozent. Neun von fünfzehn Bezirken von Karakalpakstan haben in letzten Jahren gar kein Wasser bekommen (vgl. ICG Asia Report 2002: 27). In Karakalpakstan haben 35 Prozent der Bevölkerung etwa 8-11 Liter Wasser am Tag zur Verfügung, wobei der weltweite Minimumstandart 50 Liter beträgt (vgl. Atanijasova 03/2008: 8).

Das Kriterium der gesundheitlichen Belastung. Die usbekischen Behörden registrieren seit Mitte der 1970er Jahre überproportional viele Fälle von Tuberkulose, Hepatitis, Typhus und Cholera. Vereinzelt sind bereits Erkrankungen an Beulenpest aufgetreten.

	Karakalpakstan	Landesweit
Anämie (von 100.000 Menschen)	15,004.1 (der höchste Anteil landesweit)	7,803.70
Säuglingssterblichkeit (von 1000 Neugeborenen)	17,4	14,9
Tuberkulöserkrankungen (von 100.000 Menschen)	137,6 (der höchste Anteil landesweit)	76
Nahrungsinfektionen (von 100.000 Menschen)	50,8	30,1
Der Zugang zu Kanalisation (anderen Abfluss- und Sanitäranlagen)	16,4 Prozent der Gesamtbevölkerung in Karakalpakstan (der niedrigste Anteil landesweit)	60,00 Prozent der Gesamtbevölkerung landesweit

Tabelle 8: Der gesundheitliche Zustand der Bevölkerung von Karakalpakstan (2005)
Quelle: Sarkar (2008: 10)

Copyrighted material

Niedrige Wasserqualität ist der Hauptgrund für den miserablen Gesundheitszustand der einheimischen Bevölkerung. Die schlechte Trinkwasserqualität ist durch Windverfrachtung giftiger Salze bedingt und der Grund für das Auftreten vieler Krankheiten in der Region. Das Trinkwasser wird größtenteils den salzhaltigen, mit Pestiziden, Düngern und Pathogenen verschmutzten Flüssen und Bewässerungskanälen entnommen. Die neuen Untersuchungen des gesundheitlichen Zustandes der karakalpakischen Bevölkerung haben den Verdacht bestätigt, dass die gesundheitlichen Probleme zum großen Teil durch den Einfluss der Baumwollchemikalien bedingt sind. Die DNA-Analysen der einheimischen Bewohner haben genetische Anomalien gezeigt, die zur rasanten Zunahme von Krebskranken führen (vgl. Blua 2004). Seit den 1980er Jahren kann man in Karakalpakstan eine 3000Prozent-Steigerung der Fälle von bronchialen und Nierenerkrankungen beobachten (vgl. Sarkar 03/2008: 11). Es kann in dem Zusammenhang über eine „Epidemie" der onkologischen Krankheiten sowie der Anämiefälle unter den Frauen gesprochen werden (vgl. Shadimetov 03/2008:2). Zwischen 50 und 80 Prozent der Kinder in Karapalkastan leiden ebenfalls unter Anämie.

Das dritte Kriterium der sozialen Gerechtigkeit stellt *die gerechte Verteilung von Wohlstand* dar. Karakalpakstan ist ökonomisch stark zurückgeblieben, der Lebensstandard liegt hier unter dem Durchschnitt in den Republiken. Während das BIP pro Kopf landesweit in Usbekistan von 2422 US-Dollar im Jahr 2000 auf 2835 US-Dollar im Jahr 2004 angestiegen ist, konnte man in Karakalpakstan eine Rezession beobachten. Im Jahr 2000 betrug das BIP pro Kopf in der autonomen Republik 1325 US-Dollar, im Jahr 2004 waren es 1270 US-Dollar pro Jahr (vgl. Sarkar 03/2008: 9). Wegen der Aralsee-Krise sind solche Wirtschaftszweige wie Fischerei, Tierfang und Seeverkehr verschwunden, viele Industrieunternehmen wurden geschlossen. Die ungleiche Verteilung des Wohlstandes begründet sich auch in der Exploration des Erdgases auf dem Territorium von Karakalpakstan, von der die Bevölkerung ebenso wie vom Transit des Erdgases über das Territorium der autonomen Republik wenig profitiert.

Im Fall von Karakalpakstan wird von Seiten der usbekischen Regierung die Tatsache in Kauf genommen, dass die Existenzgrundlagen der Menschen in dieser Region durch stark verschmutztes und versalztes Wasser gefährdet sind; und es wird somit zugunsten der Bewässerungswirtschaft entschieden.

Copyrighted material

3.3.2.3 Eskalationsgefahr der innerstaatlichen Konflikte in Zentralasien

Insbesondere die innerstaatliche Ebene der weltweiten Wasserkonflikte ist durch große Eskalationsgefahr gekennzeichnet, da gerade in den landwirtschaftlich geprägten Ländern der Einfluss in Politik und Gesellschaft häufig mit dem Zugang zu Wasser verbunden ist (vgl. Houdert 2008: 2). Zentralasien ist dabei keine Ausnahme. Die innerstaatlichen Konflikte in der Region bergen eine größere Eskalationsgefahr als die zwischenstaatlichen Wasserkonflikte, denn wenn die Umweltdegradation in Kombination mit anderen Aspekten wie Bevölkerungszunahme, Armut, ungerecht verteilte materielle und immaterielle Ressourcen, Migration, politischer Instabilität oder ethnopolitischen Spannungen auftritt, vermag diese einen wichtigen Beitrag an politischen Spannungen oder gar deren Eskalation zu gewalttätigen Konflikten zu leisten (vgl. Ludi 2003: 6).

Anhand der angewendeten Kriterien der sozialen Umweltgerechtigkeit am Fallbeispiel Karakalpakstans kann man konstatieren, dass keines der untersuchten Kriterien erfüllt ist. In Karakalpakstan findet keine gerechte Wasserverteilung statt, die Bevölkerung leidet unter enormem ökologischem Druck, der sich in einem miserablen gesundheitlichen Zustand äußert, es findet keine gerechte Verteilung des Wohlstandes statt. Das Nichterfüllen dieser Kriterien spricht für ein großes Konflikt- bzw. Eskalationspotential in dem Gebiet. Das Konfliktpotential zwischen dem politischen Zentrum und der autonomen Republik ist in dem Sinne vorhanden, dass die stete ökonomische Vernachlässigung und Marginalisierung von Karakalpakstan sowie die allgemein herrschende Frustration der Bevölkerung dort theoretisch zu einer Eskalation führen könnten. In der Praxis muss man aber darauf hinweisen, dass die autonome Republik über ein stabiles politischen System und ein schwach ausgeprägtes Umweltbewusstsein verfügt, wo die Menschen eher mit einer fatalistischen apathischen Haltung den sich verschlechternden Lebensbedingungen gegenüberstehen. Die Karakalpaken haben bis jetzt im Vergleich zu den Bewohnern des Fergana-Tals keinen öffentlichen Protest gegenüber der Zentralregierung in Taschkent geäußert. Den einzigen Ausweg aus dem schlechten Zustand sehen die meisten nur im Auswandern. Damit lässt sich behaupten, dass trotz der Komplexität der vorhandenen ökonomischen und ökologischen Probleme in der Region das Potential für soziale Unruhen oder separatistische Bewegungen nicht kritisch ist.

Copyrighted material

3.3.3 Zwischenstaatliche Wassernutzungs- und Verteilungskonflikte

Das Wasser ist keine raumgebundene ökologische Ressource. Diese Tatsache verleiht dem Konfliktpotential des Wassers eine zwischenstaatliche Dimension. Durch die Ober-Unteranlieger-Problemkonstellation können relativ schnell Konflikte entstehen. Die Lösung derartiger Probleme beim Wassermanagement an großen Flüssen erfordert einen großen Kooperationsaufwand (vgl. Scherer 1997: 341). Eben die mangelhafte Kooperation der zentralasiatischen Staaten und die Absicht, nur den eigenen nationalen Interessen zu folgen, haben bis jetzt die Verringerung des Konfliktpotentials erschwert. Trotz unterschiedlicher Interessen ist ihnen dabei meist ein Bestreben gemeinsam: den Nutzen aus dem Wasser zu nationalisieren, die Lasten aber zu internationalisieren (vgl. Giese/Sehring/Trouchine 2004: 1).

Konfliktbeispiel	Konfliktebene	Geografische Lage des Objektes	Konfliktparteien	Hintergrund des Konflikts
Toktogul Stausee	zwischenstaatlich (up-downstream)	Syrdarjabecken: Kirgisien	Kirgisien vs. Usbekistan Kirgisien vs. Kasachstan	Das Nutzungsregime von Toktogul: Hydroenergie vs. Baumwolleanbau
Der Stausee „Goldenes Zeitalter"	zwischenstaatlich	Amudarjabecken: Turkmenistan	Turkmenistan vs. Usbekistan	Der Streit über die größere Entnahme des Wassers (Quotenstreit)

Tabelle 9: Die Typologisierung der zwischenstaatlichen Konflikte[84]
Quelle: eigene Darstellung

3.3.3.1 Ober-Unteranlieger-Konflikte im Syrdarja-Becken: Fallbeispiel Toktogul Stausee

Seit der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten ist es oft zu grenzüberschreitenden Wassernutzungskonflikten im Syrdarja-Becken zwischen Usbekistan und Kirgisien gekommen. Die Ursache der stärksten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Republiken ist das Nutzungsregime des Stausees Toktogul. An dieser Stelle muss

84 Nach Meinung der Verfasserin bergen diese Fallbeispiele eine große Eskalationsgefahr. Das Fergana-Tal wurde bewusst nicht als Gegenstand der vorliegenden Untersuchung gewählt, da eine Darstellung der dortigen vielschichtigen Konflikte den Umfang der Arbeit sprengen würde.

Copyrighted material

man ebenfalls darauf hinweisen, dass die kirgisisch-usbekischen Beziehungen auch ohne Verteilungsproblematik des Wassers nicht einfach sind. Der Grund der Feindseligkeit auf der usbekischen Seite besteht in der Anschuldigung der kirgisischen Regierung, den Bombenlegern von Taschkent im Jahr 1999, die das Attentat auf den Präsidenten Karimow ausgeübt haben, Zuflucht[85] geboten zu haben. Diese Tatsache veranlasste Taschkent zu einer völkerrechtswidrigen Aktion, als usbekische Sicherheitsbeamten die kirgisische Grenze ohne entsprechende Erlaubnis überquert und die ethnischen Usbeken mit der kirgisischen Staatsangehörigkeit verhaftet haben. Seitdem bleibt das Verhältnis zwischen den beiden Ländern angespannt. Der Gashahn wird immer wieder von den Usbeken zugedreht, entlang der usbekisch-kirgisischen Grenze wurden Minen und Stacheldraht gelegt. Außerdem kam es zur Unterbrechung der Wasserversorgung des kirgisischen Teils des Fergana-Tals, nachdem Taschkent diese blockiert hat (vgl. Schlageter 2003: 142).

Aber eben das Nutzungsregime von Toktogul stellt einen steten Streitpunkt zwischen den beiden Staaten dar. Der Toktogul-Stausee bildet den größten Stausee bei der Naryn-Syrdarja[86] Stauseekaskade. Seine Wasserkraftwerke verfügen über eine Gesamtkapazität von 1200 MW. Durch den Bau des Toktogul-Staussees wurden 24 Ortschaften mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 21.000 Hektar überflutet (vgl. Giese/Sehring 2007: 487).

Die jährlichen Kosten für die Nutzung von Toktogul betragen 15-27 Mio. US Dollar, wobei die Unteranliegerstaaten[87], die das Wasser aus dem Stausee bekommen, an der Finanzierung nicht beteiligt sind. Da diese Ausgaben für das kirgisische Budget zu hoch sind, hat die Regierung des Landes Anfang der 1990er Jahre versucht, Kasachstan und Usbekistan zu überreden, einen Teil der Kosten für die Nutzung von Toktogul zu übernehmen (vgl. ICG Asia Report 2002:19). Kasachstan hat teilweise den Forderungen der kirgisischen Seite zugestimmt. Usbekistan, das Land, dessen Bewässerung vom Toktogul abhängt, hat sich geweigert, für die Nutzung des Toktoguls zu zahlen. Damit hat die Republik auch die Chance verpasst, die Kontrolle über die Wasserversorgung des eigenen Territoriums herzustellen.

85 Nach den Ereignissen von Andischan sind die Flüchtlinge aus Usbekistan erst einmal nach Kirgisien geflohen. Die Kirgisen haben aus Angst vor dem großen Nachbarn angefangen, die Menschen auszuliefern, bevor die Internationale Gemeinschaft sich eingemischt hat und den Flüchtlingen einen Aufenthaltsort hauptsächlich in Rumänien zur Verfügung gestellt hat.

86 Insgesamt sind es fünf Stauseen an der Naryn-Syrdarja Stauseekaskade: Toktogul (Kirgisien), Tscharvak und Andizhan (Usbekistan), Kayrakkum (Tadschikistan) und Tschardara (Kasachstan).

87 Es geht hauptsächlich um Usbekistan, das die größten Wassermengen aus dem Stausee entnimmt. Kasachstan hat der Beteiligung an den Kosten für die Nutzung von Toktogul zugestimmt.

Copyrighted material

Am 29. Juni 2001 hat das kirgisische Parlament (Zhogorku Kenesh) das Gesetz „Über die zwischenstaatliche Nutzung der Wasserobjekte, der Wasserressourcen und wasserbetrieblicher Objekte"[88] verabschiedet (vgl. ICG Asia Report 2002: 20). Damit hat die kirgisische Regierung die Absicht geäußert, Geld für das Wasser von Unteranliegerstaaten zu fordern.

Die Reaktion der usbekischen Seite war die Stationierung von militärischen Kräften an der usbekisch-kirgisischen Grenze in der Nähe von Toktogul und die Durchführung einiger militärischer Übungen.[89] In kirgisischen Medien entstanden diesbezüglich Äußerungen über die Sprengung des Staudammes, die die Vernichtung der usbekischen Fergana- und Zeravschan Täler zur Folge haben würde (vgl. Grozin 2001).

Zu Zeiten der Sowjetunion arbeitete der kirgisische Toktogul-Stausee so, dass im Winter 31 Prozent und im Sommer 69 Prozent der Wassermenge (für die Bewässerung) abgegeben wurden. Seit 1993 versucht Kirgisien die Abflussmenge im Winter zu erhöhen; die Abflussmenge im Sommer wird damit verringert (vgl. Trouchine/Giese 2006: 10). Die Änderung des Nutzungsregimes entspricht den Bedürfnissen der Energienutzung in Kirgisien. So soll das Wasser im Sommer in den Stauseen akkumuliert werden, um im Winter beim maximalen Energieverbrauch abgelassen zu werden. Das widerspricht aber vollkommen den Interessen der usbekischen Landwirtschaft, weil Usbekistan das Wasser für die Bewässerung der eigenen Baumwollplantagen im Sommer benötigt.

Davor wurde das Nutzungsregime durch die Austauschmechanismen geregelt. Da die Energielieferungen hauptsächlich aus Usbekistan ausbleiben, löst das auf Winter umgestellte Nutzungsregime des Toktoguls teilweise das Energieversorgungsproblem in Kirgisien. Das Problem an dem winterlichen Nutzungsregime besteht nicht nur darin, dass die Staaten am Unterlauf im Sommer wenig Wasser für deren Bewässerung bekommen werden, sondern auch darin, dass der Abfluss großer Wassermengen im Winter zu der Überflutung hauptsächlich der kasachischen Territorien führt.

Im Jahr 2003/2004 kam es zu einem neuen Krisenfall und damit zu einer Eskalation des Konfliktes zwischen Kasachstan und Usbekistan auf der einen und Kirgisien auf der anderen Seite. Da der Sommer 2003 relativ niederschlagsreich war und damit nicht so viel

88 „Zakon o mezhgosudarstvennom izpolzovanii vodnih objaktov, vodnih resursov i vodohozjaystvennih sooruzhenij".

89 Dafür wurden auch Panzertechnik und Hubschrauber benutzt.

Copyrighted material

Bewässerungswasser gebraucht wurde, hatte Kirgisien im Winter erneut keine Energielieferungen aus Kasachstan und Usbekistan erhalten und musste deswegen für die Energieproduktion mehr Wasser aus dem Toktogul ablassen, wodurch der kasachische Tschardara-Stausee über das Maximum angefüllt wurde. Um das Überlaufen des Tschardara- Stausees oder den Bruch des Dammes zu verhindern, musste die doppelte Menge an Wasser abgelassen werden. Das führte zu starken Überflutungen des usbekischen und kasachischen Territoriums. Etwa 2000 Menschen wurden evakuiert.[90] Dieses Ereignis hat gegenseitige Schuldzuweisungen ausgelöst und zu weiterem Misstrauen zwischen den Staaten beigetragen (vgl. Giese/Sehring/Trouchine 2004: 9).

Die durch Überflutungen entstehenden Kosten werden jährlich auf etwa 770 Mio. US-Dollar geschätzt (vgl. Giese/Sehring 2007: 489). Im Februar-März 2008 kam es wieder zu Überflutungen des südlichen Kasachstans. Diesmal mussten etwa 13.000 Einwohner ihre Häuser verlassen, etwa 2000 Gebäude wurden beschädigt und zerstört. Die immer wieder vorkommenden Überflutungen haben Kasachstan dazu veranlasst, im Syrdarja-Becken einen Koksaray-Stausee zu bauen, um damit die südlichen Territorien des Landes vor dem Hochwasser zu schützen. Obwohl das Projekt umstritten ist, da ähnliche Erfahrung in Usbekistan nicht besonders erfolgreich waren[91], hält die kasachische Regierung an der Entscheidung fest. Die Gesamtkosten des Projektes betragen etwa 500 Mio. US-Dollar (vgl. Arbenin 26.03.2008). Damit kann man konstatieren, dass Kasachstan die Hoffnung auf einen Kompromiss mit der kirgisischen Seite aufgegeben und deswegen eine kostenaufwändige Notlösung ergriffen hat.

Kirgisien ist ein kleines Land mit beschränktem Machteinfluss in der Region. Seiner Regierung ist bewusst, dass die Republik nicht in der Lage ist, Kasachstan und Usbekistan für das Wasser zum Zahlen zu zwingen. Man weiß auch, dass Kirgisien den Abfluss von Syrdarja nicht lange aufhalten kann. Deswegen kann man vermuten, dass die Drohungen der kirgisischen Seite an sich das Ziel haben, die Unteranliegerstaaten dazu aufzufordern, sich die Kosten für die Nutzung vom Toktogul zu teilen (vgl. ICG Asia Report 2002: 21).

90 Außerdem kam es fast zu dem Überlaufen des an der usbekisch-kasachischen Grenze gelegenen Tschardara-Stausees.

91 Ein erheblicher Teil der winterlichen Abflussmenge muss in die usbekische Arnasai-Senke abgelassen werden und geht damit nicht nur für den Aralsee, sondern wegen der hohen Mineralisierung des Wassers auch für die Bewässerung verloren.

Copyrighted material

3.3.3.2 Die Konfliktkonstellationen im Amudarjabecken: Fallbeispiel „Goldenes Zeitalter"

Das Verhältnis zwischen Usbekistan und Turkmenistan ist sicherlich das angespannteste in Zentralasien. Beobachter gehen von einem regelrechten geheimen Kleinkrieg zwischen den beiden Staaten aus (vgl. Giese, Sehring, Trouchine 2004). Ein Hauptgrund der Spannungen ist der Karakumkanal, in dem eine der wesentlichen Ursachen für die Austrocknung des Aralsees gesehen wird. Aus dem Karakum-Kanal kommen etwa 90 Prozent des turkmenischen Bewässerungsbedarfs, der Karakum-Kanal selbst entnimmt fast ¼ des Wassers aus Amudarja. Der Streitpunkt besteht darin, dass Turkmenistan aus dem Kanal mehr Wasser, als ihm es die Quoten vorschreiben, entnimmt, so dass für das usbekische Karakalpakstan und das Chorezm-Gebiet fast kein Wasser übrig bleibt. Der andere Streitpunkt ist das ambitionierte Projekt des verstorbenen turkmenischen Präsidenten über den Bau des Stausees „Goldenes Zeitalter" [Ozero zolotogo veka]. Der Stausee liegt in der Karakum-Wüste, soll 2010 fertig gebaut werden und zehnmal größer als der Bodensee sein (vgl. Warkotsch 2006: 121). Der zukünftige See hat ein Fassungsvermögen von 132 km³ und eine Fläche von 3.460 km². In dem turkmenischen See werden insgesamt etwa 132 Mrd. Kubikmeter des Kollektor- und Drainagewassers akkumuliert. Die Gesamtlänge der zwei künstlichen Flüsse des nördlichen und südlichen Kollektors wird 1152 km betragen. Das Projekt sieht vor, dass diese beiden Flüsse die Karakum-Wüste vom Westen und vom Süden umgeben und 450 Kubikmeter Wasser pro Sekunde oder 10 Kubikkilometer Wasser im Jahr ins „turkmenisches Meer" mitbringen. Dieser Umfang des Wassers ist doppelt so groß, als der Umfang, der momentan in den Aralsee fließt (vgl. Markov 26.03.2004)

Turkmenistan bestreitet die Tatsache, dass der See noch mehr Wasser aus Amudarja über den Karakum-Kanal entnehmen wird. Die Irrigationsfachleute gehen aber davon aus, dass der See ohne zusätzliche Entnahme des Wassers aus Amudarja nicht überlebensfähig ist und sich eines Tages wegen Verdunstung in einen neuen versalzten Aralsee verwandeln wird. Die Spannungen zwischen Usbekistan und Turkmenistan sind jedoch nicht nur in der Wasserfrage begründet, es ist auch noch ein ethnischer Aspekt des Ganzen zu beachten. Etwa 120.000 Turkmenen leben in Usbekistan, meist in den Bewässerungsgebieten des unteren Amudarja. In Turkmenistan leben 300.000 Usbeken, konzentriert in der Provinz Daschhowuz, denen eine Umsiedlung wegen des Baus des Stausees droht (vgl. Giese, Sehring, Trouchine

Copyrighted material

2004: 19). Im Jahr 2003 verabschiedete der verstorbene turkmenische Präsident dafür ein Dekret über die Umsiedlung von Bewohnern größtenteils usbekisch besiedelter Gebiete in die Karakum-Wüste, um dort die Landwirtschaft zu entwickeln.

Der Bau des Stausees soll bei der Umsetzung der ambitionierten Pläne der turkmenischen Regierung bezüglich der Baumwollproduktion helfen. Turkmenistan plant, seine Baumwollproduktion bis zum Jahr 2010 zu verdreifachen. Dafür müssen dementsprechend die Bewässerungsflächen massiv ausgeweitet werden. Solche Absichten werden in Usbekistan sehr negativ wahrgenommen.

Obwohl im Jahre 1996 am Amudarja ein bilaterales Wasserverteilungsabkommen zwischen Usbekistan und Turkmenistan abgeschlossen wurde, das die nutzbaren Wasseranteile am mittleren Amudarja bei der Messstation Kerki festlegt und damit eine 50/50-Lösung festschreibt, konnte es die vorhandenen Spannungen zwischen den beiden Ländern nicht auflösen (vgl. Trouchine/Giese 2006: 18). In Usbekistan leben etwa 14 Mio. Menschen, die das Wasser aus Amudarja für die eigene Existenz sowie für die Bewässerung der Landwirtschaft benötigen. Auf der turkmenischen Seite sind es nur 4. Mio. Deswegen fordert Usbekistan einen höheren Anteil vom Wasser. Ein weiteres Problem besteht darin, dass die turkmenische Seite von Usbekistan beschuldigt wird, mehr Wasser zu entnehmen, als vereinbart ist. Die im Jahr 2002 neu aufgenommenen Verhandlungen wurden ohne Ergebnis abgebrochen.

Man kann damit im Falle von Usbekistan und Turkmenistan konstatieren, dass bei den zwischenstaatlichen Konfliktkonstellationen die strategischen und sicherheitspolitischen Fragen im Vordergrund stehen, während die landwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Probleme in den Hintergrund gerückt werden.

3.3.3.3 Machtasymmetrie der zentralasiatischen Akteure

Um die Eskalationsgefahr der zwischenstaatlichen Wasserkonflikte einschätzen zu können, müssen dafür die regionalen machtpolitischen Konstellationen sowie die Politik der regionalen Akteure selbst untersucht werden. Die Staaten der zentralasiatischen Region kann man pauschal in zwei Gruppen aufteilen: in ökonomisch reiche, politisch starke und in ökonomisch arme, politisch schwache Staaten. Zu der ersten Gruppe gehören die Staaten am Unterlauf Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan, zu der zweiten die Oberanlieger Kirgisien und Tadschikistan. Die Machtasymmetrie zwischen den zentralasiatischen Akteuren ist offensichtlich. Während Exportländer wie Kasachstan,

Copyrighted material

Turkmenistan und Usbekistan in Petrodollars schwimmen, müssen ihre rohstoffarmen Nachbarn wie Kirgisien und Tadschikistan ums Überleben kämpfen (vgl. Rahr 2008: 105). Besonders Kasachstan mit seiner großen Fläche und riesigen Vorkommen an Erdöl und Usbekistan mit der regional größten Bevölkerungszahl und geostrategischer Lage im Herzen Zentralasiens stellten das politische Machtzentrum der Region dar.

3.3.3.3.1 Die Unteranlieger Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan

Die ökonomisch starken Anrainerstaaten bewirken ein geostrategisches Interesse der mächtigen Akteure der Internationalen Gemeinschaft, die um die Dominanz in der Region konkurrieren. Sie versuchen die zentralasiatischen Staaten in internationale Energieprojekte einzubinden. Ungeachtet des Mangels an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit spielen Usbekistan, Kasachstan und Turkmenistan eine immer größere Rolle in der internationalen Energiepolitik und stellen einen Zankapfel im Wettkampf um Einfluss in Eurasien dar.

Land	Erdöl (Milliarden Barrel)		Erdgas (Billionen m^3)	
	Gesichert	Ungesichert	Gesichert	Ungesichert
Kasachstan	39,6	65	3,00	3
Turkmenistan	0,5	3	2,90	4
Usbekistan	0,6	2	1,86	2
Gesamt	40,7	70	7,76	9

Tabelle 10: Erdöl- und Erdgasreserven in Zentralasien
Quelle: British Petrol (2005: 4ff.), zitiert nach Warkotsch (2006: 61)

Der neuntgrößte Staat der Erde, Kasachstan, ist momentan der ökonomisch erfolgreichste Staat in Zentralasien. Seine Wirtschaft hat das größte Entwicklungstempo im postsowjetischen Raum. Im Jahr 2007 betrug das BIP Kasachstans etwa 103 Mrd. US-Dollar, mit einer Zuwachsrate von 8,7 Prozent. Die Energievorkommen spielen in der kasachischen Wirtschaft eine Art „Airbag", der bei den schwierigen Transformationsprozessen und nachhaltiger BIP-Steigerung eine positive Rolle eingenommen hat (vgl. Kuznezova 2006: 10). Bis 2010 will Kasachstan drei Millionen Barrel pro Tag produzieren und damit die Ölexportgiganten Nigeria, Kuwait, Norwegen, Mexiko und Iran überholen (vgl. Rahr 2008: 135). Kasachstan besitzt 15 Prozent der Weltvorkommen an Uranerz und befindet sich nach Australien weltweit

Copyrighted material

auf dem zweiten Platz.[92] Das Land verfolgt sehr ambitionierte Pläne in Bezug auf die Uranförderung. Die kasachische staatliche Atomgesellschaft Kazatomprom solle das führende Uran fördernde Unternehmen der Welt werden, das 15.000 Tonnen Uranerz jährlich abbaut (vgl. Sultanow 2007: 89).

Kasachstan leidet im Vergleich zu Usbekistan nicht unter einem Überschuss der erwerbstätigen Bevölkerung, der durch die großen Bevölkerungszuwachsraten bedingt ist. Sein Rohstoffreichtum gestattet Kasachstan eine relativ unabhängige Außenpolitik durchzuführen und die regionale Führung für sich zu beanspruchen. Das Land ist Mitglied in vielen internationalen Organisationen und betreibt eine aktive multivektorale Außenpolitik, deren Ziel es ist, mit möglichst vielen Partnern zusammenzuarbeiten. Kasachstan ist auch ein aktives Mitglied der GUS und hat in den 1990er Jahren mehrfach Initiativen zur engeren Zusammenarbeit in Zentralasien angeregt. Diese blieben aber vor allem wegen des Konkurrenzverhältnisses zwischen Kasachstan und Usbekistan ohne Wirkung (vgl. Gumppenberg/Steinbach 2004: 140).

Usbekistan verfügt über eine sehr wichtige geostrategische Lage, bildet das geographische Zentrum Zentralasiens und grenzt an alle zentralasiatischen Republiken sowie im Süden an Afghanistan. Usbekistan hat mit ca. 27 Mio. Einwohnern die größte Bevölkerungszahl in Zentralasien, die sich durch eine relative ethnische Homogenität auszeichnet (80 Prozent der Einwohner sind ethnische Usbeken, 5,5 Prozent Russen, 5 Prozent Tadschiken) und ist am dichtesten besiedelt (62,5 Einw./km²) (vgl. CIA 2008)

Während der Sowjetzeiten hat die Usbekische SSR den größten Teil der Territorien der ehemaligen Khanate mit ihren historischen Zentren bekommen. In seinen heutigen administrativen Grenzen befinden sich deswegen die bedeutendsten alten Stätten der zentralasiatischen Kultur. Samarkand, Buchara, Chiwa waren Jahrhunderte lang die politischen und kulturellen Zentren des Orients. Taschkent galt während der UdSSR als Führungszentrum der zentralasiatischen Region, Usbekistan selbst wurde als „großer Bruder Zentralasiens" bezeichnet. Auch heute beansprucht das Land für sich eine Führungsrolle in der Region, was häufig zu einer Machtdemonstration gegenüber den schwächeren Nachbarn (außer Kasachstan) führt. Usbekistan hat die stärkste Armee in der Region, die momentan 650.000 Mann zählt (vgl. Johnson

92 Bis jetzt sind auf dem Bereich der Uranerzförderung, Urananreichung und des Baus der Atomreaktoren hauptsächlich Russland und Japan aktiv. 40 Prozent des Kernbrennstoffs für japanische Atomreaktoren werden in Zukunft aus Kasachstan kommen, das sind 4.000 Tonnen jährlich.

Copyrighted material

2007: 44). Außerdem befand sich zu den Sowjetzeiten der größte Teil der Militärbasen entlang den südlichen Grenzen und in der Nähe der östlichen Grenzen zu China. Dies führte dazu, dass nach dem Zusammenbruch der UdSSR viele Militärbasen auf dem Territorium des unabhängigen Usbekistan geblieben sind. Usbekistan baut seine Militärstärke weiter auf und errichtet neue Militärbasen im Westen, im Fergana-Tal und in anderen Teilen des Staates. Dank seiner militärischen Stärke ist Usbekistan in der Lage, in jedem anderen zentralasiatischen Land zu intervenieren und jede zentralasiatische[93] Armee zu besiegen.

Usbekistan hat sich für einen anderen Entwicklungsweg entschieden. Das Land ist nicht den Reformen in Russland und Kasachstan gefolgt und hat sich viele Züge des administrativen Wirtschaftssystems bewahrt. Der größte Teil der Wirtschaftsobjekte ist in staatlicher Hand geblieben. Karimow hat auf die grundsätzliche Liberalisierung der usbekischen Wirtschaft verzichtet. Deswegen ist es Usbekistan auch als einziges Land Zentralasiens gelungen, den rasanten Produktionsabstieg in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zu vermeiden.[94]

Die Position von Turkmenistan basiert auf einmal erklärter politische Neutralität, die auch der Verzicht der turkmenischen Regierung auf die Teilnahme an den regionalen Organisationen begründet. Das Land trat im Jahr 2005 sogar aus der GUS aus und besitzt momentan nur eine assoziierte Mitgliedschaft. In der Tat handelt es sich um eine bewusst eingeschlagene Isolierung des Landes sowohl von den regionalen Strukturen als auch von der internationalen Gemeinschaft, die dazu dient, das autoritäre Regieren des Landes einwandfrei praktizieren zu können.[95] Die proklamierte Neutralität äußert sich in Wirklichkeit auch in einer destruktiven Haltung in Bezug auf die kooperative Lösung von vorhandenen Wasserproblemen.

Im Allgemeinen lässt sich Folgendes konstatieren: Allen Ländern am Unterlauf ist gemein, dass diese aufgrund der eigenen wirtschaftlichen

93 Sowohl Kasachstan als auch Usbekistan legen auf das eigene militärische Potential sehr viel Wert und versuchen ihrem Rivalen überlegen zu sein. Die Militärausgaben beliefen sich in Kasachstan im Jahre 2002 auf 2,1 Mrd. US-Dollar, das Budget des Verteidigungsministeriums betrug 228 Mio. US-Dollar (vgl. Gumppenberg/ Steinbach 2004: 141). Die Ausgaben für Verteidigung beliefen sich in Usbekistan im Jahre 2002 auf knapp 1,8 Mrd. US-Dollar, was 2,9 Prozent des BIP entsprach (vgl. Gumppenberg/ Steinbach 2004: 321).

94 Diese Stabilität hat sich aber in eine Stagnation der Wirtschaft verwandelt. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre hat sich die Krise in dem landwirtschaftlichen Sektor verschärft, die das sowjetische extensive Modell der Ressourcennutzung widerspiegelt (vgl. Kuznezova 2006: 13).

95 Turkmenistan war das einzige Land Zentralasiens, das mehrmals den Taliban über das turkmenische Territorium militärische Nachschublieferungen gestattete. Das Land hat dementsprechend sehr gute Beziehungen mit Pakistan (vgl. Schlageter 2003: 143).

Copyrighted material

Entwicklung in der Lage sind, den Nachbarstaaten am Oberlauf für das Wasser zu zahlen. Gemein ist ihnen aber auch die prinzipielle Ablehnung des Wassers als eine Ware, die einen ökonomischen Wert hat. Eine solche Position hat ihre Gründe in dem Überlegenheitsgefühl der Staaten am Unterlauf gegenüber denjenigen am Oberlauf. Den Staaten am Oberlauf bleibt ihrerseits nichts weiter übrig, als Gegenreaktion die eigene Hydroenergie zu entwickeln.

3.3.3.3.2 Die Oberanliegerstaaten Kirgisien und Tadschikistan

Tadschikistan und Kirgisien planen eine 5-fache Erweiterung ihrer energieproduzierenden Kapazitäten in den nächsten 20 Jahren. Diese Tatsache wird das regionale Verhältnis zwischen Hydroenergetik und Baumwollanbau wesentlich verändern.

3.3.3.3.2.1 Tadschikistan

Nach den Einschätzungen der tadschikischen Regierung besitzt Tadschikistan ein riesiges Wasserenergiepotential, das auf 527 Mrd. kWh pro Jahr geschätzt wird, davon beträgt das technische Potential 202 Mrd. kWh und das ökonomische 172 Mrd. kWh. Das Hydroenergiepotential von Tadschikistan ist eines der größten auf der Welt. Schon heute ist Tadschikistan mit fast 16 Mrd. kWh pro Jahr nach Russland der größte Produzent von Strom aus Wasserkraft in dem GUS-Raum. Wenn man diese Zahl pro Kopf umrechnet, so ist das Land der größte Produzent weltweit (vgl. Giese/Sehring 2007: 491). Das größte Wasserkraftwerk ist das Nurek Kraftwerk mit einer Gesamtleistung von 3.000 MW.

Die Wasserkraft ist nach wie vor die wichtigste Energiequelle Tadschikistans. Bisher werden aber weniger als 5 Prozent des tadschikischen Potentials im Wasserenergiesektor ausgenutzt (vgl. Scharipow 2007: 91). So gingen die Investitionen in die Wasserkraft nach der Unabhängigkeit Tadschikistans um fast das 6-Fache zurück (vgl. Trouchine/Giese 2006: 26). Nichtsdestotrotz hat Tadschikistan die eigenen Pläne bezüglich des Baus einer ganzen Reihe von Wasserkraftwerken wie z. B. jener von Rogun (Vachš), Sangtuda 1 und 2 (Vachš), Kafarnigan (Kafarnigan) und Šurob (Vachš)[96] etc. nicht aufgegeben.[97]

96 Der Bau dieser Wasserkraftwerke hat noch zu der Sowjetzeit begonnen, wurde aber nach der Unabhängigkeit wegen Finanzierungsproblemen gestoppt.

97 Tadschikistan plant in der Zukunft den aus Wasserkraftwerken erzeugten Strom nach Russland, Iran, Afghanistan und Pakistan zu exportieren. Dafür muss man in Tadschikistan erst einmal sehr viel in das Versorgungsnetz investieren.

Copyrighted material

Wasserkraftwerk	Fläche des Stausees (km³)	Die Höhe des Staudammes (m)	Gesamtkapazität (MW)	Energieerzeugung (Mrd. kWh/Jahr)
Rogun	*11,8*	*335*	*3600*	*13,3*
Šurob	**0,05**	**83**	**750**	**3**
Nurek	10,5	300	3000	11,20
Baypasin	0,225	75	600	3,1
Sangtuda 1	*0,25*	*75*	*670*	*2,74*
Sangtuda 2	*0,075*	*34*	*220*	*0,93*
Golovnaja	0,095	50	240	1,3
Perepadnaja	-	17	30	0,2
Zentralnaja	-	-	15	0,1
Gesamt	23,0		9125	35,87

Funktionierende Wasserkraftwerke
Wasserkraftwerke, die im Bau sind
Geplante Kraftwerke

Tabelle 11: Die Wasserkraftwerke am Vachš-Fluss in Tadschikistan
Quelle: Jigarev (2008: 5)

Die ambitionierten Pläne der tadschikischen Regierung werden aber von den Staaten am Unterlauf sehr negativ wahrgenommen. Besonders die Beziehungen zwischen Tadschikistan und Usbekistan sind in Fragen der Energieversorgung[98] äußerst angespannt. Da Tadschikistan auf die Wasserkraft angewiesen ist, leidet das Land unter einem Energiedefizit im Winter und muss die fossilen Energieträger importieren. Der größte Teil der Transportwege führt über Usbekistan, in dem ein striktes Grenzregime herrscht. Außerdem weigert sich Taschkent, dass der Strom aus Turkmenistan über das usbekische Territorium geleitet wird (vgl. Kabiri 2007: 88). Lange Zeit stellten die tadschikischen Absichten bezüglich der Ausweitung des Hydroenergiebereiches keine Bedrohung für die Staaten am Unterlauf dar, da Tadschikistan für diese Projekte keine Investitionen anlocken konnte. Die Situation hat sich vor kurzem verändert.

Für die Finanzierung des größten Projektes, den Bau des Rogun-Wasserkraftwerkes, hat sich erst einmal der größte russische Aluminiumkonzern Russlands „Rusal" gemeldet. Im Jahr 2004 wurde der Vertrag mit dem russischen Unternehmen über den Bau des Rogun-Kraftwerkes und des angeschlossenen Aluminiumwerks unterzeichnet. Für diesen Zweck wurde eine Aktiengesellschaft gegründet, welche „Rusal" zu 49

98 Mit Kirgisien sind die Verhandlungen an der Preisfrage gescheitert.

Copyrighted material

Prozent und der Tadschikischen Regierung zu 51 Prozent gehörte. Die Gesamtkosten des Projektes wurden auf ca. 2 Mrd. US $ geschätzt. Das Kraftwerk sollte 2010 in Betrieb genommen werden (vgl. Trouchine/ Giese 2006: 29).[99] Im Jahr 2007 wurde aber bekannt gegeben, dass aufgrund der angestiegenen Kosten des Projektes Tadschikistan nur 23,2 Prozent der Aktien gehören werden. Damit hat das Land seine Sperrminorität verloren. Am 29. August 2007 hat die tadschikische Regierung unerwartet den Vertrag mit „Rusal" annulliert.[100] Die Gründe für die Vertragskündigung mit „Rusal" sind umstritten. Klar bleibt aber, dass der russische private Aluminiumkonzern kein strategisches Interesse an Rogun hat und sich an dem Bau nur deswegen beteiligen wollte, um zukünftig den tadschikischen Aluminiumkonzern „TadAZ" erwerben zu können. Dies wurde auch von dem tadschikischen Präsidenten Emomali Rahmon im Jahr 2004 während des offiziellen Besuches von Wladimir Putin in Tadschikistan versprochen (vgl. Papyrin 04.07.2007). Tadschikistan hat „Rusal" seinen Konzern im Endeffekt doch nicht verkauft. Der andere Grund besteht in den Unstimmigkeiten bezüglich der Höhe des Staudammes. „Rusal" hat auf der Höhe von 285 Meter bestanden[101], die tadschikische Regierung wollte unbedingt die Höhe von 335 Meter[102] behalten. Die Höhe von 335 Meter erfordert laut den internationalen ökologischen Standards und der internationalen Gesetzgebung über die grenzüberschreitende Wasserbewirtschaftung eine Zustimmung der Nachbarstaaten am Unterlauf, das heißt die Zustimmung von Usbekistan, Kasachstan und Turkmenistan. Vor allem Usbekistan hat bezüglich dieses Projektes eine sehr ablehnende Position eingenommen. Momentan wird darüber spekuliert, dass die Finanzierung des Projektes von der russischen RAO EES anstelle von „Rusal" übernommen wird.

„Inter RAO EES" hat in Tadschikistan bereits ein Projekt im Bereich des Baus von Wasserkraftwerken. Das ist der Bau des 500 Mio. teueren Kraftwerkes Snagtuda 1, dessen erster von vier weiteren Aggregaten im Januar 2008 in Betrieb genommen wurde (vgl. Zairov 21.01.2008). Sangtuda 1 (s. Tabelle 11) mit dem Staudamm von 75 Meter und der

99 In letzter Zeit sind in der russischsprachigen Presse Spekulationen bezüglich der weiteren Entwicklung des Projektes entstanden. Angeblich ist Tadschikistan mit den Vertragsbedingungen nicht zufrieden und droht diesen zu kündigen, wenn seine nationalen Interessen nicht berücksichtigt werden.

100 Für die Umsetzung der Baupläne des Roguns hat die tadschikische Regierung ein internationales Konsortium gegründet.

101 Für die Auswertung des Bauprojektes wurde die deutsche Firma Lahmeyer International (LI) eingeladen, die auch zu der Schlussfolgerung kam, dass die Höhe von 285 Meter optimal sei.

102 Diese Höhe des Staudammes wurde im Jahr 1978 ausgearbeitet. Seitdem haben sich die umweltrechtlichen Bedingungen geändert. Tadschikistan hat auch selber darauf bestanden, eine neue Expertise bezüglich der Höhe des Staudammes durchzuführen.

Copyrighted material

Gesamtkapazität von 670 MW wird eines der größten Wasserkraftwerke in Zentralasien und in dem ganzen GUS-Raum. Die Inbetriebnahme aller vier Aggregate wird für Anfang 2009 geplant. Die erzeugte Energie wird in das südliche tadschikische Chatlon-Gebiet fließen und damit die existierende Energiekrise, bei der die Bevölkerung momentan nur drei bis vier Stunden Strom am Tag bekommt, mildern. Laut der Vereinbarung gehören 75 Prozent der Aktien von Sangtuda 1 dem RAO EES. Da aber die Kosten für den Bau des Kraftwerkes angestiegen sind, wird der tadschikische Anteil auf 17-18 Prozent sinken (vgl. Buchari-zade 20.01.2008).

Das andere Hydroenergieprojekt in Tadschikistan, das von den ausländischen Investoren finanziert wird, stellt der Bau des Wasserkraftwerkes Sangtuda 2 der iranischen Gesellschaft Sangob dar. Mit dem Bau dieses Kraftwerkes wurde im Februar 2006 begonnen. Die Gesamtkapazität des Kraftwerkes beträgt 220 MW. Für die Realisierung dieses Projektes hat der Iran 180 Mio. US-Dollar zur Verfügung gestellt, der Anteil der tadschikischen Seite beläuft sich auf 40 Mio. US-Dollar. Die Einnahmen nach der Inbetriebnahme des Wasserkraftwerks Sangtuda 2 werden innerhalb der ersten 12,5 Jahre dem Iran gehören. Danach wird das Wasserkraftwerk das Eigentum der tadschikischen Regierung (vgl. Fergana.RU 22.08.2007). Während des letzten SCO-Treffens im August 2008 hat die chinesische Regierung mit Tadschikistan eine Vereinbarung über den Bau des Wasserkraftwerkes Nurobod 2 durch das chinesische Unternehmen Sinohydro getroffen. Die Gesamtleitung des geplanten Kraftwerkes wird 200 MW betragen (vgl. Gabuev 28.08.2008). Das andere Projekt, an welchem auch die VR beteiligt ist, ist der Bau des Wasserkraftwerkes am Fluss Zeravshan, das aber wegen Unstimmigkeiten mit Usbekistan noch in Planung ist.

Zurzeit beträgt das Fassungsvermögen der Stauseen Tadschikistans nur 25 Prozent des vieljährigen durchschnittlichen Wasserabflusses des Amudarja. Mit der Realisierung des Energieprogramms kann der Anteil auf 70 bis 80 Prozent steigen (vgl. Trouchine/Giese 2006: 35). Dadurch wächst der Machtspielraum des momentan schwachen Tadschikistan und liefert ihm ein erhebliches Druckmittel gegen seine Nachbarländer. Zudem wird Tadschikistan auch nicht mehr von usbekischen und turkmenischen Energielieferungen abhängen.

Copyrighted material

3.3.3.3.2.2 Kirgisien

Das hydroenergetische Potential Kirgisiens beträgt 142 Mrd. kWh. Das technische ist 73 Mrd. kWh, das ökonomische 48 Mrd. kWh. Die wichtigste Rolle in der kirgisischen Hydroenergetik spielen die Wasserkraftwerke, die günstige Energie produzieren. Von 15 Kraftwerken ist die sogenannte Naryn-Kaskade besonders bedeutend – ein Komplex von Wasserkraftwerken am Fluss Naryn, der neben fünf Wasserkraftwerken auch über die für Kirgisien wichtigsten Objekte der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur verfügt. Der Kern dieser „Kaskade" sind der oben angesprochene Toktogul-Stausee und das Toktogul- Wasserkraftwerk, die im Jahr 1976 in Betrieb genommen wurden. Deren Gesamtkapazität beträgt 1200 MW (vgl. Rahmatulina 2007).

Wasserkraftwerk	Fläche des Stausees (km^3)	Höhe des Staudammes (m)	Gesamtkapazität (MW)	Energieerzeugung (Mio. kWh/Jahr)
Uchkurgan	53	34	180	820
Shamaldysay	41	37	240	90
Tashkumyr	140	75	450	1700
Kurpsay	370	113	800	2630
Toktogul	19500	215	1200	4400
Kambarat 2	*70*	*60*	*360*	*1000*
Kambarat 1	*4650*	*275*	*1900*	*4580*
Toguztorau	**168,46**	**-**	**248**	**915,3**
Karabulun 2	**-**	**-**	**163**	**852**
Karabulun 1	**110**	**-**	**149**	**536**
Atbashin	**10**	**79**	**40**	**-**
Gesamt			5730	18333,3

Funktionierende Wasserkraftwerke
Wasserkraftwerke, die im Bau sind
Geplante Kraftwerke

Tabelle 12: Die Wasserkraftwerke am Fluss Naryn in Kirgisien
Quelle: Jigarev (2008: 9)

Insgesamt macht die Hydroenergie 1/5 des BIP des Landes aus – der jährliche Export der Stromenergie beträgt 2,5 Mrd. kWh. Trotzdem wird das Potential der Hydroenergie heute in Kirgisien laut den einheimischen Experten nur zu 8-9 Prozent ausgeschöpft (vgl. Rahmatulina 2007). Deswegen plant die kirgisische Regierung genauso wie

Copyrighted material

die tadschikische eine weitere Entwicklung der eigenen Hydroenergiekomplexe. Das Hauptziel der staatlichen Energiepolitik besteht in der Vergrößerung der Stromproduktion für den Export ins Ausland. Bereits jetzt exportiert Kirgisien den Strom nach Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Russland und China (vgl. Giese/Sehring 2007: 488). Sehr ambitioniert sind deswegen die Pläne bezüglich der Ausweitung der Naryn-Kasakade. Da die Privatisierung der Energieobjekte wegen geostrategischer Sicherheitsbedenken stark umstritten war, war die kirgisische Führung lange Zeit bemüht, Investoren für dieses Projekt zu finden.[103]

Im Jahr 2004 wurde eine Vereinbarung mit der russischen Energie-Holding „Inter RAO EES Russlands"[104] zum Bau der Kraftwerke Kambarat 1 und Kambarat 2 unterschrieben. Das gesamte Investitionsvolumen dieses Projektes beträgt 1,9 Mrd. US-Dollar (vgl. Olcott 2005: 195). Im Jahr 2007 billigte das kirgisische Parlament die Privatisierung der Kraftwerke am oberen Naryn Kambarat 1 und 2 von dem russischen Energieunternehmen „Inter RAO EES" und dem kasachischen KasKuat (vgl. Giese/Sehring 2007: 488). Sowohl für Russland als auch besonders für Kasachstan ist eine solche Beteiligung von geostrategischem Vorteil. Vor allem Kasachstan bekommt damit ein Mitspracherecht bei der saisonalen Abflussregulierung der gebauten Kraftwerke.

Obwohl das kirgisische Wasserenergieprogramm nicht so anspruchsvoll ist wie jenes von Tadschikistan, bedeutet es eine enorme Belastung der Wasserressourcen im Syrdarja- Becken. Dessen Abfluss wird bereits zu fast 70 Prozent durch Stauseen reguliert. Die neuen Projekte in Kirgisien würden eine nahezu 100 Prozentige Regulierung des Syrdarja-Abflusses zur Folge haben (vgl. Trouchine/Giese 2006: 44).

Die usbekische Reaktion auf die kirgisischen und tadschikischen Pläne im Hydroenergiebereich war die Erklärung über den Bau von Stauseen am Oberen Syrdarja im Fergana-Becken (Rezaksaj und Kenkul´saj, Namangan Region) mit einem Gesamtvolumen von 910 Mio. m^3 (vgl. Trouchine/Giese 2006: 41). Ähnliche Absichten hat auch Kasachstan geäußert.

103 Kirgisien besitzt selbst keine Mittel für den Ausbau seines Hydroenergiesektors und ist deswegen auf die ausländischen Investoren angewiesen.

104 Nach der Umstrukturierung des RAO EES ist diese Abteilung für den Import und Export des Stroms zuständig.

Copyrighted material

3.3.3.4 Eskalationsgefahr bei den zwischenstaatlichen Konflikten

Die Wasserkonflikte auf der zwischenstaatlichen Ebene sind grundsätzlich weniger eskalationsträchtig als diejenigen auf der innerstaatlichen. Die Staaten tendieren eher zu einer Kooperation, da sie nicht bereit sind, die Kosten eines Krieges zu tragen, oder da diese Kosten den potentiellen Nutzen der Parteien weitaus übersteigen (vgl. Houdert 2008:5). Inwieweit aber die gewalttätige Lösung doch von den Staaten in Kauf genommen werden kann, zeigt der Verwundbarkeitsgrad der zentralasiatischen Länder gegenüber dem Wasser auf. Je größer die Vulnerabilität der Staaten in Bezug auf das Wasser ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Regierungen beim Ausbleiben des Kompromisses ihre vitalen Interessen entschlossener verteidigen werden.

Die Vulnerabilität ist ein „Ausgesetzt-Sein", ein Zustand eines Individuums oder einer Gruppe gegenüber plötzlichen Ereignissen und den Schwierigkeiten, damit umzugehen. Sie weist zwei Seiten auf: eine äußere Seite von Risiken, plötzlichen Ereignissen und Stress, und eine innere Seite, die durch mangelnde Abwehrfähigkeit gekennzeichnet ist, insbesondere durch ein Defizit an Potentialen zur Vermeidung von Schäden oder Verlusten (WGBU 1998: 196).

Das Niveau der Vulnerabilität eines Landes gegenüber Wasserknappheit ergibt sich daraus, welche potentiellen Gefährdungen aus einer großen Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung vom Wasser entstehen könnten (vgl. Klötzli 1997: 214). Diese Abhängigkeiten bergen ein Konfliktpotential bezüglich der Verteilung des Wassers in sich. Die Evaluation der Verwundbarkeit eines Landes oder einer Region gegenüber der Wasserknappheit lässt sich anhand einiger quantitativer Indikatoren einschätzen. Die Vulnerabilitätsindikatoren sind wichtige Kriterien für die Bestimmung der Konfliktträchtigkeit des Wassers.

In Anlehnung an Peter H. Gleick (vgl. Gleick 1993) werden in dieser Arbeit folgende Indikatoren untersucht und bewertet:

- *die Wasserverfügbarkeit pro Kopf der Bevölkerung*
- *die Abhängigkeit eines Landes oder einer Region von Wasserressourcen, die jenseits der Grenzen ihren Ursprung haben*
- *die Bedeutung der Wasserkraft für die Energieversorgung des jeweiligen Landes*

Nach der Klassifizierung von Falkenmark (vgl. Falkenmark 1982) kann die Wasserknappheit auf Grundlage der pro Jahr und Einwohner

Copyrighted material

vorhandenen Wassermengen gemessen werden. Wenn der einzelne Mensch über 1000 bis ca. 1700 m³ pro Jahr verfügt, so spricht man von einer Wasserarmut. Bei einer Verfügbarkeit von weniger als 1000, aber mehr als 500 m³ pro Jahr hat man es mit einem chronischen Wassermangel zu tun. 500 m³ pro Jahr ist das Minimum, das für eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entfaltung erforderlich ist (vgl. Ediger 1997: 30 f.). Wenn man diesen Indikator – die *Wasserverfügbarkeit der Bevölkerung pro Kopf* – in Bezug auf Zentralasien überprüft, so liegt die gesamte Wasserverfügbarkeit in den Ländern des Aralseebeckens über der als kritisch betrachteten Grenze.[105]

Land	Interne erneuerbare Wasserressourcen (Oberflächenwasser und Grundwasser)	Tatsächliche erneuerbare Wasserressourcen (inkl. Zu- und Abflüsse anderer Länder)				
	2005 (km³)	Total 2005 (km³)	Pro Kopf 2007 (m³)	Abhängigkeits-Quotient 2005 (Prozent)*	Wasserentnahme 2000 (m³)	
					Total	Pro Kopf
Kasachstan	75	110	7,405,1	31	35,008	2,238
Kirgisien	47	21	3,821,0	0	10,080	2,048
Tadschikistan	66	16	2,391,5	17	11,962	1,965
Turkmenistan	1	25	4,978,9	97	24,645	5,308
Usbekistan	16	50	1,841,7	77	58,334	2,342

*Der Abhängigkeitsquotient ist ein Prozentanteil der Abhängigkeit des Landes von Wasserressourcen, die ihren Ursprung außerhalb seiner Grenzen nehmen.

Tabelle 13: Wasserverfügbarkeit in Zentralasien
Quelle: WRI 2005, WRI 2007, eigene Erstellung

Wenn man aber nur die endogenen Wasserressourcen als Kriterium der Wasserverfügbarkeit betrachtet, so entstehen in der zentralasiatischen Region erhebliche länderspezifische Differenzen. In den Gebirgsstaaten Kirgisien und Tadschikistan sind reiche endogene Wasserressourcen vorhanden. Beide Staaten liegen am Oberlauf von Amudarja und Syrdarja. Die Wasserlage in Usbekistan und Turkmenistan sowie in südlichen Provinzen von Kasachstan liegt hingegen unter dem empfohlenen Limit. Die Abhängigkeit von exogenen Wasserressourcen beträgt in Turkmenistan etwa 98 Prozent und in Usbekistan 91 Prozent (vgl.

105 Die Mindestmenge für das Funktionieren der Wirtschaft eines entwickelten Landes liegt bei 1000 m³.

Copyrighted material

Libiszewski 1996: 123). Diese Staaten liegen am Unterlauf der beiden Flüsse und sind auf den „Wasserimport" aus den Nachbarstaaten angewiesen. So kommt man zum zweiten Kriterium bei der Bewertung der Vulnerabilität eines Landes – zur *Abhängigkeit dieses Landes von Wasserressourcen, die außerhalb seiner Grenzen ihren Ursprung haben.* Dieser Indikator gibt den Anteil des „importierten" Wassers an der gesamten Wasserverfügbarkeit an. Wie schon zuvor erwähnt wurde, sind vor allem Usbekistan und Turkmenistan von der Wasserzufuhr aus den Obenanliegerstaaten Kirgisien und Tadschikistan abhängig, die für die Landwirtschaft essenziell wichtig ist (S. Abbildung 3a, Tabelle 13). Das Verhältnis von Wassernachfrage und –angebot gibt an, wie nachhaltig die Wassernutzung ist. Eine kritische Grenze wird bereits erreicht, wenn die Nachfrage die verfügbaren erneuerbaren Ressourcen um ein Drittel übersteigt. Vor allem in Usbekistan und Turkmenistan findet eine permanente Übernutzung der Wasserressourcen insbesondere in trockenen Jahren (1999-2002) statt (vgl. Oelschläger 2006: 28). Laut den Berechnungen, die noch zu den Sowjetzeiten gemacht wurden, hätten z. B. Usbekistan die eigenen Wasserressourcen sogar unter strengen Einsparungsmaßnahmen nur bis zum Jahr 2005 gereicht. Die wirtschaftliche Rezession nach dem Zusammenbruch der UdSSR hat einen Rückgang beim Wasserverbrauch in den Ländern bedingt. Das Schmelzen der Gletscher von Pamir und Tianshan wegen der globalen Klimaänderung hat das Auftreten des starken Wasserdefizits in der Region weiter verzögert. Bis zum Jahr 2020, nachdem die Gletscher den großen Umfang des Wassers, das ins Amudarja und Syrdarja fließt, verlieren, wird sich der Wassermangel in der Region verschärfen. In Usbekistan, wo schon heute 6,3 ha Fläche pro Kopf bewässert werden, wird es mit der Zeit immer schwerer sein, die neuen Flächen zu bewässern, um die steigende Bevölkerungszahl zu ernähren (vgl. Kudrjashov 11.06.2006).

So lässt sich konstatieren, dass die ersten zwei Indikatoren auf eine hohe Vulnerabilität von Usbekistan, Turkmenistan sowie den südlichen Provinzen von Kasachstan gegenüber Wasserknappheit hinweisen.

Der dritte in die Bewertung der Vulnerabilität gegenüber Wasserknappheit einbezogene Indikator – *die Bedeutung der Wasserkraft für die Energieversorgung eines Landes* – weist hingegeben auf die Betroffenheit der Oberanliegerstaaten (Kirgisien und Tadschikistan) hin. Die Hydroenergie macht in diesen Republiken über 50 Prozent an der gesamten Energieproduktion aus. Es entfallen ca. 60 Prozent des hydroenergetischen Potentials Zentralasiens auf Tadschikistan und ca. 30 Prozent auf Kirgisien. In diesen beiden Ländern ist die Wasserenergie der wichtigste

Copyrighted material

Bestandteil der Energiebilanz (vgl. Trouchine/Giese 2006:5). Bei dem dritten Indikator lässt sich eine Vulnerabilität der Oberanliegerstaaten feststellen. Da es sich aber um die Nutzung der endogenen Wasserressourcen handelt, ist der Verwundbarkeitsgrad gegenüber dem Wasser in den Oberanlieger niedriger als der von den Unteranliegern.

Die Analyse der drei ausgesuchten Indikatoren weist auf gegenseitige Abhängigkeiten und dementsprechend auf Vulnerabilität der zentralasiatischen Staaten gegenüber Wasserknappheit hin. Die Staaten am Oberlauf sind von der Hydroenergie abhängig, verfügen aber über die Regulierungsmechanismen von Amudarja und Syrdarja. Die Staaten am Unterlauf verfügen über nicht ausreichend endogene Wasserressourcen, sind aber durch politische und wirtschaftliche Stärke gekennzeichnet. Die gegenseitige Verletzbarkeit kann einerseits als ein mäßigender Faktor angesehen werden, wodurch die gewalttätige Eskalation der Situation vermieden werden könnte. Andererseits trägt das Vorhandensein der großen gegenseitigen Vulnerabilität zur regionalen Spannung bei und kann irrationales Verhalten der regionalen Akteure hervorrufen.

Copyrighted material

4 Ansätze zur Entschärfung des regionalen Konfliktpotentials

Man kann im Allgemeinen zwischen drei Lösungsansätzen zur Behebung der Wasserkrise unterscheiden (vgl. Klötzli 1996: 279 ff.). Der erste sieht eine Steigerung des Wasserangebots z. B. mittels der Erschließung neuer Wasserressourcen vor. Der zweite Ansatz beabsichtigt, die Nachfrage der Wassernutzer z. B. durch die Effizienzsteigerung zu steuern. Der dritte Ansatz hat an sich das Ziel, eine quantitative Verbesserung der sozioökonomischen und ökologischen Lebensbedingungen zu leisten.

Bei der Steigerung des Wasserangebots handelt es sich hauptsächlich um technologische Großprojekte zur Wasserumleitung aus anderen hydrologischen Einheiten. Im Fall Zentralasiens ist es die Diskussion über die Umleitung der sibirischen Flüsse, die mit einer gewissen Häufigkeit thematisiert und sowohl von den Fachleuten als auch in den Medien stark diskutiert wird. Dieses Projekt erscheint aber eher als eine politische Spekulation denn als ein realer Ansatz. Allein die Kosten des Projektes belaufen sich auf astronomische Zahlen. Einigen Schätzungen zufolge werden die Gesamtkosten ein Minimum von etwa 300 Mrd. US-Dollar aufweisen (vgl. Zenkovitsch 17.09.2003).

Bei der Steuerung der Nachfrage der Wassernutzer werden häufig ökonomische Instrumente wie die Einführung des Wasserpreises angewendet. Und schließlich legt der dritte Lösungsansatz den Fokus auf die speziell regionalen Probleme, auch auf solche wie Gesundheitsversorgung, Desertifikationsbekämpfung und mikroklimatische Veränderungen. Was bei diesen Überlegungen wichtig bleibt, ist die Frage nach der Durchführbarkeit aller Ansätze bzw. nach der Möglichkeit der politischen wirtschaftlichen und technischen Umsetzung.

Mit den Problemen der Wasserknappheit bzw. mit der Suche nach einer Lösung sind hauptsächlich die Entwicklungsländer konfrontiert. Deswegen geht es bei der Lösung von Wasserknappheitsproblemen darum, Mittel und Wege zu finden, die knappe, lebensnotwendige Ressource „optimal" zu nutzen und zu verteilen, das heißt, es geht um die optimale Verteilung von Knappheit (vgl. Huppert 2005: 16). Im Rahmen dieser Arbeit wird das Konzept des Integrierten Wasserressourcen Managements (IWRM) behandelt und dessen Anwendbarkeit in Bezug auf Zentralasien untersucht. Dieses Konzept schließt den

Copyrighted material

zweiten und den dritten Lösungsansatz ein und bietet eine systematische Herangehensweise für die Lösung von Wasserproblemen.[106]

4.1 Das Konzept des Integrierten Wasserressourcen-Managements als Lösungsansatz für die nachhaltige Ressourcennutzung in Zentralasien

Der Ansatz des integrierten Wasserressourcen-Managements (IWRM) übersetzt das Konzept nachhaltiger Entwicklung in die Wasserpolitik und beachtet dabei die drei Dimensionen des Nachhaltigkeitskonzept: die ökologische, ökonomische und soziale Dimension der Wassernutzung (vgl. Rechkemmer/Schmidt 2006: 60). Das Konzept wurde mit den Dublin Prinzipien (1992) und der Agenda 21 (1992) auf internationaler Ebene als neuer wasserpolitischer Konsens verankert und ist seitdem auf zahlreichen internationalen Konferenzen und in verschiedenen Deklarationen bestätigt worden (vgl. Viertes Werkstattgespräch 2005). Neben internationalen Konferenzen wird IWRM auch von der Weltbank, von Global Water Partnership und den Vereinigten Nationen propagiert (vgl. Kulge 2005: 31).

4.1.1 Die Richtlinien des IWRM

Das Konzept des IWRM strebt eine ganzheitliche Bewirtschaftung des Wassers an, in der die territorialen, ökologischen, institutionellen, sozialen sowie ökonomischen Prinzipien berücksichtigt werden müssen. Die Wasserressourcen sollen dem Konzept nach übersektoral (integriert), partizipativ und sozial gerecht genutzt werden (vgl. Neubert/Herrfahrdt 2005: 237). Die entscheidenden Punkte des IWRM- Konzeptes sind:

- **Wassereinzugsgebiete** sind die entscheidenden Planungs- und Bewirtschaftungseinheiten.
- Die Flussgebiete sollen **integrativ** betrachtet und **durch einen ökosystemaren Managementansatz bewirtschaftet** werden.
- Mit dem IWRM-Konzept wird ein **interdisziplinärer** Ansatz verfolgt, bei dem neben Hydrologie und Ingenieurswissenschaften der Ökonomie, Ökologie und den **Gesellschaftswissenschaften**

106 An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass im Rahmen der vorliegenden Arbeit die politische Dimension bzw. Voraussetzung für Kooperation und Integration beim IWRM-Konzept behandelt wird. Auf die technischen und ingenieurwissenschaftlichen Seiten der Umsetzung des IWRM-Konzeptes wird in der Arbeit nicht eingegangen.

Copyrighted material

bei der Abwägung von Bewirtschaftungsalternativen eine wichtige Rolle zukommt.
- Die Entwicklung von **partizipativen** Kooperationsstrukturen, in denen gesellschaftliche Gruppen und private Akteure (Stakeholder) mit ihren unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Interessen vertreten sind (vgl. Neubert/Herrfahrdt 2005: 238). Die Aufgabe von Entscheidungsträgern besteht darin, diese Partizipation auf allen Ebenen möglich zu machen.

Die grundlegenden Ziele des Integrierten Wasserressourcen-Managements sind also ökologische Nachhaltigkeit, wirtschaftliche Effizienz, Gerechtigkeit und partizipative Entscheidungsfindung (vgl. v. Edig/v. Edig 2005: 138). Ganz zentral für den IWRM-Ansatz ist die Frage von sozialer Gerechtigkeit, die bei der Umsetzung des Ansatzes (z. B. im Fall von der Einführung der ökonomischen Instrumente (Nachfragesteuerung, Wasserpreisen etc.) berücksichtigt werden soll.

4.2 Die regionale Kooperation als Voraussetzung für die Umsetzung des IWRM-Konzeptes in Zentralasien

Nach Huppert (2005) sind für das Verständnis des IWRM-Konzeptes zwei Teilbegriffe entscheidend: „Integration" und „Management". Man kann im Allgemeinen drei Sektoren der Integration im Sinne des IWRM erkennen (vgl. Huppert 2005: 18-19) Das sind a) intersektorale Integration, in der verschiedene Ressourcen- und Wassernutzungsbereiche im Sinne eines sektorübergreifenden Managements bewirtschaftet werden, z. B. auf der Ebene des Flusseinzugsgebiets zwischen den Wasserbehörden verschiedener Anrainerstaaten, b) intrasektorale Integration, in der verschiedene Managementaspekte innerhalb des Wassersektors integriert werden, und c) die Integration verschiedener Entscheidungsebenen und administrativer Zuständigkeiten. Pauschal kann man diese Sektoren als ökologische, sektorale und regulative Integration definieren (vgl. Herrfahrdt et al. 2006). Beim „Management" spielen vor allem die Koordinationsmechanismen bzw. die Wirksamkeit der Institutionen eine entscheidende Rolle. Die erfolgreiche Umsetzung des IWRM hängt also stark vom effizienten Zusammenwirken der Integrationsmechanismen und institutionellen Rahmenbedingungen ab.

Alle drei Sektoren der Integration setzen Kooperationswillen zwischen allen Entscheidungsträgern voraus. Eine unmittelbare Voraussetzung des IWRM besteht also darin, dass Lösungen zur Bewirtschaftung der Wasserressourcen im Konsens gefunden werden müssen, wofür die Kooperation zwischen den beteiligten Akteuren und Sektoren essenziell wichtig ist

Copyrighted material

(vgl. v. Edig/v. Edig 2005: 145). Die Koordinations- bzw. Kooperationsprobleme, die aus der Integration unterschiedlicher Sektoren und Interessengruppen entstehen, sind aber „ein neuralgischer Punkt" (vgl. Huppert (Hrsg.) 2005: 10) bei der Umsetzung des IWRM-Konzeptes im Allgemeinen und in den Entwicklungsländern im Einzelnen. Die zentralasiatische Region bildet dabei keine Ausnahme. Die Kooperations- bzw. Koordinationsschwierigkeiten, die sowohl auf der zwischenstaatlichen Ebene als auch auf der innerstaatlichen Ebene vorhanden sind, bilden ihrerseits den wichtigsten Kern der Lösungsproblematik der Wasserkonflikte in Zentralasien. Einen weiteren Problempunkt stellt die schwache Institutionalisierung des Wassersektors dar, dessen Ohnmacht aus dem mangelhaften Kooperationswillen der zentralasiatischen Akteure resultiert. Das institutionelle System in Zentralasien wurde zum großen Teil von den sowjetischen Bewirtschaftungsstrukturen übernommen. Es ist deswegen zentralistisch geprägt und durch Ineffizienz gekennzeichnet. Die Kooperationsunstimmigkeiten sowie die unterentwickelten Institutionen zwischen den Staaten machen die Umsetzung des IWRM- Konzeptes in Zentralasien durchaus schwierig.

In den Abschnitten 4.2.1 sowie 4.2.2 wird diese Problematik untersucht. Im Abschnitt 4.2.1 geht es um die „Integration" bzw. um die Kooperations- und Koordinationsprobleme in Zentralasien, die anhand der zwei Konfliktfallbeispiele behandelt werden (s. Abschnitt 3.3). Im Abschnitt 4.2.2 wird die Problematik des „Managements" im Sinne der institutionellen Struktur analysiert. Dabei handelt es sich um zwei zentrale zwischenstaatliche Flusswassereinzugsbehörden (BVO Amudarja und BVO Syrdarja), die für die Verteilung des Wassers zwischen den Staaten zuständig sind.

4.2.1 Problematik der politischen Kooperation zwischen den regionalen Akteuren

Die Integration im Rahmen des IWRM kann im Sinne der Koordination bzw. Kooperation verstanden werden und durch Koordination bzw. Kooperation erreicht werden (vgl. Huppert 2005: 18) In der vorliegenden Arbeit wird dieses Postulat übernommen und in Bezug auf Zentralasien angewendet.

Wie schon oben angesprochen wurde, sind die zentralasiatischen Staaten geschichtlich und geographisch eng miteinander verbunden. Die emanzipatorischen Vorgänge, die nach dem Zusammenbruch der UdSSR die Staaten- und Nationenbildungsprozesse in Zentralasien ausgelöst haben, haben zu der Politik der Abgrenzung zwischen den Staaten geführt. Ungeachtet der Tatsache, dass die zentralasiatischen

Copyrighted material

Republiken über die Mitgliedschaft in solchen internationalen Organisationen wie die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG)[107] oder die Shanghai Cooperation Organisation (SCO)[108] verfügen, haben die Staaten erhebliche Schwierigkeiten damit, kollektive Entscheidungen zu treffen, obwohl der Kooperationsbedarf in vielen Bereichen, vor allem bei der Bekämpfung der Risiko- und Sicherheitsfaktoren, die die regionale Stabilität gefährden, spürbar ist. Es handelt sich vor allem um die Kooperation im wirtschaftlichen Bereich und gemeinsame Überwindung von Folgen der sowjetischen Planwirtschaft, die Kooperation in der grenzüberschreitenden Bekämpfung von islamistischen Terrorgruppen, die Kooperation in der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Drogenhandels und natürlich die Kooperationsbereitschaft in den zwischenstaatlichen Verteilungskonflikten um das Wasser.

Bis jetzt zeigen die zentralasiatischen Führungen keinen großen regionalen Kooperationswillen. Im Unterschied zu den Integrationsprozessen in Europa erfolgt die Kooperation zwischen den zentralasiatischen Akteuren nicht aufgrund eines Bekenntnisses zu einer kulturellen oder geschichtlichen Verbundenheit und auch nicht aufgrund der Förderung des Gemeinwohls der Region. Die zwischenstaatlichen Beziehungen tragen eher einen pragmatischen Charakter, und basieren ausschließlich auf dem Nationalinteresse. Im Gegensatz zu dem europäischen Interdependenzverständnis, das kooperationsfördernd ist, streben die Staaten der Region in der ökonomischen und politischen Hinsicht eine Autarkie an. Die Staaten legen sehr viel Wert auf nationale Souveränität und „erkämpfte" Unabhängigkeit. Deswegen löst die Integrationsperspektive im regionalen Rahmen bei ihnen häufig eine ablehnende Reaktion aus, da diese nicht bereit sind, einen Teil ihrer Souveränität und Machtkompetenzen an die zwischenstaatlichen Institutionen zu delegieren.

In Abhängigkeit von der Problemstruktur der Verteilungsprobleme in Bezug auf Wasser kann zwischen Koordinationsproblemen und Kooperationsproblemen unterschieden werden (vgl. Dombrowsky 2005: 63). Im Rahmen dieser Arbeit wird die Koordinations- und Kooperationsproblematik anhand zweier Konfliktbeispiele auf der zwischenstaatlichen Ebene, die in Kapiteln 4.2.1.1 und 4.2.1.2 angesprochen wurden, untersucht.

107 Die Mitglieder der EAWG sind: Weißrussland, Russland, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan. Den Beobachterstatus haben Armenien, Moldova und die Ukraine. Turkmenistan ist aufgrund seiner Neutralitätsdoktrin kein Mitglied der Organisation.

108 Die Mitglieder der SCO sind: China, Russland, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan. Den Beobachterstatus haben: Indien, der Iran, die Mongolei und Pakistan. Turkmenistan ist aufgrund seiner Neutralitätsdoktrin kein Mitglied der Organisation.

Copyrighted material

4.2.1.1 Das Koordinationsproblem

Wenn es sich um Koordinationsprobleme handelt, deren Ursache der Wille der Akteure zur Kooperation ist, so sind Vereinbarungen entscheidend. Als theoretisches Beispiel kann der Bau bzw. die Nutzung eines Staudammes (Stausees) dienen,[109] da im Wasserressourcen-Management insbesondere die Bereitstellung gemeinsam genutzter wasserwirtschaftlicher Infrastruktur oft die Struktur eines Koordinationsproblems aufweist (vgl. Dombrowsky 2005: 65). Außerdem ist die Stauseeproblematik leicht auf die zentralasiatische Dimension[110] übertragbar.

Angenommen, ein Fluss (im diesem Fall Syrdarja) fließt durch zwei Länder. Das Land A (Kirgisien oder Tadschikistan) ist hochgebirgig und befindet sich am Oberlauf; das Land B (Usbekistan oder Kasachstan) ist flach, befindet sich am Unterlauf, leidet unter Überflutungen des Flusses (Kasachstan) und ist sehr von der Bewässerungslandwirtschaft abhängig (Usbekistan). Im Land A ist die Absicht der Nutzung des Flusses für Energiegewinnung vorhanden, das Land B ist umgekehrt reich an fossilen Energievorkommen und beabsichtigt die Nutzung des Staudammes für die bessere Flussregulierung und für die Nutzung des Wassers für landwirtschaftliche Zwecke. Daraus folgt, dass sowohl das Land A als auch das Land B an der Nutzung des Staudammes interessiert sind: das Land A an der Entwicklung der Wasserkraft und das Land B an der besseren Flussregulierung für die Vermeidung der weiteren Überflutungen der eigenen Flächen und an der Nutzung des Wassers für die Landwirtschaft. Die Koordinationsprobleme entstehen bei den Überlegungen bezüglich der Kosten- und Nutzenaufteilung, die aus dem Bau bzw. der Nutzung des Staudammes für beide Länder resultieren. In dem Zusammenhang können verschiedene Koordinationsszenarien entstehen, entscheidend ist aber, dass beide Akteure zur gegenseitigen Kooperation bereit sind!

Im Fall der Nutzungsregime der Stauseen in Zentralasien ist es wichtig, gemeinsame wirkungsvolle Vereinbarungen zu treffen, die für beide Seiten als mehr oder weniger gerecht erscheinen. Dabei spielen bei der Kosten-Nutzen-Kalkulation die Ausgleichmechanismen eine entscheidende Rolle. Als übertragbare Lösung für Zentralasien kann die Kompensationsbasis Rohstoffe gegen Wasser dienen. Das Land B (Usbekistan oder Kasachstan) kann mehr Wasser entnehmen, wenn es das Land A (Kirgisien oder Tadschikistan) für das Wasser entweder bezahlt oder diesem als Kompensation Energieträger liefert, damit das

109 Vgl. Dombrowsky (2005), Abschnitt 2.1.

110 Z. B. Usbekistan vs. Kirgisien; Kirgisien vs. Kasachstan, Tadschikistan vs. Usbekistan.

Copyrighted material

Land A auf die Entwicklung der eigenen Hydroenergie verzichtet.

Nur wenn beide Parteien die Vereinbarungsprinzipien als gerecht empfinden, werden sie für deren Umsetzung plädieren. Im Fall der Unter-Oberanlieger-Problematik in Zentralasien spielt das Problem der Gerechtigkeit in Fragen der Nutzungsregime von tadschikischen oder kirgisischen Wasserkraftwerken eine entscheidende Rolle. Den Streitpunkt stellen vor allem die Diskussionen um die Preise der Energielieferungen dar. Kirgisien will seinen Strom an Usbekistan und Kasachstan, der in Wasserkraftwerken produziert wird, für den Preis verkaufen, als wäre der Strom in Wärmekraftwerken produziert. Damit will Kirgisien einen Ausgleich zu den Lieferungen der fossilen Energieträger aus Usbekistan und Kasachstan in der Winterzeit schaffen. Der Strom, der in den Wasserkraftwerken produziert wird, kostet 3- bis 4-mal weniger als der aus den Wärmekraftwerken (vgl. Sokolov 09.08.2008). Kasachstan und Usbekistan wollen damit den kirgisischen Strom nicht für einen höheren Preis kaufen. Da aber Kirgisien und Tadschikistan alle Betriebskosten für die Nutzung der Infrastrukturobjekte tragen, könnte es als gerechter Ausgleich dienen. Wichtig ist bei der Lösung der Koordinationsprobleme die Kompromissbereitschaft beider Seiten. Wenn eine Einigung bei den Interessendifferenzen erreicht wird, liegt es im Interesse beider Länder, die Umsetzung der Vereinbarungen zu unterstützen.

4.2.1.2 Das Kooperationsproblem

Die Probleme um die Kooperation entstehen hauptsächlich wegen der Nutzung bzw. Verteilung der Wasserressourcen unter verschiedenen Akteuren. Dieses Kooperationsproblem der Nutzung der vorhandenen Wasserressourcen kann im Sinne eines Gefangenendilemmas[111] interpretiert werden, z. B. wenn beide Parteien gleichzeitig mehr Wasser aus einer gemeinsamen Wasserquelle unter Knappheitsbedingungen entnehmen.

Das Gefangenendilemma zeichnet sich durch zwei Merkmale aus. Das erste Merkmal besteht darin, dass beide Akteure eine dominante Strategie verfolgen. Das zweite Merkmal ist die Tatsache, dass die Verfolgung der dominanten Strategie zu einem ineffizienten Ergebnis führt (vgl. Keck 1997: 39). Das Gefangenendilemma ist leicht auf die Wasserkonflikte bei dem Ausbleiben des Kooperationswillens zu übertragen. Es wird damit der Versuch unternommen, das

111 Es handelt sich um Situationen, die zeigen, wie individuell rationale Entscheidungen zu kollektiv schlechteren Ergebnissen führen können.

Copyrighted material

Gefangenendilemma in Bezug auf Verteilungskonflikte um das Wasser in Zentralasien anhand des Konfliktbeispiels zwischen Usbekistan und Turkmenistan anzuwenden.

Angenommen zwei homogene Länder, das Land A (Usbekistan) und das Land B (Turkmenistan), verfügen über eine gemeinsame Wasserquelle (den Fluss Amudarja). Die Länder (A und B) haben einen hohen Wasserverbrauch, da deren wichtigster Wirtschaftzweig die Landwirtschaft ist. Beide Länder müssen sich zwischen einer niedrigen und einer höheren Wasserentnahme entscheiden. Nach dem Gefangenendilemma entscheidet sich jeder Akteur für eine größere Entnahme, obwohl die Entnahmen der beiden Länder voneinander abhängig sind, denn sobald mindestens ein Land sehr viel Wasser entnimmt, überschreitet die Gesamtentnahme das erneuerbare Angebot (vgl. Dombrowsky 2005: 65-66). Daraus entstehen bestimmte Kosten, wie z. B. Pumpkosten, die Erschließung von neuen Wasserquellen etc. In unserem Fallbeispiel handelt es sich um die ökologischen Folgen der Austrocknung des Aralsees, der Bodendegradation sowie um die daraus entstehenden sozialen Konflikte unter der Bevölkerung. Die „Kosten" stellen für beide Staaten eine Belastung dar.

	Land B: Niedrige Wasserentnahme	**Land B: Hohe Wasserentnahme**
Land A: Niedrige Wasserentnahme	5:5	2:7
Land A: Hohe Wasserentnahme	7:2	3:3

Tabelle 14: Das Gefangenendilemma bei der Wasserverteilung
Quelle: eigene Darstellung; Dombrowsky (2005: 66)

Die Verhaltensstrategie der Staaten ist voneinander abhängig: Bei der Entscheidung zwischen einer hohen und einer niedrigen Entnahme wird jedes Land überlegen, in welcher Weise sein Nutzen von dem abhängt, was das andere Land tut. Analysieren wir zunächst das Verhalten von Land A. Wenn das Land A davon ausgeht, dass das Land B sich für eine niedrigere Entnahme entscheidet, so wird der Nutzen für das Land A „**7**" Einheiten betragen, wenn es die hohe Entnahme wählt, und „**5**" Einheiten, wenn das Land A sich auch für eine niedrigere Entnahme entscheidet. Im ersten Fall ist der Nutzen für das Land A größer (**7 > 5**). Deswegen ist die hohe Wasserentnahme die beste Wahl für das Land A. Entscheidet sich das Land B für eine höhere Wasserentnahme, beträgt der Nutzen für das Land A „**3**" Einheiten, wenn das

Copyrighted material

Land A auch die hohe Entnahme vorzieht, und „**2**" Einheiten, wenn das Land A die niedrige Entnahme wählt. Diesmal ist der Nutzen für das Land A im ersten Fall größer (**3 > 2**) als in dem zweiten. Daraus ergibt sich: Egal, welche Entscheidung das Land B trifft, es ist für das Land A besser, sich für die hohe Wasserentnahme zu entscheiden.

Die hohe Wasserentnahme ist damit die dominante Strategie, die auch das Land B teilen wird. Das heißt: Man kann die Situation durch den einseitigen Wechsel nicht ändern. Daraus resultiert ein Postulat für beide Akteure: Egal, was das Land B tut, es ist für das Land A immer besser, nicht zu kooperieren! Der Konflikt zwischen Usbekistan und Turkmenistan ist ein empirisches Beispiel des Kopperationsproblems im Sinne des Gefangenendilemmas in den zentralasiatischen Wasserverteilungskonflikten. Die Entscheidungen über die größere Wasserentnahme sowie über die Erweiterung der Bewässerungsflächen werden ohne Abstimmung mit dem Nachbarstaat getroffen. Turkmenistan baut einen riesigen See, wobei das Land mehr Wasser aus Amudarja entnimmt. Darunter leidet die usbekische autonome Republik Karakalpakstan, die noch weniger Wasser entnimmt, geschweige denn der Aralsee, dessen Austrocknung weiter voranschreiten wird. Die gegenseitigen Antagonismen machen die Kooperation bei der Lösung der Wasserkonflikte unmöglich. Damit wird der Umfang des ökologischen Desasters besonders in den Grenzgebieten[112] weiter steigen, was im Endeffekt zweifellos beiden Staaten schadet.

4.2.2 Problematik der intersektoralen Integration

Für einen guten Umgang mit Wasser sind politische, institutionelle und ökonomische Reformen entscheidend. Eins der zentralen Probleme für das IWRM stellen die schwachen Institutionen dar, die die sektorale Integration beinträchtigen. Die schwach entwickelten Institutionen, der Mangel an Ressourcen und technischem Know-how machen es besonders für die Entwicklungs- und Transformationsländer sehr schwer, die IWRM- Prinzipien umzusetzen.

Das institutionelle System und die Regelwerke des Wassersektors in Zentralasien sind die Fortsetzung der bisherigen administrativen sowjetischen Strukturen, als die Wasserpolitik zentral in Moskau verwaltet wurde. Zu Sowjetzeiten wurde das Wasser anhand der hydrologischen und nicht administrativen Grenzen der Teilrepubliken bewirtschaftet. Für die bessere Koordination der Wasserverteilungspolitik wurden zwei zwischenrepublikanische Institutionen ins Leben gerufen: BVO

112 Usbekische autonome Republik Karakalpakstan und turkmenische Provinz Daschhowuz.

Copyrighted material

Amudarja (für das Flusseinzugsgebiet von Amudarja) und BVO Syrdarja (für das Flusseinzugsgebiet von Syrdarja). Die administrativen Grenzen zwischen den Teilrepubliken stellten kein Hindernis für die Wasserverteilungsfragen dar, da diese eher eine nominale Bedeutung hatten. Die sowjetische Wasserpolitik in Zentralasien war auf die sowjetische Gesamtwirtschaft gerichtet und nicht auf die Interessen der Teilrepubliken.

4.2.2.1 Die Tätigkeit der zentralasiatischen BVO

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden alte Abkommen über die Wasserverteilung offiziell bestätigt (vgl. Wegerich 2005: 201). Für die bessere Koordination der beiden BVOs wurde 1992 von fünf zentralasiatischen Republiken das Abkommen zum gemeinsamen Management und zum Schutz grenzüberschreitender Wasserressourcen abgeschlossen und zusätzlich ein zwischenstaatliches Koordinationskomitee für Wasserressourcen (ICWC)[113], das den Wasserverbrauch und die Gewässerverschmutzung kontrolliert, gegründet (vgl. Klötzli 1997: 267). Das Almaty- Abkommen, das die Tätigkeit des ICWC reglementiert, besagt, dass, bis eine neue Vereinbarung zustande kommt, das alte sowjetische Verteilungssystem übernommen werden sollte. Das heißt: Die alten Verteilungsmuster zugunsten der Bewässerungswirtschaft werden beibehalten.

Die Flusseinzugsbehörde (BVO) – „Amudarja" und „Syrdarja" – gelten als zwei auf die Wasserbeckenbereiche bezogene Exekutivorgane der Kommission.[114] Die wichtigsten Aufgaben dieser internationalen Institutionen bestehen in der Bestimmung der Wasserwirtschaftpolitik in der Region und in der jährlichen Erarbeitung und Festlegung von Limits des Wasserverbrauchs für jede Republik und für jede Region unter Abstimmung mit den nationalen Wasserministerien (vgl. Klötzli 1996: 267). Das heißt: Die wichtigsten Funktionen der BVOs sind die Ausübung der Kontrolle über die Wasserbauanlagen und die Schlichtung von Streitigkeiten um Wasserlimits. In Einzelfällen kann die BVO sogar eine Vermittlerrolle bei grenzüberschreitenden regionalen Verteilungsproblemen spielen und als neutrale Stelle Protokolle zwischen Streitparteien vereinbaren.

Das Einrichten der zwischenstaatlichen Koordinationsorgane sollte dazu dienen, kollektiv und kooperativ Entscheidungen in den

113 Interstate Commission for Water Coordination

114 Außer zwei BVO verfügt die ICWC über ein Sekretariat, ein wissenschaftliches Informationszentrum und über ein meteorologisches Koordinationszentrum.

Copyrighted material

Wasserfragen zu treffen. Dafür muss die Tätigkeit der beiden BVOs transparent und offen sein. Nur in diesem Fall kann eine effiziente gemeinsame Wasserpolitik betrieben werden. Dies ist leider nicht immer der Fall. Vor allem in den Fragen der Entnahmenquoten herrscht eine Atmosphäre des Misstrauens vor.

Am 12. März 1987 wurden die Kontingente für den Amudarja festgelegt, denen Kirgisien, Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan zustimmten.[115]

Land	Kontingent (km^3/Jahr)	Anteil (Prozent)
Usbekistan	29,6	48,2
Tadschikistan	9,5	15,4
Kirgisien	0,4	0,6
Turkmenistan	22,0	35,8
Stromabwärts der Abflussstelle von Kerki		
Usbekistan	22,0	50
Turkmenistan	22,0	50

Tabelle 15: Wasserkontingente im Flussgebiet des Amudarja gemäß Protokoll Nr. 566 vom 12. März 1987
Quelle: Wegerich (2005:206)

Laut offiziellen Angaben des BVO Amudarja lag die Wasserentnahme (1993-1999) von einigen Ländern unter den im Protokoll festgelegten Werten: Kirgisien um 50 Prozent (0,25 km^3) weniger, Usbekistan um 27 Prozent (8 km^3 und Tadschikistan um 23 Prozent (2,2 km^3) (vgl. Wegerich 2005: 208). Wenn man von diesen Angaben ausgeht, kann man auf eine Annäherung zwischen den Wasserquoten von Usbekistan und Turkmenistan schließen, deren Wasserentnahme nahezu gleich ist. Die Angaben, die BVO Amudarja inoffiziell vorlegte, zeigen ein anderes Bild:

115 Nach der Zustimmung von Afghanistan wurde nicht gefragt. Die Interessen von Afghanistan werden bis jetzt ausgeschlossen.

Copyrighted material

Jahr	Usbekistan	Turkmenistan	Tadschikistan
1991	60,6	29,5	9,9
1992	67,9	24,8	7,3
1993	62,9	27,7	9,4
1994	63,8	27,6	8,6
1995	57,1	31,9	11,0
1996	62,2	30,8	7,0
1997	53,7	34,1	12,2
1998	66,6	25,6	7,7
1999	59,4	30,4	10,2
2000	52,8	32,2	15,0
2001	48,0	33,7	18,3
Anteil im Protokoll	48,2	35,8	15,4

Tabelle 16: Wasserverteilung im Flussgebiet des Amudarja im Zeitraum von 1991 bis 2001 (unveröffentlicht, Prozent)
Quelle: BVO Amudarja (unveröffentlicht), zitiert nach Wegerich (2005: 211)

Laut dieser Tabelle verbraucht vor allem Usbekistan erheblich mehr Wasser, als es das Abkommen vorsieht. Nach Ikramova (2006) beträgt der Wasserverbrauch in Usbekistan viel mehr als 53 km³.

Wegen der intransparenten Abläufe der Wasserentnahme entstehen gegenseitige Beschuldigungen und das Misstrauen zwischen den Staaten wächst. Usbekistan beschwert sich, dass die Wasserentnahme von Tadschikistan und Turkmenistan unverhältnismäßig in Bezug auf die Bewässerungsfläche und Bevölkerungszahl sei (vgl. Wegerich 2005: 207). Turkmenistan verbrauche nach Meinung der usbekischen Seite zu viel Wasser, und das auf Kosten von Usbekistan. Usbekistan wird von der kasachischen Seite inkriminiert, mehr Wasser zu entnehmen, als dies die Quoten vorsehen. Kirgisien und Tadschikistan werfen allen Staaten am Unterlauf einen zu hohen Wasserverbrauch vor. Sogar innerhalb von Usbekistan selbst werfen die Gebiete einander vor, zu viel Wasser zu verbrauchen.

In der Praxis sind beide Flussbeckenbehörden in ihren Kompetenzen ziemlich eingeschränkt. Eine zunehmende Nationalisierung in der Wasserpolitik der zentralasiatischen Staaten erschwert die Durchsetzung und Effektivität der Vereinbarungen. Die Ministerien geben nur ungern die eigenen Kompetenzen an diese Organisationen ab und versuchen die Wasserverteilungsfragen selbst zu regulieren. Die BVOs haben auch keine uneingeschränkte Kontrolle über Wasserobjekte wie Wasserspeicher,

Copyrighted material

Stauseen oder Kanäle. Ein großer Teil der Wasserbauanlagen, die eine zwischenstaatliche Bedeutung haben, sowie die größten Hydroenergiekomplexe mit Stauseen befinden sich immer noch in der Verwaltung der nationalen Organe und sind nicht der Kontrolle der BVOs unterordnet. Der Grund besteht darin, dass die nationalen gesetzgebenden Organe die Legitimität und Autorität dieser Institutionen nicht anerkennen, was wahrscheinlich nicht zuletzt an den geographischen Standorten beider BVOs liegt. Sowohl die Amudarja BVO (mit dem Sitz in Urgentsch) als auch die Syrdarja BVO (mit dem Sitz in Taschkent) haben beide ihren Sitz in Usbekistan. Diese Tatsache erregt bei den anderen zentralasiatischen Republiken den Verdacht, dass die BVOs allen voran die usbekischen Interessen schützen, d. h. auf die Wasserverteilung zugunsten der Landwirtschaft orientiert sind. Kirgisien und Tadschikistan sehen sich in der Entwicklung des eigenen hydrologischen Potentials beeinträchtigt und zeigen wenig politischen Willen, im Rahmen der BVOs zu kooperieren.

Vor allem die Syrdarja BVO genießt in Kirgisien kein Vertrauen. Die kirgisische Seite sieht die Aufgabe der Syrdarja BVO darin, usbekisches Interesse zu unterstützen und größere Kontrolle über kirgisische Wasserressourcen zu gewinnen.

Damit entsteht die grundsätzliche Frage, ob beide BVOs in Zukunft als zwischenstaatliche Organe agieren werden, da sie nicht von allen Staaten anerkannt werden. Deswegen müssen die Entscheidungs- und Kontrolleprozesse, die innerhalb dieser Behörden ablaufen, von mehr Transparenz und Offenheit begleitet werden, um damit das gegenseitige Misstrauen der Staaten abzubauen. Nur so können das Vertrauen und die Kooperation zwischen den Regierungen zentralasiatischer Staaten wiederhergestellt werden.

4.3 Die Rolle der internationalen Akteure bei der Entschärfung der Wasserkonflikte in Zentralasien

Die konkurrierende Agenda der internationalen Akteure in der Region zielt hauptsächlich auf die pragmatische Beachtung ihrer nationalen Interessen. Ungeachtet dessen, dass sowohl Russland als auch China, der Iran oder die EU auf die Stabilitätswahrung in Zentralasien großen Wert legen, will keine dieser Mächte eine Schlichterrolle in Bezug auf die Verteilungs- und Nutzungskonflikte um das Wasser in der Region übernehmen.

Die russische Politik basiert, wie schon oben angesprochen wurde, auf einem realpolitischen Ansatz. Die umfangreichen Investitionen in die Ausweitung der tadschikischen und kirgisischen

Copyrighted material

Hydroenergiekomplexe haben keinen altruistischen Hintergrund, es ist kein Akt des guten russischen Willens gegenüber seinen armen Kooperationspartnern. Ausgehend von dem Vulnerabilitätspotential, das die Ressource Wasser in der Region besitzt, stellt die russische Beteiligung einen Schritt in Richtung der Festigung seiner Positionen in Zentralasien dar. Die Finanzierung des russischen Staats solcher Projekte wie der Wasserkraftwerke durch den russischen Staat am Vachš in Tadschikistan kann kein kommerzielles Interesse haben, da die Kosten weitgehend die möglichen Gewinne überschreiten. Dank dieser Unterstützung erzielt Russland einen langfristigen Einfluss auf die regionale Energiepolitik. Tadschikistan ist bei Russland hoch verschuldet (305,730 US-Dollar für das Jahr 2004) und wirtschaftlich sehr abhängig. Im Juni 2008 hat der russische Präsident Dmitri Medwedew das Gesetz über die Regelung der tadschikischen Schulden unterschrieben (REGNUM 25.06.2008). Laut diesem Gesetz wird Tadschikistan ein Teil der Schulden erlassen, wofür Russland die Militäranlage „Nurek" sowie 75 Prozent[116] des Wasserkraftwerkes Sangtuda 1 erhält. Tadschikistan verpflichtet sich seinerseits, 50 Mio. US-Dollar in den Bau des Sangtuda 1 zugunsten des russischen Anteils als Schuldenerlass zu investieren. Die russische Politik in der Region zielt also nicht auf die Stärkung der regionalen Integration, sondern viel mehr auf die Einbeziehung der zentralasiatischen Staaten in seine Einflusssphäre. Die gleiche Verhaltensstrategie gilt auch für China und den Iran. Die Beteiligung Irans an dem Bau des Sangtuda 2 ist ein weiterer Versuch der Islamischen Republik, sich dank der Präsenz in dem kulturell verwandten Tadschikistan als Akteur in der gesamten Region zu etablieren.

Eine ambivalente Rolle in der regionalen Wasserproblematik kommt der Volksrepublik China zu. China ist selber in die Verteilungsproblematik mit Kasachstan (Ili, Irtysch)[117] als Oberanlieger sowie mit Kirgisien (Aksu[118]) als Unteranlieger verwickelt. An dem Fluss Irtysch plant China große hydrotechnische Projekte. Schon jetzt verwaltet China selbstständig die Wasserressourcen von dem Schwarzen Irtysch[119], ohne dabei Rücksicht auf Kasachstan und Russland zu nehmen. Sowohl Russland als auch Kasachstan betrachten das chinesische Vorgehen mit großem Argwohn und haben im Rahmen von SCO diese Frage angesprochen (vgl. Vasil'eva 16.07.2003). Bis jetzt blieben aber die russischen und kasachischen Vorwürfe ergebnislos. China hat sich

116 Minus eine Aktie.

117 Von dem chinesischen Territorium fließen Richtung Kasachstan 23 grenzüberschreitende Flüsse.

118 Querfluss des Tarims.

119 Auf dem chinesischen Teritorium wird der Fluss Irtysch als schwarzer Irtysch bezeichnet.

Copyrighted material

geweigert, den internationalen UNO-Konventionen über Wasserfragen beizutreten, und besteht auf bilateralen Verhandlungen, die auch auf der Ebene der Flusswasserbehörden verlaufen müssen. Die Umsiedlungspolitik der VR in Nordwesten sieht vor, die Zahl der Menschen im Westen Chinas durch Binnenmigration von 100 auf 250 Mio. Einwohner zu vergrößern (vgl. Weiss 2007: 92). Dies wird massiv zur Spannung um die Wasserverteilung beitragen. Auf der anderen Seite zeigt sich China bei den hydroenergetischen Projekten in Tadschikistan als Investor bereit, wo China das Zeravshan[120] Wasserkraftwerk mit der Gesamtleitung von 150 MW und dem Investitionsvolumen von 260 Mio. US-Dollar sowie das Nurobod Kraftwerk bauen wird (vgl. Zairov 21.01.2008). China will genauso wenig wie Russland in die zwischenstaatlichen Streitigkeiten über die Wasserverteilung einbezogen werden. Die VR betreibt ihre Politik auf der Ebene der Nationalstaaten und verfolgt damit in Bezug auf Zentralasien keinen integrativen Ansatz.

Die Europäische Union ist bis jetzt der einzige internationale Akteur, der die Wichtigkeit der Wasserproblematik bzw. deren Konfliktpotential in der Region erkannt hat. Die EU versucht diese Thematik im Rahmen ihrer politischen Agenda in Bezug auf Zentralasien in den Vordergrund zu schieben. Die oben angesprochene Zentralasienstrategie der EU sowie die Wasserinitiative-Zentralasien bieten einen integrativen, auf der regionalen Kooperation basierenden Ansatz des Wassermanagements in Zentralasien. Die EU betrachtet die zwischenstaatliche Kooperation als eine essenzielle Voraussetzung für die Entschärfung des Konfliktpotentials in der Region. Ihre Strategie zielt auf die Stärkung der politischen Zusammenarbeit in den Wasserfragen. Die Europäische Union verhält sich eher vorsichtig in Bezug auf große hydrotechnische Projekte wie den Bau der riesigen Wasserkraftwerke, und favorisiert den Bau von kleinen Anlagen. Bei der Umsetzung des IWRM-Konzeptes in Zentralasien spielt die Union neben der Weltbank eine der wichtigsten Rollen. Die Länder der Europäischen Union sind an der Finanzierung vieler Pilotprojekte für die Umsetzung des nachhaltigen Wassermanagements wie im Fergana-Tal oder im Chorezm-Gebiet beteiligt. Nach der Verabschiedung der Zentralasienstrategie wird die Rolle der EU in der Region an Bedeutung gewinnen, da die europäische Politik differenzierter und konsequenter geworden ist. Dank des aktiven Engagements im Wasserbereich kann sich die EU als ein wichtiger Akteur in der Region etablieren, da für die

120 Nach einigen Angaben hat China doch auf den Bau des Wasserkraftwerkes verzichtet (vgl. Asadullaev 04.07.2008). Offizielle Information gibt es diesbezüglich nicht.

Copyrighted material

Staaten Zentralasiens die europäische Unterstützung eben im Bereich des Wassermanagements von großer Relevanz ist.

Im Allgemeinen lässt sich behaupten, dass die Politik der internationalen Akteure (mit Ausnahme der EU) auf die Entschärfung des Konfliktpotentials des Wassers in der Region eher eine destruktive Wirkung ausübt. Die polarisierende Machtkonkurrenz der internationalen Großmächte behindert weiter den Regionalismus und spielt die zentralasiatischen Akteure dank der einander übertreffenden Angebote und Großprojekte auseinander.

Copyrighted material

5 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

5.1 Ergebnisse der Arbeit

5.1.1 Eskalationsgefahr der Konflikte

Die strukturellen Änderungen, die in der zentralasiatischen Region aufgrund des Zerfalls des einheitlichen Wirtschaftssystems entstanden sind, bedingten teilweise das grundlose Streben der Länder, die unrentablen und ineffektiven Wirtschaftszweige zu entwickeln. Damit haben die zentralasiatischen Staaten, die nach dem Zusammenbruch der UdSSR ohne finanzielle Zuschüsse aus Moskau geblieben sind, einen destruktiven Weg der Entwicklung der eigenen Wirtschaften gewählt. Die Staaten am Oberlauf (Kirgisien und Tadschikistan) versuchen das eigene Budget mit Hilfe der forcierten Entwicklung der Hydroenergie bzw. mit dem Errichten weiterer Staudämme aufzufüllen, ohne dabei über die Folgen für die Staaten am Unterlauf und Aralsee[121] nachzudenken. Die Staaten am Unterlauf (v. a. Usbekistan und Turkmenistan) unterstützen die Entwicklung der Landwirtschaft und damit des landwirtschaftlichen Wasserverbrauchs. In diesem Zusammenhang streben alle Staaten Zentralasiens danach, das Geld bei den Investitionen in die Renovierung, Enthaltung und Reinigung von Kanälen, Bewässerungssystemen nationaler Bedeutung, den Schutz von Küsten sowie den Wasserschutz zu sparen.

Das Fehlen regionaler Arbeitsaufteilung und ökonomischer Kooperation, was indirekt zu dem höheren Wasserverbrauch auf nationaler Ebene führt, ruft gegenseitige Ansprüche und Vorwürfe bezüglich der höheren Wasserentnahme hervor. Die bisher praktizierte Quotenregelung hat schon längst an Legitimität verloren, da das existierende Energieaustauschsystem nicht immer funktionsfähig ist.

Was die Konflikteskalation angeht bzw. dessen Gewaltintensität, so ist es ziemlich problematisch, einen direkten Zusammenhang zwischen Wasserknappheit und Gewaltausbrüchen festzustellen. Man kann aber konstatieren, dass das Thema der Wasserverteilung in Zentralasien sehr emotional diskutiert wird und äußerst empfindlich für alle Parteien ist. Ausgehend davon, dass das Wasser in der Region eine hohe gegenseitige Vulnerabilität besitzt, kann man nicht immer eine rationale Politik der

121 An dieser Stelle muss man darauf hinweisen, dass sich die Staaten am Oberlauf nicht für die Katastrophe des Aralsees verantwortlich fühlen und die eigene Position dadurch begründen, dass die Bewässerung in den Staaten am Unterlauf dazu geführt hat. Die Entwicklung der eigenen Wirtschaften sei zu den Sowjetzeiten vernachlässigt gewesen, da der Akzent auf die Entwicklung der Landwirtschaft in den Staaten am Unterlauf gelegt wurde.

Copyrighted material

zentralasiatischen Akteure in Bezug auf die Wasserverteilung erwarten. Bis jetzt ging es aber bei den zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen nur um verbale Drohungen[122] oder Machtdemonstrationen[123]. Immerhin lässt sich zum heutigen Zeitpunkt eine größere Verwundbarkeit der Staaten am Unterlauf als der am Oberlauf feststellen. Für diese ist die stete Wasserversorgung eine essenziell wichtige Voraussetzung für die Überlebensfähigkeit eigener Wirtschaften. Momentan bestimmt aber die regionale Machtasymmetrie (starke rohstoffreiche Unteranlieger und schwache Oberanlieger) die Kräftebalance in der Region. Der momentan existierende Status quo spricht eher für das Ausbleiben eines Konfliktausbruchs. Die Ausweitung von tadschikischen und kirgisischen Hydroenergiekomplexen und damit die Erreichung der Autarkie im Energiebereich kann hingegen die regionale Kräftebalance in dem Sinne ändern, dass die Staaten am Oberlauf die eigenen Interessen entschlossener verteidigen werden. Wenn es Kirgisien und Tadschikistan gelingt, die eigenen Pläne bezüglich der Hydroenergieentwicklung umzusetzen, kann man in dem Fall nicht ausschließen, dass vor allem Usbekistan und Turkmenistan, die aufgrund ihrer Vulnerabilität die stete Wasserversorgung als primäre Sicherheitsgarantie ansehen, die eigenen Interessen militärisch verteidigen werden.

In Zentralasien wachsen grundsätzlich die Besorgnis und allgemeine Verunsicherung bezüglich der Baupläne neuer Stauseen und Staudämme sowie der Ausweitung von Bewässerungsflächen. In Bezug auf die meisten Projekte solcher Art werden keine zwischenstaatlichen Konsultationen oder Absprachen durchgeführt. Diese Tatsache verstärkt das vorhandene Misstrauen zwischen den zentralasiatischen Akteuren und macht die Kompromissfindung bei der Lösung der vorhandenen Konflikte problematisch. Der klassische Nutzungskonflikt zwischen Ober- und Unteranlieger – das Nutzungsregime des Toktogul-Stausees – trägt Züge eines Koordinationsproblems. Die Staaten haben in diesem Fall keine anderen Alternativen, als zu kooperieren. Die Schwierigkeiten erweisen sich aber bei der Festlegung von gerechten Ausgleichmechanismen, mit denen sowohl die Unteranlieger (Usbekistan, Kasachstan) als auch der Oberanlieger Kirgisien einverstanden sind. Nur unter dieser Voraussetzung werden beide Streitparteien daran interessiert sein, die getroffenen Vereinbarungen durchzusetzen. Die Unstimmigkeiten bezüglich der Wasserverteilung zwischen Usbekistan und Turkmenistan sind die angespanntesten in

122 Z. B. von dem tadschikischen Rebelführer Khudaberdiyev, den Damm zu zerstören, oder die Äußerungen in kirgisischen Medien bezüglich der Sprengung des Stausees .

123 Wie die Stationierung der usbekischen Militärkräfte an der Grenze zu Kirgisien.

Copyrighted material

der Region. Beide Republiken zeigen kaum Kompromiss- bzw. Kooperationsbereitschaft in Fragen der Wasserverteilung aus dem Amudarja. Sowohl Usbekistan als auch Turkmenistan verhalten sich im Sinne des klassischen Gefangenendilemmas, indem sie sich beide für eine größere Wasserentnahme aus Amudarja auf Kosten des Aralsees entscheiden und damit zur Austrocknung des Sees sowie zu der Verschärfung der ökologischen Situation in den Aralseegrenzgebieten unter anderem in Karakalpakstan beitragen. Die Absichten Turkmenistans, einen Stausee in der Wüste Karakum zu errichten, werden zweifellos das Konfliktpotential zwischen den beiden Republiken erhöhen. Damit wird auch die Eskalationsgefahr weiter steigen. Um die Eskalationsgefahr zu mildern, muss Turkmenistan die Idee des Baus des Stausees „Goldenes Zeitalter"– ein Versuch, einen künstlichen See in der Wüste zu errichten, wo das Wasser verdampfen wird – aufgeben. Usbekistan muss auch auf den Bau von vier Stauseen auf dem Fluss Syrdarja verzichten. Die Bergstaaten Kirgisien und Tadschikistan müssen die eigenen anspruchsvollen Pläne bezüglich der Ausweitung der eigenen Hydroenergiekomplexe relativieren und die überlebenswichtigen Interessen seiner Nachbarn am Unterlauf nicht ignorieren. Die Eskalationsgefahr des innerstaatlichen Konfliktes in Karakalpakstan ist ungeachtet der wirtschaftlichen Diskriminierung sowie politischen und sozio-ökonomischen Marginalisierung als nicht hoch einzustufen. Die autoritäre Führung Usbekistans lässt jegliche Art des Protestes unterbinden, so dass die Karakalpaken die Auswanderung als einzigen Weg aus dem miserablen Zustand ansehen. Die „ökologischen" Flüchtlinge finden hauptsächlich in dem benachbarten Kasachstan einen Zufluchtsort. Die usbekische Regierung nimmt die schlechten ökologischen und soziökonomischen Lebensbedingungen in ihrer autonomen Republik bewusst in Kauf und setzt die vorherige Politik weiter fort. Taschkent unternimmt kleine Versuche, die existierende Situation zu ändern und steht der massenhaften Auswanderung eher gleichgültig gegenüber.

Nach der Analyse der Politik der internationalen Mächte in Zentralasien im Allgemeinen sowie in Bezug auf die regionale Wasserpolitik im Besonderen lässt sich die erste Hypothese der Arbeit, dass das konkurrierende Agieren der internationalen Akteure zu dem vorhandenen regionalen Konfliktpotential beiträgt, bestätigen. Mit der Ausnahme der EU, die die regionale Integration zu stärken versucht, verfolgen alle anderen Akteure hauptsächlich ihre Nationalinteressen. Weder China noch Russland, der Iran oder die USA bemühen sich um die Forcierung des Regionalismus. Wegen ihrer konkurrierenden Vorstellungen spielen die internationalen Akteure die Staaten Zentral-

Copyrighted material

asiens gegeneinander aus. Die übertreffenden Angebote in Form von zinslosen Kredithilfen und Investitionsprogrammen unterstützen die Autarkiebestrebungen und Kooperationsverweigerung der Staaten Zentralasiens.

Das Dilemma der europäischen Politik in der Region besteht aber darin, dass es für die EU ziemlich problematisch sein wird, ihre energiepolitischen Interessen zu realisieren, ohne dabei ihren Wertekodex zu verletzen. Da die heutigen Verhandlungspartner in Zentralasien dem europäischen Verständnis der freien, demokratischen Gesellschaft mit legitim gewählten Amtsinhabern nicht entsprechen, muss die Europäische Union sehr vorsichtig bei ihrer Politik in der Region agieren. Eine ausdrückliche und kompromisslose Aufforderung an die zentralasiatischen Staaten, sich zu den europäischen Werten zu bekennen, kann eine ähnliche Reaktion wie im Fall der USA auslösen, die dann zu einem eindeutigen und letztendlich unwiderruflichen Einflussverlust der Europäer in Zentralasien führen wird. Einen nächsten Schritt für die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Zentralasien sollte die Einbeziehung der regionalen Staaten in die ENP darstellen. So kann die Union den zentralasiatischen Republiken ernsthaftes Interesse an der Kooperation signalisieren.

Ob der EU der Spagat zwischen den pragmatischen Zielen der Diversifizierung der Energieträger und der Demokratieförderung in der Region gelingt, wird sich in den nächsten Jahren feststellen lassen. Klar bleibt jedoch, dass sich die aktive Politik der EU sowie die Konzentration auf die Lösung der gezielten Probleme im Wasserbereich insgesamt positiv auf die Entschärfung des regionalen Konfliktpotentials auswirken werden.

5.1.2 Umsetzung des IWRM-Konzeptes

Der wichtigste Problempunkt bei der Umsetzung des IWRM-Konzeptes stellt die mangelhafte Kooperation zwischen den zentralasiatischen Staaten dar. Die Politik der nationalen Abgrenzung hat dazu geführt, dass zum heutigen Zeitpunkt die zentralasiatischen Republiken miteinander zerstritten sind, was ohne Zweifel die Zusammenarbeit im Hinblick auf die Lösung der zwischenstaatlichen Wasserkonflikte sehr verkompliziert. Momentan kann von Zentralasien als einer einheitlichen Region nicht die Rede sein. Die Länder der Region distanzieren sich immer weiter voneinander, sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht. Die öffentlichen Proklamationen über die regionale Solidarität und gute nachbarschaftliche Beziehungen

Copyrighted material

haben mit der wahren Politik wenig zu tun. Die regionale Kooperation wird sehr stark durch die Rivalität zwischen Kasachstan und Usbekistan erschwert. Kasachstan fühlt sich in seinem Führungsanspruch in dem Sinne bestätigt, dass das Land in ökonomischer Hinsicht in der Tat eines der erfolgreichsten Entwicklungsmodelle im postsowjetischen Land darstellt. Daraus ergebe sich eine „natürliche" Führung in der Region. Usbekistan fühlt sich in seinen Ambitionen als historische Führungsmacht gekränkt und kann die kasachischen Führungsansprüche nicht akzeptieren. Die zwischenstaatliche Rivalität äußert sich in dem Verhältnis der beiden Präsidenten untereinander. Der kasachische Präsident Nursultan Nazarbaev hat Usbekistan zum ersten Mal nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion offiziell erst im Jahr 2006 besucht (vgl. Allison 2007: 267). Jedes von Kasachstan initiierte regionale Projekt stößt a priori auf Skepsis auf usbekischer Seite. Neben Kasachstan gehören auch Kirgisien und Tadschikistan zu den Staaten, die für interregionale Strukturen plädieren. Turkmenistan hat den destruktiven politischen Kurs der Isolation gewählt und blockiert dementsprechend alle Initiativen auf der regionalen Ebene. Obwohl die komplexen Sicherheits- und Stabilitätsrisiken in der Region nur gemeinsam gelöst werden können, bleibt der Zusammenhalt der zentralasiatischen Staaten auf der Strecke. Der mangelhafte Kooperationswillen stellt damit die wichtigste Voraussetzung, aber auch die größte Hindernis für die Umsetzung des IWRM-Konzeptes in Zentralasien. Die zweite Hypothese der vorliegenden Arbeit, die besagt, dass der mangelhafte Kooperationswille der zentralasiatischen Akteure die erfolgreiche Umsetzung des IWRM- Konzeptes verhindert und das vorhandene Konfliktpotential in der Region verschärft, erweist sich damit als überzeugend.

Außer dem Problem der zwischenstaatlichen Kooperation existiert in Zentralasien ein enormer Bedarf an Reformen in den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereichen, die für die innerstaatliche Ebene von großer Relevanz sind. Der Prozess der Umsetzung dieser Reformen geht sehr langsam voran und ist mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Besonders wichtig für das nachhaltige Wassermanagement sind die politischen Reformen, die die zentralasiatischen Führungen ungern und verzögernd durchführen.

Nach Neubert und Herrfahrdt werden die politischen Reformen in Entwicklungsländern dann zustande kommen, wenn die Nutzen der Reformen die Kosten der Beibehaltung des Status quo übersteigen. Denn die Akteure sind nur dann bereit, in die Reform des Wassersektors zu investieren, wenn die Opportunitätskosten (soziale Kosten

Copyrighted material

des Status quo ohne Wasserreform) größer als die Transaktionskosten der Reform (z. B. politische Durchsetzungskosten) sind (vgl. Neubert/Herrfahrdt 2005: 240). Besonders in den klientilistischen Gesellschaftsstrukturen, wo die Eliten über große Machtbefugnisse verfügen und Angst haben, diese Stellung zu verlieren, sind die Transaktionskosten der politischen Reformen sehr hoch einzuschätzen. Die im Verlauf des Transformationsprozesses gestärkte Nomenklatur Zentralasiens hat Interesse daran, die Abhängigkeiten zu erhalten, und setzt die Reformen nur selektiv um, um die eigenen Machtpositionen nicht zu gefährden. Trotz weitreichender Gesetzesvorlagen kommt es daher in der Praxis nur zu marginalen Veränderungen, und die Macht der administrativen Strukturen bleibt weitgehend erhalten (vgl. Herrfahrdt 2004).

Die meisten Staaten[124], die von der Wasserknappheit betroffen sind, sind gleichzeitig solche, die unter wirtschaftlicher Unterentwicklung leiden und deswegen mit der Umsetzung des IWRM vor einer gewaltigen Herausforderung stehen (vgl. Neubert/Herrfahrdt 2005: 237). Deswegen ist eine verantwortliche Regierungsführung (Good Governance) für die erfolgreiche Implementierung des IWRM-Konzeptes zentral. Ihre Aufgabe besteht in der Überwachung und Steuerung der Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, der Armutsbekämpfung und friedlichen Wasserverteilung unter den Menschen. Die Regierung trägt auch dafür die Verantwortung, die Durchsetzung der wasserrechtlichen Vorschriften zu gewährleisten. Einen wichtigen Teil des IWRM-Konzeptes bildet die Einführung von Preisen für Wasser. Die staatlichen Strukturen in Zentralasien, die durch geringere Transparenz, klientelistische Züge der Clanwirtschaft und Korruption auf allen Ebenen gekennzeichnet sind, können damit nicht garantieren, dass die Preisbildung *sozial gerecht* gestaltet werden würde oder dass die Gebühren nicht geplündert werden, sondern den Wassersystemen zugutekommen würden (vgl. Oelschläger 2005: 62). Im anderen Fall kann die Einführung von Wasserpreisen weiter zu dem regionalen Konfliktpotential beitragen, da diese vor allem bei den benachteiligten Gesellschaftsschichten starken Protest hervorrufen werden.

Der Aufbau der institutionellen Kapazitäten muss am Anfang der Einführung des IWRM stehen (vgl. v. Edig/v. Edig 2005:147) .Die effizient organisierten Institutionen sind der Ausgangspunkt für eine erfolgreiche Wasserpolitik. In Zentralasien sind diese Institutionen vorhanden, sie sind aber unterentwickelt und können deswegen keine effiziente Wasserverteilungspolitik betreiben. Die verschiedenen Institutionen der Region wollen bei ihrer Arbeit nicht miteinander

124 Die Ausnahme stellen die Ölstaaten.

Copyrighted material

koordinieren, so dass die Informationsvermittlung im Rahmen einer Institution von niedrigen an höhere Organisationsebenen ziemlich problematisch verläuft. Sie sind daher wegen der allumfassenden Korruption und der klientelistisch geprägten Gesellschaftsstrukturen nicht funktionsfähig. Die Staaten Zentralasiens verfügen über keine demokratische Tradition, deswegen werden die vorhandenen Institutionen von den lokalen Eliten beeinflusst. Damit wird auch die dritte Hypothese der Arbeit bestätigt. Das institutionelle Gefüge des Wassermanagements in Zentralasien ist wegen des gegenseitigen Misstrauens sowie wegen der Abwesenheit der Kooperationsbereitschaft unterentwickelt. Die internationalen Institutionen im Wassersektor sind deswegen nicht in der Lage, eine effiziente und nachhaltige Wasserpolitik zu betreiben.

Der gemeinsame Kontroll- und Koordinationsmechanismus ICWC erwies sich als nicht effizient. ICWC ist eine geschlossene zwischenstaatliche Institution, die sich hauptsächlich nur mit der Verteilung der Wasserressourcen beschäftigt. In diesem Komitee sind weder landwirtschaftliche noch industrielle Vertreter repräsentiert. Auch sind keine Mitglieder der NGOs oder andere zivilgesellschaftliche Akteure vertreten. In der Verwaltungsstruktur der Institution dominieren die Beamten aus usbekischen Behörden, was den Verdacht erregt, dass das Komitee die nationalen Interessen Usbekistans verfolgt. Das führt zur politischen Apathie der anderen Staaten, die das Organ finanziell nicht unterstützen wollen (ICG Asia Report No 34 2002: ii).

Die Exekutivorgane des Komitees – die Flussbeckenverwaltungen (BVO) – verfügen über eine nicht ausreichende Ausführungsgewalt. Um übermäßige Wasserentnahmen zu stoppen, müssen sich die Flussbeckenbehörden zuerst an die Regierung wenden. Erst dann können sie agieren, und dies auf einem langen Verwaltungsweg von oberen zu unteren Instanzen (vgl. Trouchine/Giese 2006: 17). Außerdem hat der Bewässerungssektor innerhalb des Wasserressourcen-Managements ein überproportionales Gewicht und bestimmt die Wasserverteilung. Beide Flusswasserbehörden (BVO) sind auf die Landwirtschaft der Unteranlieger orientiert und lassen die Interessen der Oberanlieger in der Entwicklung der Hydroenergie sowie den Aralsee ohne besondere Berücksichtigung (vgl. Valintini et al. 2004: 55). Die ICWC muss mehr Transparenz nach außen zeigen, damit die zunehmende Sorge in der Region, dass die Institution hauptsächlich im Interesse der usbekischen Seite agiert, beseitigt werden kann.

Damit kann man im Fall von Zentralasien leider ein enttäuschendes Zwischenergebnis ziehen: Die Umsetzung von IWRM-Prinzipien

Copyrighted material

wurde bis jetzt noch nicht durchgeführt. Das Wassermanagement orientiert sich weder an hydrologischen Einheiten, noch sind Fortschritte im guten Umgang mit den Wasserressourcen bei der Verteilung zwischen den zentralasiatischen Staaten zu beobachten. Zwar gibt es Beispiele von einigen Pilotprojekten[125], die die IWRM-Prinzipien in bestimmten geographischen Gebieten umzusetzen versuchen, doch erfolgt die Bewirtschaftung der Wasserressourcen immer noch unter dem Paradigma der nationalen Souveränität und nationaler Interessen.

5.2 Empfehlungen für eine nachhaltige Ressourcennutzung

Bei den zentralasiatischen Regierungen muss man klar zwischen der bei Gipfeltreffen demonstrierten Betroffenheit und der tatsächlichen länderspezifischen Politik unterscheiden. Es gibt eine große Diskrepanz zwischen dem offiziell proklamierten Einverständnis und der realen Handlungsbereitschaft. Trotz immer neuen Proklamationen und der Verabschiedung entsprechender Gesetze wurden in Zentralasien keine Anreizstrukturen geschaffen, die zum effizienten Umgang mit Wasser beitragen könnten. Die Bauern in Usbekistan und Turkmenistan bekommen weiter kostenlos Wasser. Die Gebühren auf Bewässerungswasser würden ohne Zweifel zu einem verbesserten Wassermanagement beitragen. In diesem Zusammenhang muss man jedoch sagen, dass die meisten zentralasiatischen Landwirte finanziell nicht in der Lage wären, den ökonomischen Wert des Wassers zu akzeptieren. Denn der Staat, der komplett die Absatzmärkte für Baumwolle und Weizen kontrolliert, schreibt den Bauern vor, was diese und in welchem Umfang zu pflanzen haben und zu welchem Preis[126] die landwirtschaftlichen Güter an dem Staat verkauft werden (vgl. ICG Report 2005). Eine Voraussetzung für die Einführung des Wasserpreises ist deswegen die Liberalisierung der Absatzmärkte, damit die lokalen Landwirte höhere Einnahmen erzielen könnten. Außerdem sind in den Ländern Zentralasiens wirksame Maßnahmen zur Geburtenregelung unerlässlich, um so die verfügbare Pro-Kopf-Menge an Wasser zu erhöhen; es muss auch eine Land- und Bodenreform durchgeführt werden.

Das Thema der Preiseinführung für die Ressource Wasser in Zentralasien ist sehr kontrovers. In der Debatte über das Thema „das Wasser als ökonomisches Gut" stoßen zwei Thesen aufeinander. Die eine behauptet

125 Z. B. das Pilotprojekt „IWRM Fergana" im Fergana-Tal, das die Pilotkanäle „Aravan-Akburinskiy" in Kirgisien, „Hodzha-Bagirganskiy" in Tadschikistan und „Juzhno-Ferganskiy" in Usbekistan einschließt.

126 Der Preis liegt weit unter dem Marktpreis.

Copyrighted material

die Priorität des Menschenrechtes auf Wasser, die andere geht von einer ökonomischen Betrachtung des Wassers aus und definiert Wasser als Handelsware (vgl. Rechkemmer/Schmidt 2006: 95). In Zentralasien führt man emotionale Diskussionen bezüglich der Einführung des Wasserpreises. Entsprechend dem muslimischen landwirtschaftlichen Recht kann das Wasser kein privates Eigentum sein. Langfristig ist die Einführung des Preissystems aber unvermeidlich.

Neben funktionierenden Koordinationsmechanismen im öffentlichen Sektor sind für die Umsetzung des IWRM in Zentralasien andere staatliche und nichtstaatliche Institutionen notwendig. Dazu zählen: eine effiziente Finanzverwaltung und Gerichtsbarkeit, staatliche und nichtstaatliche Behörden und Organisationen des Umweltschutzes und Mechanismen der Beteiligung der Bürger (vgl. v. Edig/v. Edig 2005: 147). Außerdem kann man das Problem der Wasserknappheit ohne erhebliche Wassereinsparung in der Bewässerungswirtschaft nicht lösen. Eine effiziente Bewässerungslandwirtschaft setzt vor allem die Wassereinsparung durch Steigerung der Produktion pro Wassereinheit, durch Verminderung des ungenutzt abfließenden Wassers (Versenkung wegen der alten Bewässerungstechniken) sowie die notwendigen Reformen in der Agrarpolitik voraus.

Die gesamte Umweltpolitik einschließlich der Wasserpolitik wird ohne Partizipation der Bevölkerung durchgeführt und von den Energie- bzw. Landwirtschaftsinteressen der herrschenden Elite bestimmt. Dies erzeugt bei der zentralasiatischen Bevölkerung eine apathische Haltung und ein Resignationsgefühl dem politischen Geschehen gegenüber, sie fühlen sich nicht in der Lage, die Lösung der Wasserverteilungsprobleme zu beeinflussen.

Der partizipative Ansatz ist ein wichtiges Element des IWRM-Konzeptes. Besonders für die Entwicklungsländer ist die Förderung der Partizipation der Bürger wichtig, denn nur so werden die neuen Mechanismen bei der Wasserbewirtschaftung eine legitime Akzeptanz unter der Bevölkerung finden. Die Partizipation umfasst auch die Sensibilisierung für Fragen des Wasserressourcen-Managements und schafft das Bewusstsein für Selbstverantwortlichkeit (vgl. v. Edig/v. Edig 2005: 150). Die Partizipation erzeugt bei den Bürgern ein Eigenverantwortungsgefühl. Und nur unter der Voraussetzung einer Partizipation kann ein funktionierendes Wassergebührensystem entstehen, weil man lediglich durch die eigene Beteiligung die Bauer motivieren kann, sich für das dauerhafte Funktionieren der Anlagen zu engagieren. Nur wenn sie in den Entscheidungsprozess einbezogen sind, der transparent gestaltet ist, werden sie bereit sein, das Wasser als ein

Copyrighted material

ökonomisches Gut anzuerkennen, sonst wird eine apathische Entfremdung entstehen. In Bezug auf Zentralasien ist die Partizipation besonders für arme Bürger wichtig, da sie sonst keine Möglichkeit haben, die eigenen Interessen in Bezug auf Wasser durchzusetzen. Besonders in den Gesellschaften mit klientilistischen Strukturen erfolgt die Wasserverteilung entsprechend dem Einflussgrad der Person und wird von den Machtinhabern ungerecht – allen voran innerhalb des eigenen Vertrauenskreises – verteilt. In Usbekistan beschränkt sich z. B. die Partizipation lokaler Stakeholder auf das massive Eingreifen lokaler Machthaber in den Verteilungsprozess, die die Vielfalt der Hierarchieebenen und Organisationen in der Wasserallokation nutzen und faktisch vor Ort höhere Machtbefugnisse als die offiziellen Vertreter der Ministerien haben (vgl. Neubert/Herrfahrdt 2005: 245). Damit werden die Wassernutzer nicht berücksichtigt, da diese weder über den Reformprozess informiert noch in ihn einbezogen werden.

Partizipation hat ihren Ursprung in der Zivilgesellschaft und in ihren Organisationen (vgl. v. Edig/v. Edig 2005: 151). Solange in Zentralasien keine Zivilgesellschaft etabliert ist, kann man über die vollkommene Umsetzung des IWRM-Konzeptes nicht sprechen. Die Gewaltenteilung, die leider in den meisten Ländern Zentralasiens nur nominal existiert – und allen voran eine funktionierende Judikative – ist Voraussetzung für die Partizipation der Bürger an den Entscheidungsprozessen in der Wasserpolitik und Dezentralisierung des Wasserressourcen-Managements.

Für die Etablierung eines nachhaltigen Ressourcennutzungssystems sind damit Kooperation und Konsensfindung entscheidend. Die Bedingung ist: Die Anlieger müssen bei der Umsetzung des integrierten Managements des Wassereinzugsgebietes zusammenarbeiten und, falls notwendig, einen Teil der eigenen Souveränität freiwillig abgeben (vgl. v. Edig/v. Edig 2005: 145). Für die Umsetzung des IWRM und damit die Milderung des Konfliktpotenzials des Wassers in Zentralasien sind damit der Aufbau von partizipativen Strukturen, effektive Dezentralisierungsprozesse, transparente Organisation der BVOs, wirksame politische Reformen sowie die Schaffung einer vertrauensvollen Kooperationsbasis zwischen den Staaten unverzichtbar.

Copyrighted material

Literaturverzeichnis

137. Bergedorfer Gesprächskreis: Europäische Politik in Zentralasien, Astana 4.-6. Mai 2007.

Abdullaev, Kamoludin (2007): Integrating Political Islam in Central Asia: The Tadjik Experience. In: Davis, Elizabeth Van Wie/Azizian, Rouben (2007): Islam, Oil, and Geopolitics. Central Asia after September 11, USA, S. 61-75.

Ahmadova, Nahida (2006): Die Rolle Aserbaidschans in der Kaukasus- und Zentralasienpolitik der Europäischen Union, Siegen.

Allison, Roy (2007): Blockaden und Anreize. Autoritarismus und regionale Kooperation. In: Osteuropa , 57. Jg., 8-9/2007: Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen, S. 257-275.

Alizada, Sevinj (2005): Die Europäische Union als politischer und wirtschaftlicher Akteur im Südkaukasus, Münster.

Amineh, Mehdi P. (2006): Die Politik der USA, der EU und Chinas in Zentralasien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 4/2006), http://www.bpb.de/publikationen/SZL5P9,5,0,Die_Politik_der_USA_der_EU_und_Chinas_in_Zentralasien.html, abgerufen am 08.09.2008.

Arbenin, Sergey (26.03.2008): „Zentralanaja Alija v ozhidanii vodnogo mira" [Zentralasien ist in der Erwartung des Wasserfriedens]. In: Fergana.RU, http://www.ferghana.ru/article.php?id=5644, abgerufen am 15.09.2008.

Asadullaev, Iskander (04.07.2008): „Geopolitika „tjani-tolkai" v Zentralnoy Azii" (Die Geopolitik „Schiebe und Ziehe" in Zentralasien). In: Fergana.RU, http://www.ferghana.ru/article.php?id=5210, abgerufen am 09.08.2008.

Atanijasova, Oral (März 2008): „Vlijanie posledstvij aralskogo krizisa na sostojanie zdorov'ja naselenija" [Der Einfluss der Aralsee-Krise auf den gesundheitlichen Zustand der Bevölkerung]. In: Problems of Aral: Impact on the gene pool of Population, Flora, Fauna and international Kooperation for mitigation consequences. Nukus-Taschkent.

Auswärtiges Amt (2007a): Bundesminister Steinmeier stellt EU-Zentralasienstrategie vor, 27.06.2007,, https://www.diplo.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Meldungen/2007/070627-ZAS-Strategie.html,abgerufen am 14.11.2007.

Auswärtiges Amt (2007b): Die EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft, http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Zentralasien-Strategie-Text-D.pdf, abgerufen am 02.09.2008.

Barandat, Jörg (1997): Wasser als bisher weltweit unterbewerteter Rohstoff. In: Barandat, Jörg (Hrsg.): Wasser – Konfrontation oder Kooperation. Ökologische Aspekte von Sicherheit am Beispiel eines weltweit begehrten Rohstoffes, Baden-Baden.

Bächler, Günther/Böge, Volker/Klötzli, Stefan/Libiszewski, Stephan/Spillmann, Kurt R. (1996): Umwelt als Gegenstand der Konfliktforschung. In: Kriegsursache Umweltzerstörung. Ökologische Konflikte in der Dritten Welt und Wege ihrer friedlichen Bearbeitung. Abschlussbericht des Environment and Conflicts Projekt ENCOP, Zürich.

Beckenbach, Frank (Hrsg.) (2007): Soziale Nachhaltigkeit. In: Jahrbuch Ökologische Ökonomik, Band 5, Marburg.

Biermann, Werner/Klönne, Arno (2006): Objekt der Gier. Der Iran, der Nahe Osten und Mittlere Osten und Zentralasien, Köln.

Blua, Antoin (2004): Aral Sea catastrophe leaving its mark on DNA of local populations, EurasiaNet, 07.11.2004, http://www.eurasianet.org/departments/environment/articles/pp071104.shtml, abgerufen am 01.08.2007.

Copyrighted material

Borisova, Olga (2002): „Kakoy karakalpak ne hochet zeit' v Kasachstane?" (Welcher Karakalpake möchte nicht gern in Kasachstan leben?). In: Fergana.RU, 24.09., http://www.ferghana.ru/article.php?id=868, abgerufen am 01.09.2008.

Brzezinski, Zbigniew (1997): Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Berlin.

Buchari-Zade, Nigora (20.01.2008): V Tadschikistane zarabotala novaja GES- odna iz mocshnih v SNG (In Tadschikistan ist ein neues Wasserkraftwerk in Betrieb genommen – eines der größten Wasserkraftwerke im GUS-Raum., http://www.ferghana.ru/article.php?id=5563, abgerufen am 10.09.2008.

Christoffersen, Gaye (2007): Islam and Ethnic Minorities in Central Asia. In: Davis, Elizabeth Van Wie/ Azizian, Rouben (Hrsg.): Islam, Oil, and Geopolitics. Central Asia after September 11, USA, S. 45-59.

CIA: The World Factbook: Uzbekistan, https://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/uz.html#Geo , abgerufen am 03.02.2008.

Cohen, Ariel (2003): China's Quest For Eurasia's Natural Resources. In: The Heritage Foundation, March 2003., http://www.heritage.org/Press/Commentary/ed030403.cfm, abgerufen am 20.07.2008.

Collins, Kathleen (2006): Clan Politics and Regime Transition in Central Asia, New York.

Davis, Elizabeth Van Wie/Azizian, Rouben (2007): Islam, Oil, and Geopolitics. Central Asia after September 11, USA.

Dombrowsky, Ines (2005): Integriertes Wasserressourcen- Management als Koordinationsproblem. In: Huppert, Walter (Hrsg.): Integriertes Wasserressourcenmanagement (IWRM). Ein Konzept in die Praxis überführen, Baden-Baden, S. 61-83.

v. Edig, Anette/v. Edig, Helmut (2005): Integrierter Wasserressourcen-Management- Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung. In: Huppert, Walter (Hrsg.): Integriertes Wasserressourcenmanagement (IWRM). Ein Konzept in die Praxis überführen, Baden-Baden, S. 135-159.

Ediger, Wolfhard (1997): Wasser als natürlicher Rohstoff. In: Barandat, Jörg (Hrsg.): Wasser – Konfrontation oder Kooperation. Ökologische Aspekte von Sicherheit am Beispiel eines weltweit begehrten Rohstoffes, Baden-Baden.

Eisener, Reinhard (1991): Auf den Spuren des tadschikischen Nationalismus. Aus Texten und Dokumenten zur Tadschikischen SSR, Berlin.

Eliseev, Juriy (2008): „Raspredelenie vodnih resursov regiona trebuet podpisanija mnogostoronnego mezhstranovogo soglashenija" [Die Verteilung der Wasserressourcen erfordert die Unterzeichnung eines umfangreiches zwischenstaatliches Abkommens]. In: Fergana.RU, 27.07., http://www.ferghana.ru/article.php?id=5796, abgerufen am 16.09.2008.

Erler, Gernot (2007): Erfahrung und Interesse. Das EU-Engagement in Zentralasien. In: Osteuropa, 57. Jg., 8-9/2007: Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen, S. 369-376.

Europäischer Rat (2000):Programm TACIS (2000-2006). In: Europa. Zusammenfassung der Gesetzgebung der Union, http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/r17003.htm, abgerufen am 01.09.2008.

Europäische Kommission: Europäische Nachbarschaftspolitik: Finanzierung. , http://ec.europa.eu/world/enp/funding_de.htm , abgerufen am 01.09.2008.

Europäische Kommission (2000): Grünbuch. Die Sicherheit der Energieversorgung der Union, Brüssel. In: Europa. Zusammenfassung der Gesetzgebung der Union, http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l27037.htm, abgerufen am 05.09.2008.

European Commission (2008): External Relations: EU's relations with Central Asia- Partnership & Cooperation Agreements, http://ec.europa.eu/external_relations/central_asia/pca/index_en.htm , abgerufen am 01.09.2008.

European Commission (2008a): External Relations: Joint Progress Report by the Council and the European Commission to the European Council on the implementation of the EU Central Asia Strategy, http://ec.europa.eu/external_relations/central_asia/docs/progress_report_0608_en.pdf, abgerufen am 03.09.2008.

Copyrighted material

European Commission (2008b): External cooperation programms: country cooperation , http://ec.europa.eu/europeaid/where/asia/country-cooperation/index_en.htm, abgerufen am 11.09.2008.

European Community (2007): Regional Strategy Paper for Assistance to Central Asia for the period 2007-2013, http://ec.europa.eu/external_relations/central_asia/rsp/07_13_en.pdf, abgerufen am 12.08.2008.

Europäischer Rat (2000): Programm TACIS (2000-2006). In: Europa. Zusammenfassung der Gesetzgebung der Union, http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/r17003.htm, abgerufen am 01.09.2008.

Expert Kasachstan № 1(3) (19.01.2004): „O dejatelnosti CNPC na territorii Kasachstana" [Expert Kasachstan Nr. 1(3): Über die CNPC Tätigkeit auf dem Territorium Kasachstans] , http://www.expert.ru/printissues/kazakhstan/2004/01/01ka-knelson1/, abgerufen am 14.07.2008.

Eygorn, F. (2007): K probleme Aralskogo morja i Priaral'ja [Zum Problem des Aralsee und der Pri-Aral-region]. In: CentralAsia.ru, http://www.centrasia.ru/newsA.php4?st=1178783820 Stand: 10.05.2007, Abgerufen am 23.08.2007.

Falkenmark, Malin (1982): Rural water supply and health. The need for a new strategy, Uppsala.

Fergana.RU (2007): „Tadschikistan: Iranskaja kompanija Sangob pristupila k stroitelstvu zdanija GES Sangtuda 2" [Tadschikistan: die iranische Gesellschaft Sangob hat mit dem Bau des Gebäudes des Wasserkraftwerkes Sangtuda 2 angefangen], 22.08., http://www.ferghana.ru/news.php?id=6868, abgerufen am 10.08.2008.

FOCUS Online (2007): Aufrüstung. Die USA treiben Militärausgaben in die Rekordhöhe., 11.06., http://www.focus.de/politik/ausland/aufruestung_aid_62971.html, abgerufen am 01.09.2008.

Fumagalli, Matteo (2007): Usbekische Zwickmühle. Staatsnationalismus und Auslandsusbeken. In: Osteuropa , 57. Jg., 8-9/2007: Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen, S. 237-243.

Gabuev, Aleksandr (2008): Vstrecha na vinuzhdennom urovne. Dmitri Medvedev popitaetsya sohranit' vlijanie Rossii v SHOS [Das Treffen auf der erzwungenen Ebene. Dmitri Medwedew wird versuchen, den russischen Einfluss im SCO zu bewahren]. In: Zeitung Kommersant Nr. 153 (3970).

Geiß, Paul Georg (1995): Nationenwerdung in Mittelasien, Frankfurt am Main.

Genç, Savas (2006): Das neue „Great Game" in Zentralasien um das Erdöl. Eine Region im Fadenkreuz der internationalen Interessen, Heidelberg.

Giese, Ernst/Bahro, Gundula/Betke, Dirk (1998): Umweltzerstörungen in Trockengebieten Zentralasiens (West- und Ost-Turkestan). Ursachen, Auswirkungen, Maßnahmen. Stuttgart.

Giese, Ernst/Sehring, Jennifer/Trouchine, Alexei (2004): Zwischenstaatliche Wassernutzungskonflikte in Zentralasien, Gießen.

Giese, Ernst/Sehring, Jennifer (2007): Konflikte ums Wasser. Nutzungskonkurrenz in Zentralasien. In: Osteuropa , 57. Jg., 8-9/2007: Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen, S. 483-496.

Gleick, Peter H. (1993): Water and conflict. In: International Security Vol. 18, No. 1, Summer 1993, S. 79-112.

Grozin, A.V. (2001): ‚Vodnaja geopolitika' v ‚novoj Azii': konfliktnyj potencial narastaet (‚Wassergeopolitik' im ‚neuen Asien': das Konfliktpotenzial verstärkt sich), www.zatulin.ru/institute/sbornik/022/03.shtml, Stand: 01.02.2001, abgerufen am 10.09.2007.

Gumppenberg, Marie-Carin (2002): Usbekistan. In: Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse. FES, Herbst 2002, http://library.fes.de/pdf-files/iez/01934.pdf, Abgerufen am 15. 09.2007.

Gumppenberg, Marie-Carin/Steinbach, Udo (2004): Zentralasien. Geschichte, Politik, Wirtschaft. Ein Lexikon, München.

Hahn, Patricia (2004): Zwischen Widerstand und Konformität – Zur Diversität uigurischer Identität in Xinjiang drei Jahre nach dem 11. September 2001. In: China Aktuell. Monatszeitschrift, September.

Copyrighted material

Halbach, Uwe (2007): Das Erbe der Sowjetunion. Kontinuitäten und Brüche in Zentralasien. In: Osteuropa, 57. Jg., 8-9/2007: Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen, S. 77-98.

Halliday, Fred (1994): Rethinking International Relations, London.

Hauff, Volker (Hrsg.)(1987): Unsere gemeinsame Zukunft: Der Brundtlandbericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven.

Heuer-Vogel, Daniela(2000): Die Politisierung ethnischer Identitäten im internationalen Staatensystem. Muslime unter chinesischen Herrschaft, Frankfurt am Main.

Herrfahrdt, Elke/Kipping, Martin/Pickardt, Tanja/Polak, Mathias/Rohrer, Caroline/Wolf, Carl Felix (2006): Water Governance in the Kyrgyz agriculture sector: on its way to Integrated Water Resorce Management? In: Studies der deutschen Institut für die Entwicklungspolitik (DIE), Bonn.

Herrfahrdt, Elke (2004): Landwirtschaftliche Transformation, Desertifikation und nachhaltige Ressourcennutzung. Fallbeispiel Usbekistan. In: Studies der deutschen Institut für die Entwicklungspolitik (DIE), Bonn.

Holtman, Everhard (2000): Politik-Lexikon, München.

Houdret, Annabelle (2008): Knappes Wasser, reichlich Konflikte? Lokale Wasserkonflikte und die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit, INEF Policy Brief 3/2008., http://www.inef.uni-duisburg.de/page/documents/PolicyBrief03.pdf, abgerufen am 01.09.2008.

Hunter, Soireen (2007): Iran, Turkey, and Central Asia: The Islamic Connection. In: Davis, Elizabeth Van Wie/Azizian, Rouben (Hrsg.): Islam, Oil, and Geopolitics. Central Asia after September 11, USA, S. 187-201.

Huppert, Walter (Hrsg.) (2005): Integriertes Wasserressourcen-Management (IWRM). Ein Konzept in die Praxis überführen, Baden-Baden.

Huppert, Walter (2005): Was ist IWRM?- Plädoyer für ein differenziertes Verständnis des Konzepts „Integriertes Wasserressourcenmanagement". In: Huppert, Walter (Hrsg.): Integriertes Wasserressourcenmanagement (IWRM). Ein Konzept in die Praxis überführen, Baden-Baden, S. 15-31.

International Grisis Group (2002): Zentralnaja Asija: Voda i Konflikt [Zentralasien: Wasser und Konflikt], ICG Asia Report No. 34 , http://www.crisisweb.org//library/documents/asia/central_asia/russian_translations/034_water_and_conflict_russn_034.pdf, abgerufen am 25.03.2007.

International Grisis Group (2005): Hlopkovoe prokljatie: razrushitelnaja monokultura Zentralnoy Azii [Flucht der Baumwolle: die zerstörerische Monokultur Zentralasiens], Asia Report No. 93, http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=3294&l=3, abgerufen am 12.07.2007.

International Crisis Group (2006): Zentralnaja Asija: kakova rol' Evropeyskogo Sojuza? [Zentralasien: was ist die Rolle der Europäischen Union?], ICG Asia Report No. 113, http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=4065&l=3, abgerufen am 11.08.2008.

Jigarev, Sergey (2008): „Vodno-energeticheskie problemi v Zentralnoasiatskom regione i puti ich reshenija" (Die Probleme im Wasser und Energiebereich in der zentralasiatischen Region und die Wege für deren Lösung). In: Problems of Aral: Impact on the gene pool of Population, Flora, Fauna and international Kooperation for mitigation consequences. Nukus-Taschkent. http://aralconference2008.uz/download/Jigarev_ru.pdf, abgerufen am 17.09.2008.

Johnson, Rob (2007): Oil, Islam and Conflict. Central Asia since 1945, Trowbridge.

Junshaojuj (2008): Po mneniju expertov: gazoprovod "Kitay-Turkmenistan" zatronul chuvstvitelnie nervi Rossii [Nach der Meinung der Experten: die Gaspipeline "China-Turkmenistan" hat die russischen Nerven strapaziert], http://russian.xjts.cn/xinjiang/content/2008-07/28/content_2730210.htm, abgerufen am 11.09.2008.

Kabiri, Muhidin (2007). Redebeitrag beim 137. Bergedorfer Gesprächskreis: Europäische Politik in Zentralasien, Astana, 4.-6. Mai 2007.

Kaiser, Markus (1994): Migration als Ergebnis interethnischer Konflikte in Zentralasien. Nationenbildung, Ethnizität und Konflikt, Berlin.

Copyrighted material

Keck, Otto (1997): Der Beitrag rationaler Theorienansätze zur Analyse von Sicherheitsinstitutionen. In: Haftendorn, Helga/Keck, Otto (Hrsg.): Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden.

Khamidov, Alisher (2007): Countering Religious Extremism in Central Asia: Hizb-ut-Tahrir and the Islamic Movement of Uzbekistan. In: Davis, Elizabeth Van Wie/Azizian, Rouben (Hrsg.): Islam, Oil, and Geopolitics. Central Asia after September 11, USA, S. 77-91.

Klötzli, Stefan (1994): The Water and Soil Crisis in Central Asia – a Source for Future Conflicts?, Occasional Paper No 11 ENCOP, Zürich.

Klötzli, Stefan (1996): Politisch-geographische Konfliktanalyse einer Ökoregion: das Beispiel Zentralasien. In: Bächler, Günther/Böge, Volker/Klötzli, Stefan/Libiszewski, Stephan/Spillmann, Kurt R.: Kriegsursache Umweltzerstörung. Ökologische Konflikte in der Dritten Welt und Wege ihrer friedlichen Bearbeitung. Abschlussbericht des Environment and Conflicts Projekt ENCOP, Zürich.

Klötzli, Stefan (1997): Das „Aralsee-Syndrom" in Zentralasien: Hindernis oder Chance regionaler Kooperation? In: Barandat, Jörg (Hrsg.): Wasser – Konfrontation oder Kooperation. Ökologische Aspekte von Sicherheit am Beispiel eines weltweit begehrten Rohstoffes, Baden-Baden.

Kluge, Thomas (2005): Kritische Betrachtung des Ansatzes „Integriertes Wasserressourcenmanagement" (IWRM). In: Huppert, Walter (Hrsg.): Integriertes Wasserressourcenmanagement (IWRM). Ein Konzept in die Praxis überführen, Baden-Baden, S. 31-45.

Konarovsky, Mikhail A. (2007): Central Asia and the War against Terrorism: A View from Russia. In: Davis, Elizabeth Van Wie/Azizian, Rouben (2007): Islam, Oil, and Geopolitics. Central Asia after September 11, USA, S. 13-27.

Krysiak, Daniela (2007): Nachhaltigkeit im Spannungsfeld von intra- und intergenerationeller Gerechtigkeit. In: Jahrbuch Ökologische Ökonomik, Band 5, Marburg.

Kudrjashov, Andrey (11.06.2006): Viktor Duchovny: „V povorote sibirskih rek Rossija mozhet bit' zainteresovanna ne menshe Usbekistana" (Viktor Duchovny: „ In der Umleitung der sibirischen Flüsse hat Russland nicht weniger Interesse als Usbekistan). In: Fergana.RU, http://www.ferghana.ru/article.php?id=4445, abgerufen am 11.08.2008.

Kuznezova, S.I. (2006): Strani Zentralnoy Azii na rubezhe XX - XXI ww.: stanovlenie nazionalnih gosudarstv [Länder Zentralasiens auf der Schwelle des XX.- XXI. Jahrhunderts: die Entstehung der Nationalstaaten]. Referativniy sbornik [Sammelband]. In: Rossiyskaja Akademija Nauk. [Russische Akademie der Wissenschaften], Moskau.

Leist, Anton (2007): Ökologische Gerechtigkeit ist besser als Nachhaltigkeit. In: das Parlament. Eine Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 24, Stand: 11.06.2007, http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/24/Beilage/001.html, Abgerufen am 20.07.2007.

Lenz, Carsten/Ruchlak, Nicole (2001): Kleines Politik-Lexikon, München.

Libiszewski, Stephan (1996): Internationale Konflikte um die Nutzung fließender Gewässer. In: Bächler, Günther/Böge, Volker/Klötzli, Stefan/Libiszewski, Stephan/Spillmann, Kurt R.: Kriegsursache Umweltzerstörung. Ökologische Konflikte in der Dritten Welt und Wege ihrer friedlichen Bearbeitung. Abschlussbericht des Environment and Conflicts Projekt ENCOP, Zürich.

Lounev, Sergey (2007): Russian-Indian Relations in Central Asia. In: Davis, Elizabeth Van Wie/Azizian, Rouben (2007): Islam, Oil, and Geopolitics. Central Asia after September 11, USA, S. 173-186.

Ludi, Eva (2003): Umweltkonflikte – Katalysatoren für Kooperation. In: Steinmezt, Elke (Bear.): Naturschutz – (Aus) Löser von Konflikten? Dokumentation einer Tagung des Bundesamtes für Naturschutz und der Heinrich Böll Stiftung vom 25. - 27. November 2002 in Berlin, Berlin.

Markov, Grigoriy (26.03.2004): „Turkmenbashi reshil okonchatelno unichtozhit Aralskoe more" [Der Turkmenbashi will den Aralsee endgültig vernichten]. In: Fergana.RU, http://www.ferghana.ru/article.php?id=2698, abgerufen am 16.09.2008.

Copyrighted material

Masala, Carlo (2005): Kenneth N. Waltz. Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern, Baden-Baden.

Matveeva, Anna (2007): Traditionen, Kalküle, Funktionen. Russlands Rückkehr nach Zentralasien. In: Osteuropa , 57. Jg., 8-9/2007: Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen, S. 277-294.

Melikova, Natalya/Sardovskiy, Konstantin (26.01.2006): Karimov rasplatilsya po chetam [Karimov hat seine Rechnungen bezahlt]. In: Nezavisimaja Gazeta,, http://www.ng.ru/politics/2006-01-26/2_karimov.html, abgerufen am 05.08.2008.

Michaelis, Birgit (2000): Gerechtigkeit und Solidarität im Kontext nachhaltiger Entwicklung, Berlin.

Morel, Pierre (2006): Interview mit dem EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien, Pierre Morel, in der Zeitschrift „Deutschland" 6/2006., http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Zentralasien-Morel.pdf, abgerufen am 20.08.2008.

Morel, Pierre (2007): Redebeitrag beim 137. Bergedorfer Gesprächskreis: Europäische Politik in Zentralasien, Astana 4.-6. Mai 2007.

Morgenthau, Hans J. (1963): Macht und Frieden, Gütersloh.

Namatbaeva, Tolkun (01.10.2003): „Problemi polzovanija vodoy uzhe vizivajut konflikti s Usbekistanohm i Tadschikistanom" (Die Probleme der Wassernutzung rufen bereits die Konflikte zwischen Usbekistan und Tadschikistan hervor). In: Fergana.RU, http://www.ferghana.ru/article.php?id=2164, abgerufen am 05.05.2008.

Neubert, Susanne/Herrfahrdt, Elke (2005): Integriertes Wasserressourcen-Management: ein realistisches Konzept für Entwicklungs- und Transformationsländer? In: Dirk Messner/ Imme Scholz (Hrsg.), Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Baden-Baden, S. 237-251.

Niepagenkemper, Eva (Juni 2007): Zwischen Förderung von Stabilität, Menschenrechten und langfristigen Wirtschaftsinteressen. Wo steht die Zentralasienstrategie der EU? In: BICC Focus 5, http://www.zef.de/module/register/media/c69d_focus_5_zentralasien.pdf, abgerufen am 25.08.2008.

OECD Umweltausblick bis 2030. Zusammenfassung in Deutsch., http://www.oecd.org/dataoecd/30/41/40203598.pdf, abgerufen am 05.09.2008.

Olcott, Martha Brill (2002): Kazakhstan: Unfulfilled promise. In: Kuznezova, S.I. (2006): Strani Zentralnoy Azii na rubezhe XX - XXI ww.: stanovlenie nazionalnih gosudarstv [Länder Zentralasiens auf der Schwelle des XX.- XXI Jahrhunderts: die Entstehung der Nationalstaaten] Referativniy sbornik [Sammelband]. In: Rossiyskaja Akademija Nauk. [Russische Akademie der Wissenschaften], Moskau.

Olcott, Martha Brill (2005): Central Asia's Second Chance, Washington.

Olimov, M./Petrov, G. (2007): Sovremennoe sostojanie mezhgosudarstvennih svjazey v sfere vodnih resursov Zentralnoy Asii [Gegenwärtige Lage von zwischenstaatlichen Bindungen im Bereich der Wasserressourcen Zentralasiens]. In: Tschufrin, G.I. (2007) (Hrsg.): Sovremennoe sostojanie i perspektivi ispolzovanija vodnih resursov v Zentralnoy Asii. Analiticheskiy doklad [Gegenwärtige Lage und Perspektiven der Nutzung von Wasserressourcen in Zentralasien. Analytischer Vortrag], Asia Strategy. Fond strategicheskogo issledovanija Zentralno-Asiatskogo regiona [Der Fond für strategische Forschung der zentralasiatischen Region] http://www.asiastrategy.ru/?press&press_id=5&PHPSESSID=0d54f45c00bfab92f5ec5a298b47da60, Abgerufen am 10.03.2008.

Paech, Niko/Pfriem, Reinhard (2007): Wie kommt das Soziale in die Nachhaltigkeit? In: Jahrbuch Ökologische Ökonomik, Band 5, Marburg.

Panfilova, Victoria (30.06.2004): Usbekistan zarabotal na sammite SCO pochti 4 Milliarda dollarov. Kitay nachal prodvizhenie v glub' Zentralnoy Azii (Usbekistan hat bei dem letzen SCO Treffen fast 4 Mrd. Dollar verdient. China hat seine Expansion in die zentralasiatische Region begonnen). In: Nezavisimaja Gazeta., http://www.ng.ru/cis/2004-06-30/5_shos.html, abgerufen am 10.09.2008.

Copyrighted material

Papyrin, Leonid (04.07.2007): „Plani po stroitelstvu Rogunskoy GES tormozjatsya v pravitelstvennih kabinetah Tadjikistana" (Die Pläne über den Bau vom Rogun Wasserkraftwerk werden in den tadschikischen Regierungskreisen gebremst). In: Fernaga.RU, http://www.ferghana.ru/article.php?id=5212, abgerufen am 10.09.2008.

Perthes, Volker (2007): Redebeitrag beim 137. Bergedorfer Gesprächskreis: Europäische Politik in Zentralasien, Astana 4.-6. Mai 2007.

Peyrouse, Sebastien (2007): Rückkehr und Aufbruch. Zentralasiatische Migrationströme. In: Osteuropa, 57. Jg., 8-9/2007: Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen, S. 245-255.

Rahmatulina, G. (2007): Sovremennoe sostojanie mezhgosudarstvennih svjazey v sfere vodnih resursov Zentralnoy Asii [Gegenwärtige Lage von zwischenstaatlichen Bindungen im Bereich der Wasserressourcen Zentralasiens]. In: Tschufrin, G.I. (2007) (Hrsg.): Sovremennoe sostojanie i perspektivi ispolzovanija vodnih resursov v Zentralnoy Asii. Analiticheskiy doklad [Gegenwärtige Lage und Perspektiven der Nutzung von Wasserressourcen in Zentralasien. Analytischer Vortrag], Asia Strategy. Fond strategicheskogo issledovanija Zentralno-Asiatskogo regiona [Der Fond für strategische Forschung der zentralasiatischen Region] http://www.asiastrategy.ru/?press&press_id=5&PHPSESSID=0d54f45c00bfab92f5ec5a298b47da60, Abgerufen am 10.03.2008.

Rahr, Alexander (2000): Europe in the New Central Asia. In: Sherman, Garnett (Hrsg.): The New Central Asia. In Search of Stability: A Report to the Trilateral Commision, New York, S. 50-79.

Rahr, Alexander (2007)a: Redebeitrag beim 137. Bergedorfer Gesprächskreis: Europäische Politik in Zentralasien, Astana 4.-6. Mai 2007.

Rahr, Alexander (2008): Russland gibt Gas. Die Rückkehr einer Weltmacht, München.

Rechkemmer, Andreas/Schmidt, Falk (2006): Neue globale Umweltpolitik. Die Bedeutung der UN-Reform für eine nachhaltige Wasser- und Waldpolitik, Berlin.

REGNUM (25.06.2008): „President Rossii podpisal zakon ob uregulirovanii zadolzhennosti Tadschikistan" (Der Präsident Russlands hat das Gesetz über die Schuldenregelung Tadschikistans unterzeichnet) http://www.regnum.ru/news/1027793.html, abgerufen am 10.09.2008.

Rede von Bundesminister Steinmeier anlässlich der Eröffnung der Konferenz „Zentralasien und Europa: Eine neue Wirtschaftspartnerschaft für das 21. Jh." am 13.11.2007, http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2007/071113-SteinmeierKonferenzZentralasienEuropa.html, abgerufen am 14.11.2007.

RIA Novosti (28.07.2008): Iran bewirbt sich weiter um Vollmitgliedschaft bei Schanghaier Organisation , http://de.rian.ru/world/20080728/115083200.html, abgerufen am 01.08.2008.

Roy, Oliver (2000): The New Central Asia. The Creation of Nations, New York.

Rumer, Eugene B. (2007): Peripherie, Zentrum, Problemfall. Die Zentralasienpolitik der USA. In: Osteuropa , 57. Jg., 8-9/2007: Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen, S. 295-312.

Santarius, Tilman (2007): Klimawandel und globale Gerechtigkeit. In: das Parlament. Eine Beilage aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 24, 11.06.2007http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/24/Beilage/index.html, abgerufen am 20.07.2007.

Sarkar, Atanu (März 2008): „Vzaimodeystvie zdravoohranenija s sostojaniem okruzahjushey sredi v kontekste katastrofi Aralskogo morja" [Das Zusammenwirken des Gesundheitssystems mit dem Umweltzustand im Kontext der Katastrophe des Aralsees]. In: Problems of Aral: Impact on the gene pool of Population, Flora, Fauna and international Kooperation for mitigation consequences. Nukus-Taschkent, http://aralconference2008.uz/download/Atanu_Sarkar_Aral_rus.pdf, abgerufen am 12.09.2008.

Scharipow, Suchrob (2007): Redebeitrag beim 137. Bergedorfer Gesprächskreis: Europäische Politik in Zentralasien, Astana 4.-6. Mai 2007.

Scherer, Roland (1997): Wasser als Grenze – Kooperation statt Konfrontation. Einige grundsätzliche Anmerkungen zur grenzüberschreitenden Umweltpolitik. In: Barandat, Jörg (Hrsg.): Wasser – Konfron-

Copyrighted material

tation oder Kooperation. Ökologische Aspekte von Sicherheit am Beispiel eines weltweit begehrten Rohstoffes, Baden-Baden.

Schlageter, Jürg (2003): Zentralasien von Marx zu Mohammed, Norderstedt.

Schmitz, Andrea (2007): Interessen, Instrumente, Einflussgrenzen. Die Europäische Union und Zentralasien. In: Osteuropa , 57. Jg., 8-9/2007: Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen, S. 327-338.

Schweller, Randall L. (1994): Bandwagoning for Profit: Bringing the Revisionist State Back In. In: International Security, *Vol.* 19, No. 1, S. 72-107.

Sehring, Jennifer (2002): Kooperation bei Wasserkonflikten: Die Bemühungen um nachhaltiges Wassermanagement in Zentralasien, Mainz.

Shadimetov, Jusufzhan (März 2008): „Problemi Arala i Priaral'je- imperativ k mezhdunarodnomu sotrudnichestvu" (Die Probleme des Arals und der Pri-Aral-Region – der Imperativ zu der internationalen Zusammenarbeit). In: Problems of Aral: Impact on the gene pool of Population, Flora, Fauna and international Kooperation for mitigation consequences. Nukus-Taschkent, http://araiconference2008.uz/download/Shadimetov_ru.pdf, abgerufen am 15.09.2008.

Shaolei, Feng (2007): Chinese-Russian Strategic Relations: The Central Asian Angle. In: Davis, Elizabeth Van Wie/Azizian, Rouben (Hrsg.): Islam, Oil, and Geopolitics. Central Asia after September 11, USA, S. 203-216.

Shiva, Vandana (2003): Der Kampf um das blaue Gold. Ursachen und Folgen der Wasserverknappung, Zürich.

Siedschlag, Alexander (1997): Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik. Beispiel internationale Sicherheit – theoretische Bestandaufnahme und Evaluation, Opladen.

Simon, Gerhard (1986): Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden.

Simons Jr, Thomas W. (2007): The United States, Asian Security, and Central Asia before and after September 11. In: Davis, Elizabeth Van Wie/Azizian, Rouben (2007): Islam, Oil, and Geopolitics. Central Asia after September 11, USA, S. 271-285.

Sokolov, Vadim (09.08.2008): Pora perestat obvinjat' drug druga i nachat dogovarivatsya [Man muss endlich aufhören, einander zu beschuldigen, und anfangen, zu verhandeln]. In: Fergana.RU, http://www.ferghana.ru/article.php?id=5815, abgerufen am 16.09.2008.

Spoor, Max (1998): The Aral Sea Basin Crisis: Transition and Environment in Former Soviet Central Asia. In: Development and Change, Vol. 29, S. 409-435.

Stadelbauer, Jörg (2007): Zwischen Hochgebirge und Wüste. Der Naturraum Zentralasien. In: Osteuropa, 57. Jg., 8-9/2007: Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen, S. 9-26.

Steinmeier, Frank-Walter: Rede des Bundesministers des Auswärtigen zur Eröffnung der Konferenz „Wasser verbindet – Neue Perspektiven für Kooperation" am 1. April 2008 in Berlin. In: Bulletin der Bundesregierung Nr. 28-2 vom 1. April 2008, http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2008/080401-BM-Wasserkonferenz.html, abgerufen am 30.08.2008.

Stratenschulte, Eckart D. (2007): Europas Politik nach Osten. Grundlagen – Erwartungen – Strategien, Hamburg.

Sultanow, Bulat (2007): Redebeitrag beim 137. Bergedorfer Gesprächskreis: Europäische Politik in Zentralasien, Astana 4.-6. Mai 2007.

The Fund for Peace (2008): Failed States Index 2008, http://www.fundforpeace.org/web/index.php?option=com_content&task=view&id=99&Itemid=140, abgerufen am 05.09.2008.

Tschufrin, G.I. (2007) (Hrsg.): Sovremennoe sostojanie i perspektivi ispolzovanija vodnih resursov v Zentralnoy Asii. Analiticheskiy doklad [Gegenwärtige Lage und Perspektiven der Nutzung von Wasserressourcen in Zentralasien. Analytischer Vortrag]. In: Asia Strategy. Fond strategicheskogo issledovanija Zentralno-Asiatskogo regiona [Der Fond für strategische Forschung der zentralasiatischen Region]

Copyrighted material

http://www.asiastrategy.ru/?press&press_id=5&PHPSESSID=0d54f45c00bfab92f5ec5a298b47da60, Abgerufen am 10.03.2008.

Transparency International (2007): Corruption Perceptions Index 2007 http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2007, Abgerufen am 01.09.2008.

Trenin, Dimitri (2002): Russland und die neue Weltordnung. Eine Moskauer Sicht. In: Internationale Politik, Oktober 2002.

Trouch, Sergei (2007): China and Russia in Central Asia: Interests and Tendencies. In: Davis, Elizabeth Van Wie/Azizian, Rouben (Hrsg.): Islam, Oil, and Geopolitics. Central Asia after September 11, USA, S. 217-230.

Trouchine, Alexei/Giese, Ernst (2006): Aktuelle Probleme der Energiewirtschaft und Energiepolitik in Zentralasien, Gießen.

Trushin E. and Trushin E.: Challenges to economic policy in Central Asia: is a miracle possible? In: Rumer, B. (2002): Central Asia: A gathering Storm?, Sharpe, S. 376-428.

UNDP (2007/2008): Human Development Reports (Statistics), http://hdr.undp.org/en/statistics/, abgerufen am 23.09.2008.

United Nations Office on Drugs and Crime (2005): World Drug Report, Vol. 2 (Statistics), Wien.

U.S. Department of State: U.S. Government Assistance to and Cooperative Activities with Eurasia (2001-2006), http://www.state.gov/p/eur/rls/rpt/c10250.htm, abgerufen am 03.09.2008.

Valintini, K./Orolbaev, E./Abilgazieva, A. (2004): Vodnie problemi Zentralnoy Azii [Die Probleme ums Wasser in Zentralasien], Bischkek, http://library.fes.de/pdf-files/bueros/zentralasien/50115.pdf, abgerufen am 10.09.2007.

Viertes Werkstattgespräch (2005): „Integriertes Wasserressourcenmanagement (IWRM): Ein Konzept in die Praxis überführen". Zusammenfassung , http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/fa66ed1ab3b8efd6c1256ce100431e37/$FILE/4-Zusammenfassung-Prozent20zumProzent20ViertenProzent20WG_05-06-05.pdf, abgerufen am 09.11.2007.

Vogt, Thomas (1999): Der Neorealismus in der internationalen Politik. Eine wissenschaftstheoretische Analyse, Wiesbaden.

Wacker, Gudrun (2007): Neue alte Nachbarn. China und Zentralasien. In: Osteuropa , 57. Jg., 8-9/2007: Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen, S. 312-325.

Waltz, Kenneth N. (1959): Man, the state and war, New York.

Waltz, Kenneth N. (1979): Theory of international politics, New York.

Wälzholz, Gunnar (1998): Lettische Nationenbildung in der Transformation. Gemeinschafts- und gesellschaftsbildende Aspekte unter besonderer Berücksichtigung der Sprach- und Staatsangehörigkeitpolitik, Berlin.

Warkotsch, Alexander (2006): Die Zentralasienpolitik der Europäischen Region. Interessen, Strukturen und Reformoptionen, Frankfurt/Main.

Wegerich, Kai (2005): Wasserverteilung im Flusseinzugsgebiet des Amudarja – offene und verdeckte Probleme, heute und in der Zukunft. In: Huppert, Walter (Hrsg.): Integriertes Wasserressourcenmanagement (IWRM). Ein Konzept in die Praxis überführen, Baden-Baden, S. 201-217.

Weiss, Gebhardt (2007): Redebeitrag beim 137. Bergedorfer Gesprächskreis: Europäische Politik in Zentralasien, Astana 4.-6. Mai 2007.

Winterstein, Judith (2006): Sicherheitsrisiko Umweltzerstörung: Auslöser für Gewaltkonflikte? Wasser und Land als Determinanten von Gewalteskalation. An den Beispielen Sudan und Somalia, Berlin.

Wipperführth, Christian (2007): Russland und seine GUS-Nachbarn. Hintergründe, aktuelle Entwicklungen und Konflikte in einer ressourcenreichen Region, Stuttgart.

Copyrighted material

WRI (2005): Earth Trends, Fresh Water Resources 2005, http://earthtrends.wri.org/pdf_library/data_tables/wat2_2005.pdf, abgerufen am 29.03.2008.

WRI (2007): Earth Trends, Water Resources and Freshwater Ecosystems – Actual Renewable Water Resources: Per Capita 2007, http://earthtrends.wri.org/, abgerufen am 29.03. 2008.

Wu, Kang (2007): China's Energy Interests and Quest for Energy Security. In: Davis, Elizabeth Van Wie/Azizian, Rouben (2007): Islam, Oil, and Geopolitics. Central Asia after September 11, USA, S. 123-144.

Yinhong, Shi: Great Power Politics in Central Asia Today: A Chinese Assessment. In: Davis, Elizabeth Van Wie/Azizian, Rouben (2007): Islam, Oil, and Geopolitics. Central Asia after September 11, USA, S. 161-171.

Zairov, Bahodur (21.01.2008): Tadschikistan: vvod v deystvie GES „Sangtuda 1"- realniy shag k energeticheskoy nezavisimosti strani [Tadschikistan: die Inbetriebnahe des Wasserkraftwerkes „Sangtuda 1"- ein Schritt in Richtung der Energiesicherheit des Landes], http://www.ferghana.ru/article.php?id=5563, abgerufen am 11.09.2008.

Zenkovitsch, Olga (17.09.2003): „Akademik Danilov-Daniljan kategoricheski protiv proekta „povorota rek",(Der akademische Wissenschaftler Danilov-Daniljan ist eindeutig gegen das Projekt „der Umleitung der Flüsse"). In: Fergana.RU, http://www.ferghana.ru/article.php?id=2102, abgerufen am 20.07.2008.

Welt Trends *Thesis*

Diplom, Magister oder **Master** erfolgreich abgeschlossen?
Ein interessantes **Thema** bearbeitet?
Neues herausgefunden?

Dann veröffentlichen wir Ihre Arbeit!
Schnell und preiswert – und doch eine vollwertige Publikation: Die WT-*Thesis*

Bisher erschienen:
1 | Nina Kolleck: Von Alaska bis Feuerland? Hegemonie und die FTAA
2 | Die „dritte Generation" – Essays zu den deutsch-polnischen Beziehungen
3 | Christian Kube: Immigration und Arbeitskämpfe in den USA
4 | Franziska Krämer: Deutsche Kosovopolitik 1999-2007
5 | Julia Bar: Wasserkonlikte in Zentralasien
6 | Andrea Iro: Peacebuilding in Sierra Leone

Wenn Sie an der Publikation einer eigenen WT-*Thesis* interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Prof. Dr. Jochen Franzke (0331-9774540 oder franzke@uni-potsdam.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de *oder* ubpub@uni-potsdam.de
www.welttrends.de

Abbildungen

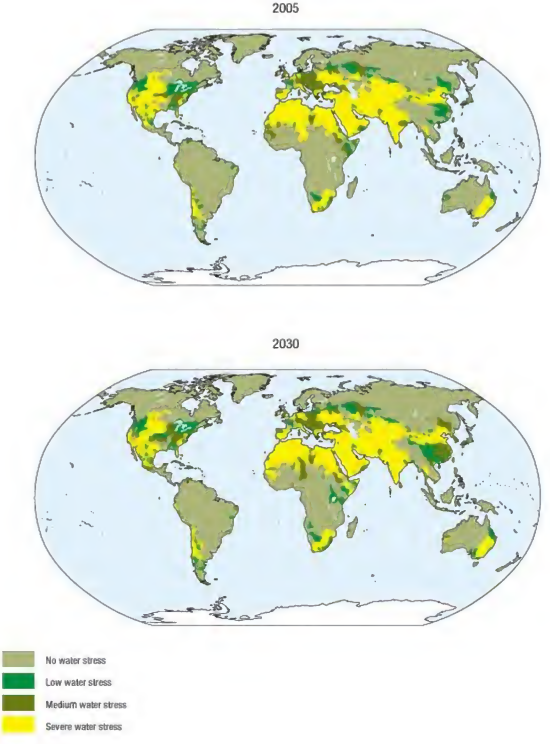


Abbildung 1: Wasserstress 2005 und 2030
Quelle: http://www.oecd.org/dataoecd/61/13/40249475.pdf

Copyrighted material

Abbildung 2: Politische Karte Zentralasiens
Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Zentralasien-politisch-2005_1-2048x1536.jpg, abgerufen am 12.12.2007.

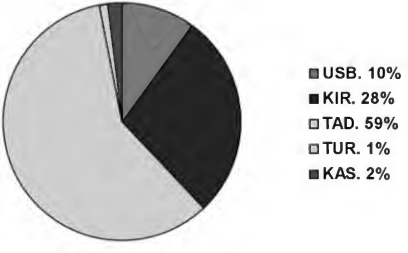


Abbildung 3A: Abflussbildung in Zentralasien

Copyrighted material

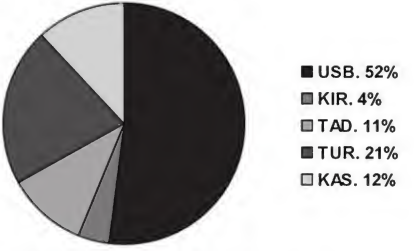


Abbildung 3 B: Wassernutzung in Zentralasien
Quelle: McKinney (2005: 191), zitiert nach Warkotsch (2006: 49).

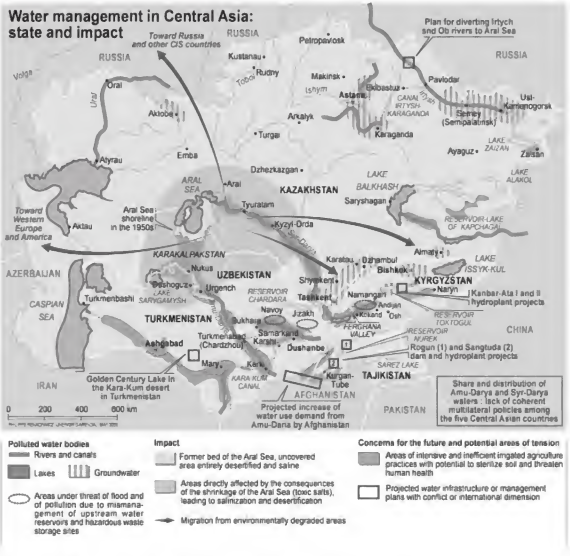


Abbildung 4: Wassermanagement in Zentralasien
Quelle: http://maps.grida.no/go/graphic/water_management_in_central_asia_state_and_impact1, abgerufen am 11.09.2008

Copyrighted material

Welt Trends

Nummer 57 | Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien

Ressource Wasser

Regulieren statt Privatisieren
Armut, Klimawandel und Wasser
Wasser ohne Grenzen
Zentralasien: Flüsse und Recht
Wasser in Südafrika
Paradigmenwechsel gefordert!
– – –
Migration und EU-Grenzen
Bildung in Vietnam
NATO und Russland

bestellung@welttrends.de
www.welttrends.de

Welt Trends
Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien

Welt Trends
Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die aktuelle Ausgabe Nr. 58!

Regionalmacht Iran

Selbstverständnis und Handeln
Der Faktor Erdöl
Irans Atomprogramm
„Schurkenachse" mit Venezuela?

Militärmacht Deutschland?
Fortsetzung der Debatte

Polen sucht Harmonie
Pakistan in der Krise

Ab sofort 6 Mal pro Jahr erhältlich!

bestellung@welttrends.de www.welttrends.de

Welt Trends
Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die aktuelle Ausgabe Nr. 59!

EU-Außenpolitik nach Lissabon

Regieren ohne Demokratie
GASP – Wie viel Konsens?
Komplexität statt Kohärenz
Akteur €-Zone

Militärmacht Deutschland?
Fortsetzung der Debatte

Bartoszewski: Polens Öffnung
Türkei-Intervention im Irak

Für die Leser dieser Anzeige zum Preis von 5€!

bestellung@welttrends.de www.welttrends.de

Welt Trends
Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die aktuelle Ausgabe Nr. 60!

Russische Moderne

Die Putin-Medwedjew-Rochade
Der Russische Thermidor
Sibiriens Widersprüche
Vergleich: Russland China

Militärmacht Deutschland?
Fortsetzung der Debatte

Interview: Iran-Botschafter
Venezuela: Eine Alternative?

Jetzt unsere Abo-Vorteile nutzen! 6 Ausgaben jährlich für 40,- € oder 25,- €!

bestellung@welttrends.de www.welttrends.de

Welt Trends
Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die aktuelle Ausgabe Nr. 61!

Widerstand und Wandel

A. Gilly: Gesetzloser Planet
Brasilien – Landbesetzungen
Venezuela – Basisbewegungen
Argentinien – Protest + Medien

Widerstand und Alternative
Ex-Comandante M. Baltodano

EU-Russlandpolitik
Belarus – Wandel möglich?

Jetzt unsere Abo-Vorteile nutzen! 6 Ausgaben jährlich für 40,- € oder 25,- €!

bestellung@welttrends.de www.welttrends.de

Copyrighted material

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 62!

Zerrissene Türkei

Republikaner versus Demokraten
Demokratie, nicht Laizismus
Beinahe-Verbot der Regierung
Hüter der Republik – Das Militär

US-Raketen in Europa?
Abrüstung in Agonie

Kaukasische Verwicklungen
Wende in den USA?

Jetzt unsere Abo-Vorteile nutzen! 6 Ausgaben jährlich für 40,– € oder 25,– €*)

bestellung@welttrends.de www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 63!

Geopolitik Ost

Deutsche Ost(Geo)politik
Polen zwischen West und Ost
Wider die Geopolitik!
Im geopolitischen Dreieck

US-Raketen in Polen
Politikberatung und Uni

Krieg gegen Iran?
Serbien auf Suche

Jetzt unsere Abo-Vorteile nutzen! 6 Ausgaben jährlich für 40,– € oder 25,– €*)

bestellung@welttrends.de www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 64!

Konfliktherd Kaukasus

Symptome einer Krisenregion
Fünf Tage Krieg
Abspaltung Abchasiens
Interessen des Westens

Staat in der Globalisierung
Entwicklung versus Terror

Obamas Herausforderung
EU-Militär im Tschad

Jetzt unsere Abo-Vorteile nutzen! 6 Ausgaben jährlich für 40,– € oder 25,– €*)

bestellung@welttrends.de www.welttrends.de

bestellung@welttrends.de

4 Hefte für nur 20 €.
Die kleine politische Bibliothek.

www.welttrends.de

Copyrighted material

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bisher erschienene Themenhefte

66 Energiesicherheit Deutschlands
65 Naher Osten - Ferner Frieden
64 Konfliktherd Kaukasus
63 Geopolitik Ost
62 Zerrissene Türkei
61 Soziale Bewegungen in Lateinamerika
60 Russische Moderne
59 EU-Außenpolitik nach Lissabon
58 Regionalmacht Iran
57 Ressource Wasser
56 Militärmacht Deutschland?
55 G8 Alternativ
54 Identität Europa
53 Rotes China Global
52 Deutsche Ostpolitik
51 Geheime Dienste
50 Kerniges Europa
49 Militär in Lateinamerika
48 Internet Macht Politik
47 Europäische Arbeitspolitik
46 Globale Finanzmärkte
45 Von Dynastien und Demokratien
44 Modernisierung und Islam
43 Großmächtiges Deutschland
42 Europäische Außenpolitik
41 Transatlantische Perspektiven II
40 Transatlantische Perspektiven
39 Wohlfahrt und Demokratie
38 Politisierung von Ethnizität
37 Vergelten, vergeben oder vergessen?
36 Gender und IB
35 Krieg im 21. Jahrhundert
34 EU-Osterweiterung im Endspurt?
33 Entwicklungspolitik
32 Balkan – Pulverfaß oder ... ?
31 Recht in der Transformation
30 Fundamentalismus
29 Die autoritäre Herausforderung
28 Deutsche Eliten und Außenpolitik
27 10 Jahre Transformation in Polen
26 (Ab-)Rüstung 2000
25 Dezentralisierung und Entwicklung
24 Wohlfahrtsstaaten im Vergleich
23 Kooperation im Ostseeraum
22 Die Ostgrenze der EU
21 Neue deutsche Außenpolitik?
20 Demokratie in China?
19 Deutsche und Tschechen
18 Technokratie
17 Die Stadt als Raum und Akteur
16 Naher Osten - Region im Wandel?
15 Identitäten in Europa
14 Afrika - Jenseits des Staates
13 Deutschland und Polen
12 Globaler Kulturkampf?
11 Europa der Regionen
10 NATO-Osterweiterung
Sonderheft Russland und die GUS
9 Gewalt und Politik
8 Reform der UNO
7 Integration im Pazifik
6 Zerfall von Imperien
5 Migration
4 Geopolitik
3 Realer Post-Sozialismus
2 Chaos Europa
1 Neue Weltordnung

Bestellungen

bestellung@welttrends.de oder mit nebenstehendem Bestellformular

Welt Trends

Bestellformular

Ich bestelle:

- ein **Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
  6 Hefte und Register zum Preis von 40 € inkl. Porto.
- ein **Studenten-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
  6 Hefte und Register zum Preis von 25 € inkl. Porto.
- ein **Institutionen-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
  6 Hefte und Register zum Preis von 80 € inkl. Porto.
- *WeltTrends* Nr. [ ]
  zum Preis von je 8 € (Nr. 1-57 nur 5 €) zzgl. Porto.
- ein **kostenloses Probeheft** der Zeitschrift *WeltTrends*.

Die Abonnements sind jederzeit kündbar.

Gewünschte Zahlungsweise

- Rechnung
- Bankeinzug

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Geldinstitut

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Datum und Unterschrift

WeltTrends, Universitätsverlag Potsdam, Am Neuen Palais 10, D-14469 Potsdam, Fax +49 (0)331 977-4625 oder -4696

WeltTrends *Papiere*

Sie möchten Forschungsarbeiten veröffentlichen?
Sie möchten in aktuelle Debatten streitbar eingreifen?
Sie möchten „klassische" Texte für die Lehre einsetzen?

Dies alles schnell, preiswert und für ein breites Publikum?
Wir bieten Ihnen dafür die WeltTrends *Papiere!*

1 | Noch zu retten? Plädoyer für die EU-Verfassung
2 | Deutsche EU-Ratspräsidentschaft Ende der Verfassungskrise?
3 | Ansprüche? Eigentumsfrage Deutschland – Polen
4 | Europäischer Einigungsprozess
5 | Deutsche Auslandseinsätze – Streitplatz um Militärmacht
6 | Herausforderung Integration– Migration und Integration in Brandenburg
7 | Großmachtpolitik oder Wahlagitation – Russlands Außenpolitik 2007/2008
8 | Gibt es eine europäische Zivilreligion?
9 | Zerklüftung im kapitalistischen Weltsystem

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen WT-Papieres interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Frau Azadeh Zamirirad M. A. (0331-9774540 oder welttrends@web.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de *oder* verlag@uni-potsdam.de
www.welttrends.de

WeltTrends *Lehrtexte*

Anregend für die Debatte.
Unverzichtbar fürs Seminar.
Kostengünstig für das studentische Budget.
Für Studenten und Dozenten!

1 | Nachdenken über Europa
2 | Autoritäre Regime
3 | Grenzen der EU
4 | Wissenschaftliches Schreiben
5 | Herrschaft in Süd- und Mittelamerika
6 | Internationale Beziehungen: Konzepte
7 | Regime im Nahen und Mittleren Osten
8 | Regieren in Brandenburg
9 | Politische Herrschaft im Vergleich
10 | Die Karibik-Krise 1962
11 | Atomare Rüstung und Abrüstung heute

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen *WeltTrends*-Lehrtextes interessiert sind, wenden Sie sich bitte an HD Dr. Raimund Krämer (r.kraemer@welttrends.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de *oder* verlag@uni-potsdam.de
www.welttrends.de

Potsdamer Textbücher

Bisher erschienen:

PTB 1: Regionen in der Europäischen Union

PTB 2: Polen – Staat und Gesellschaft

PTB 3: Naher Osten – Politik und Gesellschaft

PTB 4: Totalitäre und autoritäre Regime

PTB 5: Kommunale Selbstverwaltung

PTB 6: Die verschwundene Diplomatie

PTB 7: Recht in der Transformation

PTB 8: Das moderne Polen

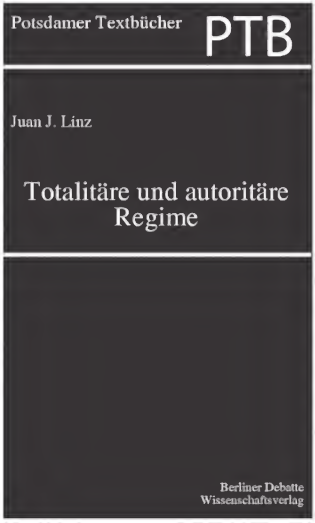
PTB 9: Making Civil Societies Work

PTB 10: Menschen im Wandel

PTB 11: Das Castro-Regime auf Kuba

PTB 12: Deutsche Außenministerien

PTB 13: Die Babelsberger Diplomatenschule



Bestellungen unter
www.welttrends.de
und beim Universitäts-
verlag Potsdam:
verlag@uni-potsdam.de

www.welttrends.de

Universität Potsdam

Universitätsverlag Potsdam

Der Wissenschaftsverlag für
medienneutrales Publizieren
an der Universität Potsdam

Über **350** lieferbare **gedruckte** Titel
im **Webshop**. Über **2500** Publikationen
online auf dem Publikationsserver
Open Access zum Download.

http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm
E-Mail: verlag@uni-potsdam.de
Tel.: +49 (0)331 977-4623

Copyrighted material

Welt Trends

ISSN 1866-0738
ISBN 978-3-940793-72-0